



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag Konferenz »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn«

am 13. Mai 2022

im Seimas der Republik Litauen in Vilnius



Sächsischer Landtag

Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
Aufaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 7 (Deutsch/Ungarisch)
Konferenz
„Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest



Heft 2 (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 8 (Deutsch/Slowakisch)
Konferenz
„Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur“ am 17. Oktober 2017 im Historischen Nationalratsgebäude in Bratislava



Heft 3 (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 9 (Deutsch)
Konferenz
»Quo vadis, Mitteleuropa?« am 17. Mai 2019 im Sächsischen Landtag in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 10 (Deutsch)
Konferenz
»Wie weiter in Europa?« am 2. November 2021 im Parlament der Republik Österreich in Wien



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Heft 6 (Deutsch)
Konferenz
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter www.forummitteleuropa.eu. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag Konferenz »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn«

am 13. Mai 2022

im Seimas der Republik Litauen in Vilnius

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Röbner ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2022, elf Jahre nach seiner Gründung, tagte das Forum Mitteleuropa in Vilnius. Wir bedanken uns für die große Gastfreundschaft des Seimas der Republik Litauen, besonders danken wir dessen Präsidentin Viktorija Čmilytė-Nielsen. Internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft tauschten sich am 13. Mai 2022 über aktuelle Entwicklungen in Deutschland, Mittel- und Osteuropa aus. Sie diskutierten zu den Themen „Die Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten – Russland, Belarus, Ukraine“ sowie „Äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert – Was muss, was kann Europa tun?“. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Auftakt 6

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė 8
„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen pflegen“

Dr. Matthias Rößler 11
„Ein freies, ein demokratisches Europa verteidigen“

Dr. Othmar Karas 15
„Geeint und entschlossen vor der Geschichte bestehen“

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Cynthia Wrage, TU Chemnitz;
Dr. Thomas Schubert, Kevin Britschka,
Sächsischer Landtag
Fotos: Seimas der Republik Litauen;
tsikhanouskaya.org; othmar-karas.at; Sächsischer
Landtag; gettyimages/Aleh Varanishcha, proslgn
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: Druckhaus Dresden – Neue Süddeutsche
Verlagsdruckerei GmbH
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

Thema I 18

Die Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten – Russland, Belarus, Ukraine

Prof. Dr. Sergei Ignatov 20
*„Mit mehr geisteswissenschaftlicher Bildung gegen die
Repression totalitärer Regime“*

Podiumsdiskussion 24

Thema II	58
<i>Äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert – Was muss, was kann Europa tun?</i>	
Sviatlana Tsikhanouskaya 60	60
<i>„Ohne eine freie Ukraine kein freies Belarus“</i>	
Dr. Laima Liucija Andrikienė 66	66
<i>„Die Europäische Union muss geschlossen, schnell und entschieden handeln“</i>	
Marko Mihkelson 72	72
<i>„Die bestehende Weltordnung ist herausgefordert“</i>	
Podiumsdiskussion 78	78
Abschluss	100
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt 102	102
<i>„Für Europas Stärke und Vielfalt zusammenstehen“</i>	
Vitae	106





Auftakt





Altstadt von Vilnius



„Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen pflegen“

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė

» Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Gäste der Konferenz, ich übermittle Ihnen die besten Wünsche und Grüße von der Präsidentin des Seimas der Republik Litauen, Viktorija Čmilytė-Nielsen.

Es ist mir eine große Freude, mich heute an Sie als Freunde Litauens zu wenden. Ich habe gerade mit Marko Schiemann

die historischen Fotos angesehen, als er und seine Kollegen vor 30 Jahren hier in Litauen waren, um sich ein Bild vom demokratischen Weg Litauens zu machen. Damals haben wir durch das Referendum unsere Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, frei und unabhängig zu sein. Einerseits scheint die Geschichte von vor 30 Jahren weit weg zu sein, andererseits ist sie uns

heute sehr nah, da wir ähnliche oder dieselben Kämpfe um die Werte der westlichen Zivilisation erleben.

Im vergangenen Jahr feierten Litauen und Deutschland den 30. Jahrestag der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Deutschland nimmt in den Köpfen und Herzen des litauischen Volkes einen sehr wichtigen Platz ein. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als ich in der Grundschule war, vielleicht 1994, und eine meiner Klassenkameradinnen schöne Filzstifte in die Klasse mitbrachte. Alle fragten sie, woher sie diese bekommen habe, und sie sagte, dass die Deutschen sie ihr geschenkt haben, weil sie Verwandte in Deutschland hatte. Schon damals, in der Kindheit, schien Deutschland für uns ein Symbol für hohe Qualität und Freundschaft zu sein.

Die Unterstützung Deutschlands und die Präsenz der deutschen und anderer NATO-Truppen in Litauen ist für uns von größter Bedeutung. Wir fühlen uns viel sicherer und viel stärker. Das ist eine bedeutsame Sache für uns.

Wir hoffen, dass diese Hilfen und Unterstützungen vielleicht sogar noch größer werden könnten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg. Wie Sie wissen, befinden wir uns in einer geopolitisch sehr sensiblen und fragilen Situation. Wir sind nur durch den Suwalki-Korridor verbunden und deshalb sind die Verteidigungskapazitäten sowie die Unterstützung unserer Partner äußerst wichtig. Auch wir selbst bemühen uns, die Verteidigungskapazitäten des Landes zu stärken, indem wir den Verteidigungshaushalt erhöhen und andere Maßnahmen ergreifen.



Es ist der dritte Kriegsmonat für die Ukraine und unsere Gefühle sowie Emotionen lassen nicht nach. Sie sind immer noch sehr lebendig und frisch. Die litauische Gesellschaft spendet Geld für die Ukraine, und wir schicken auch Waffen.

Auf politischer Ebene sind die Perspektiven der Ukraine hinsichtlich der Europäischen Union von großer Bedeutung. Wir haben uns schon oft darüber geäußert, aber jetzt, im Angesicht des Krieges, hat der Seimas einstimmig die

Auftakt

Entschließung angenommen, in der es nicht nur darum geht, der Ukraine so bald wie möglich den Kandidatenstatus zu gewähren, sondern ihr auch ganz klar die EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Dieses Land, das heute gegen die russische Aggression kämpft und sich verteidigt, kann als echtes Mitglied der EU betrachtet werden, das für die Werte kämpft, die wir in unserer europäischen Familie teilen.

Diese Fragen sind heute die wichtigsten. Wie die Moderatorin der Veranstaltung bereits erwähnt hat, hätten wir vor einem guten halben Jahr nicht geglaubt, dass Russland auf so brutale Weise in einen unabhängigen Staat einmarschieren und dessen unschuldige Zivilbevölkerung töten könnte. Die Bilder, die permanent aus der Ukraine kommen, sind schockierend und erschütternd und man fragt sich, ob es noch schlimmer werden kann. Die russische Kriegsmaschinerie scheint von unfassbarer Brutalität zu sein. Aber sie kann gestoppt werden, wenn wir alle zusammenstehen, wenn wir alle der Ukraine helfen. Wir sind nämlich sicher, dass die baltischen Staaten das nächste Ziel Russlands sind.

Das sind traurige Themen, die ich angesprochen habe, aber ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam den Krieg gewinnen und ein anderes Leben aufbauen können, indem wir der Ukraine helfen. Es ist klar, dass wir schon jetzt die Geschichte neu schreiben, dass Europa nicht mehr wie vorher sein wird.

Ich hoffe sehr, dass die Energieunabhängigkeit nicht nur Teil dieser Strategien sein wird, sondern zu einem wesentlichen Kern der Zukunft der Europäischen Union wird.



Es ist nicht nur wichtig, auf Gas oder Öl aus Russland zu verzichten, sondern es ist auch wichtig, sich mehr auf erneuerbare Energien und auf Dinge zu konzentrieren, die unsere Welt und unseren Planeten sauberer machen.

Ich bedanke mich bei Ihnen noch einmal für Ihre Unterstützung und Ihre Freundschaft und dafür, dass Sie die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen pflegen, dass Sie sich um die mitteleuropäischen Angelegenheiten und natürlich um die Ukraine kümmern. Ich hoffe sehr, dass diejenigen, die sich hier zum ersten Mal sehen, Freunde werden, und diejenigen, die schon miteinander bekannt sind, diese Verbindungen stärken werden.

Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt hier in Litauen. <<



„Ein freies, ein demokratisches Europa verteidigen“

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, es ist mir eine Ehre, Sie in Vilnius, im historischen Gebäude des Seimas der Republik Litauen willkommen zu heißen. Leider kann ich wegen einer Corona-Infektion nicht bei Ihnen vor Ort sein und muss aus meiner häuslichen Quarantäne heraus zu Ihnen sprechen. Das bedauere ich außerordentlich.

Mein herzlicher Dank gilt Viktorija Čmilytė-Nielsen für die Möglichkeit, als Forum Mitteleuropa bei Ihnen tagen zu dürfen. Der Ort könnte kaum passender, das Thema nicht aktueller sein.

Wir verstehen diese Konferenz als ein klares Zeichen unserer engen Verbundenheit mit der Republik Litauen und einem freien Baltikum. Sie soll unsere Solidarität in einem freien Europa demonstrieren, was ein Kernanliegen des Forums Mitteleuropa ist.

Die Zeiten der Union zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und dem Königreich Polen-Litauen unter den Königen August II. und seinem Sohn August III. sind seit über 300 Jahren vorüber. Unsere Länder verbindet im 21. Jahrhundert das gemeinsame Ziel eines gedeihlichen Miteinanders in einer unverbrüchlich von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit getragenen Europäischen Union. Wir alle sind verpflichtet, diesen Schatz zu hüten.



Als wir uns 2020 im Kuratorium des Forums Mitteleuropa entschieden, die Konferenz in Litauen abzuhalten, standen wir zudem unter dem Eindruck der Bürgerproteste in Belarus und der massiven Repression gegen das belarussische Volk. Entsprechend war es für uns keine Frage, auch eine Kooperation mit der European Humanities University anzustrengen. Lieber Herr Professor Ignatov, ich danke Ihnen für ihr Engagement und freue mich, dass Sie und Ihre Studenten heute Teil der Konferenz sind.

Ich bin geehrt, heute Sviatlana Tsikhanouskaya, die Anführerin des freien, des demokratischen Belarus, willkommen heißen zu können. Sie wird nach dem Mittag zu uns sprechen. Ihr weltweiter Einsatz für ein freies Belarus beeindruckt mich ganz besonders.

Dass eine Initiative wie das Forum Mitteleuropa von Sachsen ausgeht, das hat historische Gründe ebenso wie aktuelle. Sachsen hat historisch immer zu Mitteleuropa gehört und über Jahrhunderte hinweg den ost- und mitteleuropäischen Raum mitgeprägt. Nach der langen Zeit zweier totalitärer Diktaturen kehrte der Freistaat Sachsen 1990 in die Demokratie zurück. Mit den anderen Ländern Ostmitteleuropas verbindet uns die erfolgreiche Freiheitsrevolution im Jahr 1989.

Besonders beeindruckt haben mich damals neben den Polen vor allem die baltischen Völker in ihrem Ringen um nationale Souveränität, um Unabhängigkeit, um Freiheit und Demokratie. Als ich im Sommer 1989 zusammen mit meiner Frau mit dem Zug durch das Baltikum fuhr, mit Station in Vilnius und Riga, da sahen wir, wie sich die Menschen versammelten und sangen – sangen gegen-

über den Sowjet-Truppen. Diese „Singende Revolution“ der Balten, sie ergreift mich bis heute tief.

Am 11. März 1990 erklärte der legendäre Vytautas Landsbergis die Unabhängigkeit Litauens von der Sowjetunion. Dass unsere Konferenz in der „Hall of the Act of 11 March“ stattfinden kann, in der 1992 auch die Verfassung der Republik Litauen vom Parlament erlassen wurde, das ist eine besondere Ehre. Wie gern wäre ich heute bei Ihnen!

Bereits im Februar 1991 war auf Einladung des Seimas eine Gruppe sächsischer Parlamentarier anlässlich der Volksbefragung zur Unabhängigkeit in Litauen. Es ging damals auch um den Schutz des Referendums durch die Präsenz internationaler Parlamentarier. Unsere Landtagsabgeordneten standen tief bewegt an den noch frischen Gräbern der am 13. Januar 1991 für die Unabhängigkeit und Freiheit Gefallenen. Unter den Parlamentariern war auch Marko Schiemann, der heute dem Europa- und Verfassungsausschuss im Sächsischen Landtag vorsitzt und den ich als Leiter der sächsischen Delegation ganz herzlich begrüße.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Sachsen begeht in wenigen Tagen sein 30. Verfassungsjubiläum. Wir wissen ganz genau, was Freiheitskampf und staatliche Wiederbegründung heißen. Wir wissen auch, was die Rückkehr nach Europa bedeutet. Das alles verbindet uns mit den Litauern, den Letten, den Esten, das alles ist seither unser Auftrag für das Europa des 21. Jahrhunderts.

Das vereinte, das friedliche, das freie Europa ist im ureigenen Interesse unserer Völker. Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie Ukraine erschüttert all das fundamental. Er beendet die europäische Friedensordnung und konfrontiert nicht nur die EU-Mitgliedstaaten mit einer immensen Bedrohung. Russland stellt heute die größte Gefahr für den Frieden und die Freiheit in Europa dar. Wir erleben eine sehr finstere Stunde.

Russlands völkerrechtswidriger Krieg ist zugleich der Angriff auf eine regelbasierte Weltordnung, die uns gerade in Europa gewiss schien. Robert Kagan schrieb bereits 2008: „Russland und die EU sind zwar geographische Nachbarn, in geopolitischer Hinsicht aber leben sie in unterschiedlichen Jahrhunderten.“ Die einen im 19. Jahrhundert, getrieben von Machtpolitik und Gewalt, die anderen im 21. Jahrhundert, das Anliegen einer friedlichen Weltordnung verfolgend.

Beides prallt nun aufeinander. Aber im Unterschied zu den vielen skeptischen Stimmen sehen wir heute: Europa handelt bemerkenswert geschlossen. Es steckt Leben im sogenannten Westen. Er ist so einig – wir sind so einig –, wie schon lange nicht mehr. Denn allen ist klar: Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen!

Im Angesicht des russischen Krieges kann es keine Zweifel geben, dass Deutschland auf der Seite des ukrainischen Volkes steht. Deutschland leistet da viel. Es unterstützt die Ukraine finanziell, humanitär und nicht zuletzt militärisch. Es trägt die Sanktionen im europäischen Konzert aktiv mit.

Deutschland steht ob der hegemonialen Bedrohung Russlands zudem eng verbunden mit den baltischen

Staaten. Die deutsche Bundesregierung entschied richtig, die Präsenz der Bundeswehr im Rahmen der NATO in den baltischen Staaten zu verstärken. Die Bedrohung durch Russland ist gerade hier in Litauen nur zu real, als dass wir sie fortan in irgendeiner Weise tolerieren können. Wir müssen alle gemeinsam ein freies Europa verteidigen. Jede Form der Re-Sowjetisierung in Europa wäre für uns alle, die wir sie ja kennen und erlebt haben, eine Katastrophe.

Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt. Die Münchner Konferenz von 1938, der Hitler-Stalin-Pakt 1939, das Entscheiden großer Staaten über das Existenzrecht kleinerer Staaten, all das gehört im freien Europa der Vergangenheit an. Stattdessen gilt unsere klare Solidarität allen, die von aggressiven Autokratien bedroht werden. Die territoriale Integrität souveräner Staaten ist im Europa des 21. Jahrhundert nicht mehr verhandelbar.

Meine Damen und Herren, besonders die ost- und mitteleuropäischen Staaten zeigen uns, welches Verhalten in so einer finsternen Stunde geboten ist. Ich finde das bewundernswert.

In einer Welt, die zunehmend wieder Großmachtpolitik und Großraumdenken erlebt, das überall auf dem Vormarsch ist, muss Europa gemeinsam die Fahne von Demokratie und Freiheit hochhalten.

Heute ist es der nationalistische Autoritarismus Russlands, der ruchlos die Freiheit in Europa angreift. Stellen wir ihm uns

mit „besonnener Tapferkeit“ als europäische Demokraten entgegen. Unsicherheit, Naivität, das verzeihen Gewaltherrscher nicht. Nur gemeinsame Stärke sichert die Freiheit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Konferenz will verschiedene Perspektiven aufzeigen. Am Vormittag nehmen wir Russland, Belarus und die Ukraine in den Blick. Am Nachmittag geht es um sicherheitspolitische Optionen für uns in und für Europa. Experten auf diesen Gebieten, dabei viele Stimmen aus den baltischen Ländern, werden sich den Fragen der Moderatoren und des Publikums stellen. Ich bin gespannt auf die Antworten und freue mich mit Ihnen auf eine aufschlussreiche Veranstaltung.

Ich danke Ihnen, dass wir hier zusammen sein können. «

A photograph of Dr. Othmar Karas, a man with glasses and a dark suit, speaking at a podium. He is gesturing with his right hand. The background is a blurred blue and white setting, likely a conference or parliament.

„Geeint und entschlossen vor der Geschichte bestehen“

Dr. Othmar Karas

» Sehr geehrte Vorsitzende des Seimas Čmilytė-Nielsen, sehr geehrter Herr Präsident Dr. Rößler, sehr geehrter Herr Rektor Dr. Ignatov, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Einladung! Ich bedauere, dass ich heute nicht persönlich bei Ihnen in Vilnius oder „live zugeschaltet“ sein kann. Da ich das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag überaus schätze, ist es mir ein

ganz besonderes Anliegen, auf diesem Wege meinen Beitrag leisten zu können.

Alles – und natürlich auch Ihre Konferenz – ist derzeit vom grausamen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine überschattet. Wir alle – die Europäische Union, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Partner – müssen

zusammenstehen gegen den Aggressor und auf der Seite unserer Werte. Wir müssen die Ukraine mit allem unterstützen, was das Land für Verteidigung und Versorgung braucht. Und wir müssen Russland mit allem sanktionieren, was in unserer Macht steht.

Nur geeint und entschlossen werden wir vor der Geschichte bestehen und neue Herausforderungen meistern – nach innen wie nach außen. Jetzt ist nicht die Zeit für Parteipolitik, Blockaden und Erpressungen. Jetzt geht es um politische Verantwortung und offene Augen für die Wirklichkeit.

Putin bricht alle Rechtsgrundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Er führt einen Krieg gegen die Ukraine – ein souveränes Land, unschuldige Menschen und unsere Werte. Es geht um nicht weniger als um Krieg oder Frieden. Es geht um eine Auseinandersetzung auf



europäischem Boden: Das System der Freiheit gegen das System der Diktatur. Das System des Redens gegen das System, das mit Krieg Politik macht.

Der Krieg in der Ukraine, aber auch die noch zu bewältigende Pandemie, haben uns mitten im Transformationsprozess ereilt. Wir alle wissen, es gibt viel zu tun: Wir wollen den Green Deal umsetzen und Weltmarktführer bei den grünen Technologien werden. Wir wollen die Fragen der Digitalisierung meistern und das kommende Jahrzehnt zu Europas „Digitaler Dekade“ mit Spitzentechnologie „Made in Europe“ machen. Wir wollen die Lehren aus der Pandemie ziehen und unabhängiger werden in den Bereichen Lieferketten, Forschung, Energie und Lebensmittelsicherheit. Und wir wollen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik schaffen.

Alle diese Prioritäten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen Hand in Hand verwirklicht werden. Überall gilt: Europa muss nach außen schneller und handlungsfähiger werden. Nach innen muss es transparenter und bürgernäher werden.

Diese Botschaft zieht sich auch quer durch das Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas. Deren 325 konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Union wurden unter direkter Bürgerbeteiligung ausgearbeitet und von den EU-Institutionen und den nationalen Parlamenten grundsätzlich außer Streit gestellt.

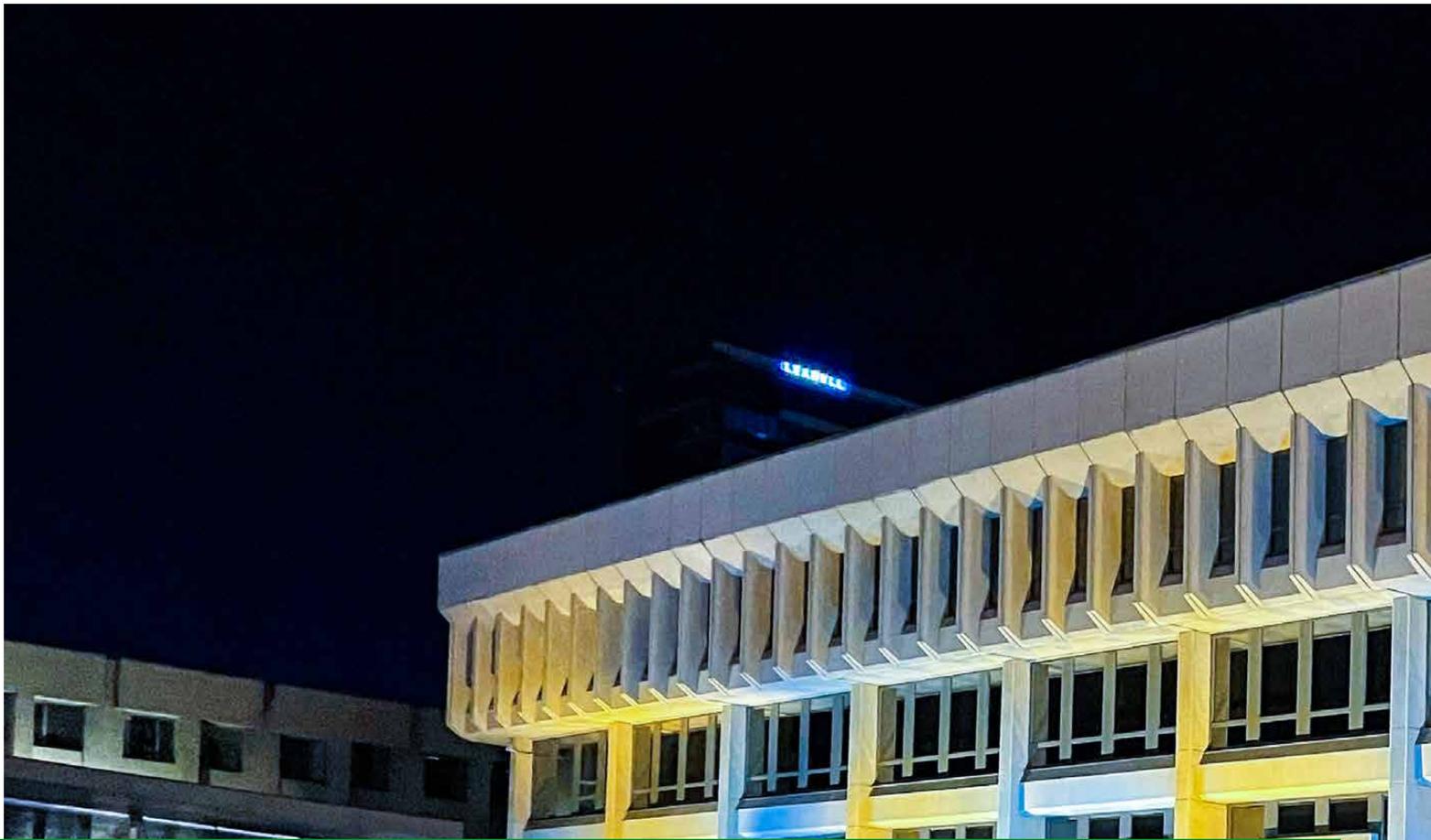
Diese Vorschläge sind Rückenwind für all jene, die wir, die Europäischen Union, nach vorne entwickeln wollen. Sie sagen: JA zur Beendigung des undemokratischen Einstimmig-

keitsprinzips; JA zu Initiativrecht und Budgethoheit des Europäischen Parlaments; JA zur Energie-, Gesundheits- und Sozialunion; JA zur Sicherheits- und Verteidigungsunion; JA zu transnationalen Listen; JA zu mehr Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger Europas. Das Europäische Parlament wird sich nun zum Anwalt dieser Vorschläge machen und auch die Initiative für einen Konvent zu den nötigen Vertragsreformen ergreifen. Denn die Glaubwürdigkeit der Zukunftskonferenz liegt in ihrer Umsetzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag knüpft seit über zehn Jahren Bande des geistigen Austauschs und der bürgerchaftlichen Verständigung. Mit Ihren regelmäßigen Konferenzen in den Ländern Mitteleuropas leisten Sie einen essenziellen Beitrag, um die wirtschaftlichen, kulturellen und historisch gewachsenen Verflechtungen und Beziehungen zu stärken. Dass Sie Ihre Konferenz heute in Vilnius abhalten, ist ein wichtiges Signal. Gerade dort ist die Angst vor einer Ausweitung des Krieges besonders groß. Erst Anfang April 2022 war ich zu Arbeitsbesuchen in Vilnius und Riga und konnte mir vor Ort ein Bild von der großen Hilfsbereitschaft der Menschen machen.

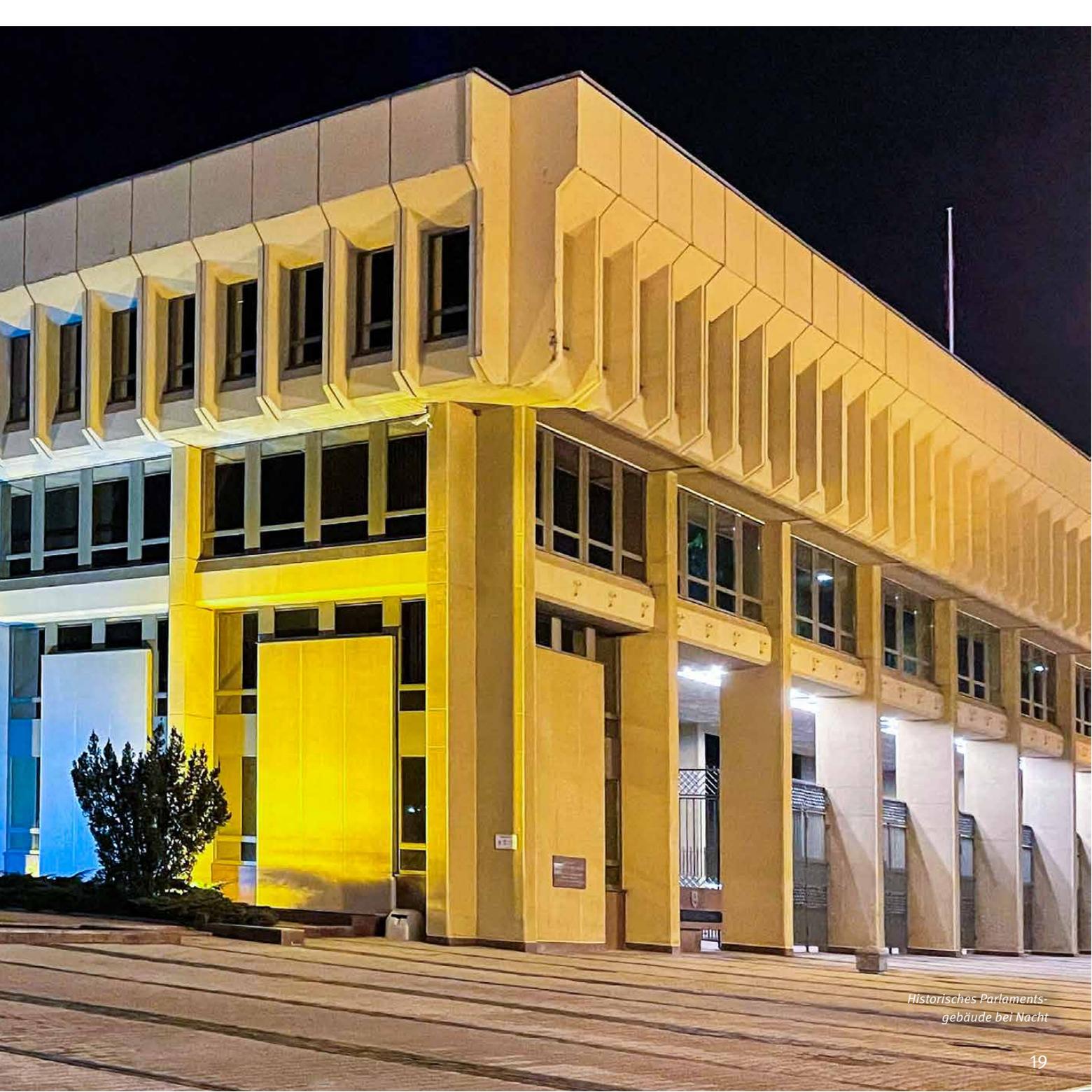
In diesem Sinne ermutige ich Sie weiterzudenken und wünsche Ihnen eine interessante Veranstaltung mit lebhaften Diskussionen und nachhaltigen Begegnungen. «

Die Antwort auf den Krieg und die Herausforderungen der Zukunft muss eine noch viel engere Verflechtung Mitteleuropas und der Europäischen Union in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht sein. Wir dürfen Demokratie und Freiheit nicht als selbstverständlich ansehen, sondern müssen jeden Tag dafür kämpfen und sie stärken.



Thema I

Die Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten – Russland, Belarus, Ukraine



*Historisches Parlaments-
gebäude bei Nacht*



Impulsreferat

„Mit mehr geisteswissenschaftlicher Bildung gegen die Repression totalitärer Regime“

Prof. Dr. Sergei Ignatov

» Sehr geehrte Exzellenzen, verehrte Gäste, liebe Freunde und Kollegen, es ist mir eine Ehre, Sie alle bei dieser Konferenz des Forums Mitteleuropa zu begrüßen, die sich den sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa widmet.

Das Thema der heutigen Konferenz bietet die großartige Möglichkeit, über die besondere Rolle und Aufgabe von

Bildung zu sprechen, insbesondere die Rolle der Universitäten in der Welt, wo totalitäre Regime in äußerst brutaler Weise agieren und den Krieg als Instrument für ihre räuberischen Interessen nutzen.

Ich denke, die meisten von Ihnen wissen, dass die European Humanities University (EHU) 1992 als ein Symbol ins Leben gerufen wurde: Belarus gehört zu Europa und

teilt dessen Werte seit Jahrhunderten. Die Universität begann mit 100 Studierenden für eine Reihe von akademischen Abschlüssen in zwei von der Akademie der Wissenschaften in Minsk gemieteten Räumen und wurde für eine wachsende Zahl von Studierenden und Mitarbeitern attraktiv. Weshalb? In den frühen 1990er-Jahren versuchte jeder, Banker oder Geschäftsmann zu werden, aber niemand schenkte den grundlegenden Wurzeln der europäischen Zivilisation Beachtung. Die EHU jedoch hatte die Vision, dass die freie Gesellschaft auf einer großen, reichen und starken intellektuellen Tradition und auf akademischer Autonomie gründen sollte.

Wir wissen alle, dass die Universität infolge solcher Versuche 2004 ins Exil gezwungen wurde und 2005 mit der großzügigen Unterstützung der litauischen Regierung ihre Aktivitäten in Litauen wiederaufnahm. Für die Rettung der EHU hatte sich Litauen die Bewunderung der Verfechter akademischer Freiheit weltweit verdient.

In den 1990er-Jahren kamen in Osteuropa Universitäten auf, die geisteswissenschaftliche Kenntnisse – Kenntnisse über den Menschen – verbreiteten. Zuallererst wurde den Menschen beigebracht, wie man miteinander kommuniziert. Das Hauptziel bestand darin, schnell „neue Menschen – neue Eliten“ zu schaffen, die auf ganz neue Weise an der Führung des Landes beteiligt sein würden.

Das zweite Ziel ist es, die Osteuropäer daran zu erinnern, dass sie die Überbringer der europäischen intellektuellen Traditionen sind. Und dies ist noch immer relevant im Zusammenhang mit dem Kontext, der heute in Belarus und Russland entstanden ist.

Im Februar 2022 überfiel Russland die souveräne Ukraine. Wir als akademische Gemeinschaft sollten vor diesem Hintergrund nicht nur Russland als Nachbarn überdenken, sondern müssen auch klar erkennen, wie wir Studierenden europäische und humanitäre Werte im Kern vermitteln. Dies ist auch die Rolle der EHU. Sie ist eine Universität, deren Lehre auf der Tradition der Geisteswissenschaften dahingehend gründet, dass sich die Gesellschaft ändern kann und Menschen besser leben als vorherige Generationen.

Belarus liegt mitten in Europa, zwischen Russland und dem westlichen Wertevorbild. Deshalb beeinflusst die Bildung junger Belarussen direkt die Agenda in der Region. Die EHU ist genau die Universität, die Bildung ohne Ideologie bietet. Und dieses Engagement hilft uns dabei, Menschen ein riesiges soziales Potenzial zu vermitteln, damit diese Arbeitsplätze schaffen, Unternehmen gründen, forschen, das Erbe bewahren und wiederherstellen und international tätig sind.

Der Migrationskollaps im Jahr 2021 an den Grenzen von Belarus zu den Nachbarstaaten – mit Ausnahme der russischen Grenze –, ausgelöst durch die belarussischen Behörden, zeigt, dass es unmöglich ist, Belarus und die belarussischen Probleme zu ignorieren, weil dies zum Problem für ganz Europa und die westliche Welt wird.

Der russische Krieg in der Ukraine und die Einbeziehung belarussischer Territorien ist ein direktes Beispiel dafür, wie sich Belarus negativ auf das Wohlergehen Europas auswirken könnte. Wenn jedoch die Menschen eine gute Bildung

erhalten, könnte sich das zum Beispiel auf jene, die sich gegen diesen Krieg wehren, positiv auswirken.

Junge Belarussen, die eine hochwertige Bildung erhalten und die Welt gesehen haben, die zum Austausch in andere Länder gereist sind, die wissenschaftliche und soziale Projekte umgesetzt haben, von denen sie träumten und nicht, weil diese planmäßig umgesetzt werden sollten, werden in der Lage sein, allmählich die Lage in ihrem Land und folglich auch in ihrer Umgebung zu verändern. Dies ist ein unvermeidlicher evolutionärer Prozess und nur eine Frage der Zeit und der Umstände.

Deshalb unterstützen einerseits Geldgeber junge Belarussen in ihrem Streben nach Bildung, und andererseits leisten sie einen Beitrag zur Sicherheit der gesamten Region und der Werte einer demokratischen Gesellschaft. Hier einige Fakten: 96 Studierende und 18 Wissenschaftler fanden Zuflucht an der EHU. 69 bürgerlich aktive, künftige Studierende wurden bei den Zulassungen in diesem Sommer unterstützt. Es handelt sich um die einzige Universität, die zugunsten der Bedürfnisse der belarussischen Gesellschaft tätig ist und nicht für die belarussischen Behörden.

Es ist wichtig (zusätzlich zu dem Positiven) in Erinnerung zu rufen, dass sich die Repression durch die belarussischen Behörden direkt auf die EHU-Gemeinschaft auswirkte – drei Absolventen und zwei Studierende wurden wegen ihrer Redefreiheit und der Ablehnung der Ergebnisse der Wahlkampagne von 2020 als politische Gefangene deklariert.

Darunter auch Sofja Sapega, ein junges Mädchen, das im Mai 2021 nach der erzwungenen Landung des Ryanair-Fluges in Minsk zusammen mit Roman Protasevich verhaftet wurde.

Zusätzlich trat die EHU Anfang 2020 dem internationalen Open Society University Network bei, gegründet von George Soros. Dieses bietet den Studierenden der EHU und den vereinten Universitäten von New York bis Vilnius jede Menge Möglichkeiten.

Der russische Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass die Region, in der Belarussen und Ukrainer mit einem autoritären Regime konfrontiert sind, definitiv eine humanitäre Bildung braucht. Laut der von der EHU in Unterstützung durch das litauische Außenministerium 2021 durchgeführten Umfrage kehren 67 Prozent der Absolventen nach Belarus zurück und ihr Wohlstandsniveau ist deutlich höher als das im nationalen Durchschnitt. Dies ist unser größter Erfolg. Und natürlich ist das 30-jährige Bestehen der EHU, davon mehr als 18 Jahre im Exil, an sich bereits ein Erfolg.

Wir sprechen mit Ihnen im dritten Monat des Krieges in der Ukraine, und es wurde deutlich, dass Bildung eine Chance für Gesellschaften ist, dem Krieg zu entkommen. Die Wiederbelebung einer Universität im Exil ist nicht so einfach – und sie ist kein Instrument für eine schnelle Umwandlung. Wir glauben, dass die EHU für alle Studierenden so ein vorbildhafter Ort sein kann, unter anderem durch die Erhöhung der Anzahl von Studierenden aus Russland, die Bildung in Europa suchen und nach Wissen in der europäischen intellektuellen Tradition streben. Wir haben sogar einige Studierende aus Russland, die der Bewegung um Alexei Nawalny angehören. Es soll eine Zuflucht sein – nicht nur



Liebe Freunde, ich glaube, dass die klügste Antwort auf die Repression totalitärer Regime darin besteht, die Universität weiter zu stärken, zu unterstützen und zu erhalten. Eine Universität, deren Festungen eine neue, demokratische und interdisziplinäre Bildung sind. Eine Universität, die die wissenschaftliche Autonomie besitzt – wenn wir dies nicht haben, gibt es nämlich im Land keine bürgerliche Gesellschaft. Erinnern wir uns an die Vergangenheit. Während des Kommunismus hatten wir zwar gute Universitäten, aber ohne eine Form von Sozialleben – und Sie wissen alle, wie die bürgerliche Gesellschaft in unseren Ländern aussah. Wenn die Eliten ihren Abschluss an Universitäten ohne Autonomie bekommen, dann ist das wie eine Art Sklaverei der Wissenschaft. Hingegen bauen wir mit unserer freien Universität die Sicherheit in der europäischen Region aus. Vielen Dank! «

für belarussische Studierende, sondern auch für Studierende aus Russland und der Ukraine.

Unser Standort in Litauen, unsere Erfahrung und die Bereitschaft, die wissenschaftliche Gemeinschaft zu erweitern, sie mit Spezialisten zu besetzen, die sich mit russischen Problemen beschäftigen (und dies ist auch für Belarus in dem Zusammenhang sehr wichtig), tragen sogar noch dazu bei.



Podiumsdiskussion





Hall of the Act of 11 March: Zentraler Saal
des historischen Parlamentsgebäudes, in dem
am 11. März 1990 die Erklärung über die
Unabhängigkeit Litauens verabschiedet wurde.



Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Georg Milbradt



Dr. Andrius Kubilius



Dr. Edit Inotai
(Moderation)



Dirk Schübel



→ Dr. Edit Inotai (Moderatorin):

Vielen Dank, Herr Professor Ignatov, für diesen wirklich sehr interessanten Vortrag über die European Humanities University und dass sie auch darüber gesprochen haben, wie wichtig Bildung und Wissenschaft für unsere Gesellschaften und für die Demokratie sind.

Jetzt werden wir mit unserer Podiumsdiskussion beginnen. Sie steht unter dem Titel „Die Lage in den Diktatur- und Kriegsgebieten – Wie geht es weiter mit Russland, Belarus und Ukraine“. Zu Beginn möchte ich unsere Teilnehmer vorstellen.

Dirk Schübel ist Botschafter und Leiter der EU-Delegation in Belarus. Er verfügt über fast 20 Jahren Berufserfahrung in der europäischen Außenpolitik und Osteuropa. Botschafter Schübel war früher auch Leiter der Russland-Abteilung des Europäischen Auslandsdienstes. Daher können wir in diesem Panel mit ihm auch ausführlich über Russland sprechen.

Dr. Andrius Kubilius war litauischer Ministerpräsident zwischen 1999 und 2000 und anschließend noch einmal von 2008 bis 2012. Seit 2019 sitzt Herr Dr. Kubilius im Europäischen Parlament. Er ist Mitglied



Franak Viacorka



der christdemokratischen Fraktion. Vielen Dank, dass auch Sie sich die Zeit genommen haben, mit uns heute hier zu sein.

Prof. Dr. Georg Milbradt war zwischen 2002 und 2008 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Seit 2017 ist er Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Neustrukturierung der Verwaltung und Dezentralisierung in der Ukraine. Er hat also sehr große Erfahrungen mit der Ukraine – auch darüber werden wir in unserem Panel sprechen.

Später wird noch Franak Viacorka zu uns stoßen, ein belarussischer Politiker, Journalist und Aktivist. Als Mitglied des Kabinetts von Sviatlana Tsikhanouskaya, wo er als außenpolitischer Berater wirkt, kann er uns die Situation in Belarus und das Handeln der Opposition beleuchten.

Noch ein Hinweis: Wir haben geplant, dass wir ungefähr 50 Minuten bis eine Stunde eine moderierte Diskussion führen, anschließend werden Sie, liebe Gäste hier im Saal, auch die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen.

Meine erste Frage geht direkt an Herrn Kubilius: Wie ist jetzt die Stimmung in Litauen und in den baltischen Ländern? Was hat sich verändert seit Russland Ende Februar 2022 die Ukraine angegriffen hat? Wie schätzen Sie die Lage jetzt ein?

→ Dr. Andrius Kubilius:

Hallo zusammen, guten Morgen. Dieses Forum ist wirklich sehr wichtig. Die von Ihnen gestellte Frage beantworte ich ganz einfach: Das, was gerade geschieht, ist für uns in Litauen nicht unerwartet. Seit 2000, seit Putin an die Macht kam, haben wir laut darüber gesprochen und wurden deshalb oft als russophob bezeichnet. Leider muss ich sagen, dass es uns über die Jahrzehnte nicht gelungen ist, unsere Kollegen aus dem alten Europa davon zu überzeugen, dass der Autoritarismus in Russland die größte Bedrohung für die Sicherheit Europas darstellt. Das hat sich für uns nicht geändert, aber die Wahrnehmung der gesamten Situation im westlichen Teil Europas hat sich nun etwas verändert.

Podiumsdiskussion

In der Tat befindet sich Europa in einer tiefen geopolitischen Krise. Doch Krisen betrachte ich nicht nur als Probleme – natürlich ist das, was wir jetzt erleben, eine Tragödie, eine Katastrophe, es sterben Menschen! Doch eine Krise stellt zugleich eine Möglichkeit dar, sich zu verändern. Dafür müssen wir verstehen, dass das, was wir bisher getan haben, vielleicht nicht ganz richtig war, und verstehen, was nötig ist, wie sich die Geopolitik der Europäischen Union ändern muss, damit wir solche Probleme in Zukunft tatsächlich vermeiden können.

Und hier möchte ich meine Antwort auf eine sehr metaphorische Weise abschließen: Es ist sehr passend, dass das Forum Mitteleuropa in Vilnius zusammengekommen ist, denn nach der geografischen Definition liegt der geografische Mittelpunkt Europas 20 Kilometer von Vilnius entfernt. Sie befinden sich also jetzt wirklich im Zentrum Europas. Deutschland und Sachsen sind in gewisser Weise eine Provinz Europas im Vergleich mit der Mitte Europas. Doch tatsächlich haben wir ein Paradoxon, dass Sie sich jetzt im geografischen Mittelpunkt Europas und am Rande des demokratischen Europas befinden. 30 Kilometer östlich von Vilnius beginnt das undemokratische Europa. Und wenn ich mir die Frage stelle: Was sollte der Ausweg aus dieser Krise, dieser geopolitischen Krise sein, was müssen wir tun, damit Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent tatsächlich nicht mehr solchen Bedrohungen ausgesetzt sind wie jetzt? So könnte ich diese Frage metaphorisch ziemlich einfach beantworten: Vilnius soll nicht nur geographisches Zentrum Europas sein, sondern auch das Zentrum des demokratischen Europas. Unsere Hauptaufgabe besteht sozusagen darin, dafür zu sorgen,

dass sich die Demokratie langsam Stück für Stück in den östlichen Teil des europäischen Kontinents ausbreitet.

Wir haben die Ukraine, die um das Überleben ihrer Demokratie kämpft. Wir haben Belarus, wo die Menschen vor zwei Jahren sehr deutlich gezeigt haben, dass sie nicht länger einen Diktator haben wollen. Der Diktator hat diese demokratische Revolution vorerst unterdrückt, aber das hat die Stimmung des Volkes nicht verändert. Und wir haben Russland, das vom derzeitigen autoritären Regime regiert wird und auch zu einem internationalen Aggressor geworden ist. Aber wir dürfen den Glauben nicht verlieren, dass auch Russland



irgendwann demokratisch werden kann. Dabei wäre ein demokratisches Russland die wichtigste Antwort darauf, wie man die geopolitischen Bedrohungen und Gefahren auf dem Kontinent beenden könnte. Der Weg, den wir gehen sollten, ist also ganz klar: die Ausweitung der Demokratie auf den östlichen Teil des europäischen Kontinents. Und wir müssen daran glauben, dass wir dies tatsächlich erreichen können.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Das ist natürlich eine zentrale Frage, ob wir in der unmittelbaren Zukunft ein demokratisches Russland haben können. Wir werden darüber noch

ausführlicher sprechen, aber jetzt würde ich zunächst Herrn Schübel fragen: Was hat sich in Belarus verändert seit Ende Februar? Wie fest ist Weißrussland an der Seite von Wladimir Putin verankert? Und wie informiert ist die Gesellschaft in Belarus darüber, was genau in der Ukraine passiert?

→ **Dirk Schübel:**

Vielen herzlichen Dank. Guten Morgen! Lassen Sie mich damit beginnen, Herrn Dr. Rößler, der heute leider nicht mit uns hier in dieser Konferenz sein kann, für die Einladung zu danken. Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein kann – als ursprünglicher Sachse. Und ich freue mich, dass ich ein bisschen zurück zu meinen Wurzeln kommen und hier bei der Konferenz sprechen kann.

Ich bin auch wie immer sehr froh, in Vilnius zu sein. Es ist de facto mein Exil geworden, nachdem mich in der Tat Lukaschenko und die belarussischen Behörden im Juni letzten Jahres aufgefordert haben, das Land zu verlassen. Ich arbeite seither hauptamtlich aus Brüssel. Aber ich bin sehr oft hier in Vilnius, um eben viele belarussische Freunde, die Zivilgesellschaft und demokratische Kräfte zu treffen.

Ich glaube, der 24. Februar dieses Jahres hat auch Belarus nachhaltig verändert, denn nicht nur der Westen war zu großen Teilen überrascht über die vollständige Invasion oder die Aggression Russlands gegen die Ukraine, sondern auch in Belarus war das nicht erwartet worden. Ich wage sogar zu behaupten, dass auch Lukaschenko das nicht erwartet hat. Und wenn er es erwartet hat, dann hat er – genauso wie auch die russische Führung selbst –



gedacht, dass das eine Sache von drei, vier Tagen sein würde. Da haben sie sich deutlich geirrt. Und damit, glaube ich, ist auch das Kalkül von Lukaschenko nicht aufgegangen, dass er zwar sein Territorium, das Territorium von Belarus, für die russische Aggression zur Verfügung gestellt hat, aber dachte, das wäre eine schnelle Angelegenheit. Das ist es nicht geworden. Insofern muss man leider sagen, dass Belarus und die belarussische Führung ein vollständiger Teil der Aggression geworden sind, indem sie das Territorium, die Logistik zur Verfügung gestellt und indem sie erlaubt haben, dass vom belarussischen Territorium aus Raketen und andere Flugkörper abgeschossen wurden.

Bahnverbindungen, Straßen und Flughäfen wurden genutzt, damit russische Militärflugzeuge abfliegen konnten. Das hat Belarus natürlich zum Teil dieses Konflikts gemacht – und das ist auch der Grund, warum wir, wenn wir unsere Sanktionspakete auf EU-Ebene erlassen, Belarus nicht vergessen dürfen. Denn Belarus wurde leider benutzt, so sehr die Behörden dies auch abstreiten. Es ist aber auch wahr, dass Russland in den letzten Wochen, nachdem es aus der Kiewer und aus der Tschernigower Gegend zurückgedrängt wurde, nicht mehr so aktiv das belarussische Territorium nutzt. Aber das kann sich auch wieder ändern, denn wir wissen nicht, was die Ziele von Putin sind.

Ich glaube aber auch, dass das Regime selbst kein Interesse daran haben kann, belarussische Truppen in der Ukraine zum Einsatz zu bringen. Unseres Wissens nach ist das bisher auch nicht geschehen. Man kann nur hoffen, dass das so bleibt, denn in der Bevölkerung

in Belarus gibt es dafür null bzw. nur ganz geringe Unterstützung. Umfragen, die wir gesehen haben, deuten auf Zahlen von über 90 Prozent gegen eine aktive belarussische Beteiligung am Krieg Russlands in der Ukraine hin.

Das heißt, es ist eine ganz starke Mehrheit dagegen. Ich glaube auch, dass die Stimmung insgesamt noch schlechter werden würde, wenn es dazu käme, dass belarussische Truppen in der Ukraine zum Einsatz kämen und das würde wahrscheinlich auch die Zustimmungsraten für Lukaschenko, die eh schon sehr niedrig sind, weiter senken. Insofern glaube ich, dass auch die gegenwärtige Führung kein Interesse daran hat, wenn sie es denn vermeiden kann, dort mit Truppen zum Einsatz zu kommen.

Die Bevölkerung im Gegenteil hat versucht, auch Unterstützung für die Ukraine zu leisten. Es wurden Informationen geliefert, es wurden Eisenbahnverbindungen gekappt, was leider dazu geführt hat, dass man seitens der belarussischen Führung nun dabei ist, noch extremere Gesetzgebungen zu verabschieden, die im Prinzip auf sogenannte versuchte terroristische Akte die Todesstrafe ansetzen möchten. Also im Gegensatz zu dem, was wir die ganzen Jahre über versucht haben, die belarussische Führung dazu zu bewegen, die Todesstrafe abzuschaffen, werden die Gründe jetzt noch erweitert, um sogenannte terroristische Akte mit dem Tod zu bestrafen.

Man muss auch sagen, dass der Einmarsch Russlands mit der Nutzung von belarussischem Territorium dazu geführt hat, dass natürlich die ganze Welt gesehen hat, dass

Lukaschenko wahrscheinlich nicht selbst entscheiden konnte, ob russische Truppen dort stationiert sein werden oder nicht. Damit ist er auch zu einer Gefahr für die Unabhängigkeit von Belarus geworden, die wir als EU absolut unterstützen. Wir wollen ein unabhängiges Belarus beibehalten, in dem die Menschen selbst entscheiden können, von wem sie regiert werden und in welchem „Klub“ sie Mitglied sein möchten. Damit hat der 24. Februar auch für Belarus einen großen Unterschied gemacht und die Leute beobachten sehr genau und sind auch recht gut informiert, obwohl die

Staatskanäle in Belarus nahezu wortwörtlich die Kreml-Propaganda übernommen haben.

Aber es gibt Nuancen und mit der Länge, die der Krieg nun andauert, ist auch das Verständnis in Belarus gewachsen, dass es ein richtiger Krieg ist und keine „Spezialoperation“, wie es ja Putins Medien nennen, und dass das eigentlich nicht gut ausgehen kann. Hinzu kommen auch die Sanktionen, die wir mittlerweile erhoben haben, die auch einen deutlichen Effekt auf Belarus haben werden.



Und ich glaube auch, es ist sowohl der Führung als auch der Bevölkerung durchaus bewusst, dass die Sanktionen wirken werden und dass das sicherlich so nicht gewollt war. Insofern glaube ich, dass die Situation in Belarus mit der Zeit noch schwieriger werden wird.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Ich denke, wir werden über die Sanktionen später noch ausführlicher sprechen. Aber es ist interessant, dass Sie sagen, dass diese Teilnahme oder die Benutzung des Territoriums von Weißrussland die Autonomie von Lukaschenko infrage stellt. Ich persönlich dachte immer, Belarus ist nicht wirklich ein autonomer Staat, sondern von Moskau gesteuert, aber es ist wahrscheinlich noch schlimmer geworden.

→ **Dirk Schübel:**

Ich glaube, wir haben als Europäische Union und als der Westen insgesamt alles dafür getan, um diese Unabhängigkeit beizubehalten. In der Tat ist Belarus wirtschaftlich und auch militärisch in vielerlei Hinsicht von Russland abhängig gewesen. Aber die gefälschten Wahlen vom August 2020 und die Verschlechterung der Beziehungen mit dem Westen haben natürlich dazu geführt, dass Lukaschenko sich im Prinzip nur noch nach Russland wenden konnte und damit ist die Abhängigkeit noch größer geworden. Das Ziel Russlands kennen wir sehr gut und ich glaube, da ist noch nicht alles erreicht worden. Die vollständige Abhängigkeit ist noch nicht da, dennoch ist die Abhängigkeit vergrößert worden durch die letzten Monate und Jahre – und ich glaube, daran ist Lukaschenko selbst schuld.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Sprechen wir jetzt ein bisschen über die Ukraine. Herr Professor Milbradt, Sie haben die Ukraine in den letzten fünf Jahren regelmäßig besucht und auch bei den Reformen mitgewirkt. Was waren die wichtigsten Fortschritte der letzten Jahre in der Ukraine und wie hat sich das Verhältnis zu Russland verändert – insbesondere auch vor dem Krieg? Und: Kann dieser Krieg tatsächlich den EU-Beitritt der Ukraine beschleunigen?

→ **Prof. Dr. Georg Milbradt:**

Die Ukraine hatte eine sehr schwierige Geschichte im 20. Jahrhundert. Im Gegensatz zu den baltischen Ländern gelang es der Ukraine nicht, schon nach dem Ersten Weltkrieg unabhängig zu werden, obwohl das damals versucht wurde. Das scheiterte an Polens Versuch, das alte polnisch-litauische Reich unter Einschluss der Ukraine wiederherzustellen, und an der Roten Armee, die die Ukraine zurückholen wollte. Dadurch bekam das Land nicht die Möglichkeit, schon in der Zwischenkriegszeit einen demokratischen Staat aufzubauen.

In der neuen Sowjetunion erlangte die Ukraine eine gewisse kulturelle Autonomie – bewusst durch Lenin herbeigeführt –, und gewährte der ukrainischen Sprache neben der russischen ein gewisser Freiraum. Durch die Auflösung der Sowjetunion erlangte das Land schließlich die Unabhängigkeit. Allerdings – und auch das ist ein Unterschied zu den baltischen Ländern oder zu Polen – begann die neue Freiheit nicht mit einer Revolution, also keinem klaren Schnitt mit der kommunistischen Vergangenheit. Man ersetzte die rote Fahne der Sowjetunion durch die blau-gelbe der Ukraine ersetzt. Die bisherigen

Eliten blieben zunächst an der Macht, nur sie unterstanden nicht mehr Moskau, sondern waren selbstständig. Das änderte sich nur allmählich. Der erste Versuch einer tiefgreifenden Umstrukturierung in der Orangen Revolution scheiterte. Schon damals mischte sich Russland mit der Unterstützung des Wahlfälschers Viktor Janukowitsch ein. Der Hintergrund des Giftanschlags auf den westlich orientierten Kandidaten Viktor Juschtschenko blieb ungeklärt. Putin machte deutlich, den Weg der Ukraine nach Westen verhindern zu wollen.



Der zweite Versuch war die Revolution der Würde 2013/14 mit einer deutlich proeuropäischen Ausrichtung. Präsident Janukowitsch hatte zunächst eine Assoziierung mit der EU versprochen und entsprechende Verhandlungen geführt. Kurz vor der Unterschrift rückte er unter Putins massiven Druck davon ab. Das löste Massenproteste aus. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte in dieser Zeit der Blick auf den westlichen Nachbarn Polen. Viele Ukrainer verglichen ihre bisherige Entwicklung mit der von Polen. 1990 war grob kalkuliert das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von Polen nicht viel höher als das der Ukraine, weil Polen durch den langjährigen Kampf der Solidarność gegen die kommunistische Regierung wirtschaftlich geschwächt war. Und nun, über 20 Jahre später, war das polnische BIP pro Kopf rund dreimal so hoch. Viele fragten sich, was der Grund dieser starken Divergenz sei. Die naheliegende Antwort war Europa. Erstens bekam Polen schon als EU-Beitrittskandidat viel Geld aus Brüssel und noch mehr später als Mitglied. Und zweitens: Bei einem Weg nach Europa wäre die Ukraine gezwungen, die notwendigen Reformen nachzuholen. Der durch die Orientierung nach Westen ausgelöste Druck hatte auch in den neuen EU-Ländern den Reformprozess stark beschleunigt. Allein auf sich gestellt würde dies in der Ukraine viel zu lange dauern.

Der Rückzieher von Janukowitsch zerstörte diese Hoffnung und brachte große Teile des Volkes gegen die Regierung auf; denn die Alternative, Mitglied in einer von Russland dominierten eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werden, war nicht attraktiv. Mit Russland hatte man schon zuvor schlechte Erfahrungen gemacht, weil sich der große Nachbar ungebeten

eingemischt und auch Gaslieferungen als Druckmittel eingesetzt hatte. Als Russland daraufhin die Krim besetzte und mit der Armee und dem Geheimdienst verdeckt einen Krieg im Donbass begann, wandte sich die große Mehrheit der Ukrainer von Russland ab und betrachtete den Nachbarn nun als Gegner. Zuvor hatte man Russland eher als einen guten Verwandten oder gar als einen Bruder gesehen.

Durch die permanente militärische und politische Auseinandersetzung mit Russland bildete sich auch ein starkes ukrainisches Nationalbewusstsein heraus, so wie ja viele Völker erst durch Kriege zu Nationen geworden sind. Beispielsweise war die deutsche Einigung im 19. Jahrhundert letztlich auch ein Resultat des Freiheitskrieges gegen Napoleon. Die Ukrainer fühlten sich zunehmend als nicht-russisch, auch die, die Russisch als Mutter- oder als Verkehrssprache benutzten. Die Orientierung nach Westen war nicht nur eine Abkehr von Russland, sondern auch eine Rückbesinnung an die lange Zugehörigkeit zum polnisch-litauischen Reich und an die vielen westlichen Einflüsse in dieser Zeit.

Ein gutes Beispiel ist dafür die Stadt Kiew, die um 1500 Magdeburger Stadtrecht bekommen hatte – nicht etwa, weil es dort viele deutsche Kaufleute gab, sondern weil das ein modernes Recht war, das im polnisch-litauischen Reich vom König bewusst als Instrument der Wirtschaftsförderung der Städte eingesetzt wurde. 1802 errichteten Kiewer Bürger sogar ein Denkmal für dieses Magdeburger Recht, um deutlich zu machen: „Wir sind auch Teil Europas. Wir orientieren uns nach Westen.“ Dieses Recht wurde erst 1830 endgültig durch russisches ersetzt und

das Denkmal später in eines an die Erinnerung der Taufe der Kiewer Rus‘ umgewidmet.

In der Zeit zwischen 2014 und dem russischen Angriff im Februar 2022 gelang es, wichtige Reformen durchzuführen und – was oft übersehen wird – sich ökonomisch vollständig von Russland abzukoppeln. Ursprünglich ging der weitaus größte Teil der ukrainischen Exporte nach Russland, und man war andererseits weitgehend vom russischen Gas abhängig. Die wirtschaftliche Abkehr gelang in wenigen Jahren, wenn auch unter großen Schmerzen. Die Regierung konnte das Land nach dem großen wirtschaftlichen Einbruch als Folge der Krimannexion und des Donbass-Krieges stabilisieren. Die zupackende und konsequente Sanierung des maroden Bankensektors durch die Ukrainische Zentralbank ist beispielhaft.

Meine Aufgabe war es, neben der internen Verwaltungsreform die Ukraine bei der Einführung einer wirklichen kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen, eine strategische Reform, um die starke Überzentralisierung als Erbe des zaristischen und des kommunistischen Systems zu beenden, das Land stärker von unten aufzubauen und so auch Demokratie, bürgerliche Mitverwaltung und Mitverantwortung zu stärken.

Diese Reform gelang, obwohl Teile der Politik befürchteten, kommunale Selbstverwaltung und Dezentralisierung befördere Separatismus und so die russische Agenda. Die Reform führte aber zum Gegenteil: Starke Gemeinden mit gewählten politischen Führern stärken die Identifikation mit der engeren Heimat, den Zusammenhalt im gemeinsamen Staat, und auch die Demo-

kratie. Starke Bürgermeister bilden gerade im Kriegsgebiet, das überwiegend russischsprachig ist, den Kern des zivilen Widerstandes. Einige sitzen in Gefängnissen, das Schicksal anderer ist ungewiss.

Die Bevölkerung findet sich in ihrer Mehrheit nicht mit der Besetzung ab. Sie haben im Fernsehen die Demonstrationen in Cherson nach dem russischen Einmarsch miterlebt. Die erfolgreiche Dezentralisierung hat einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Ukraine geleistet und das Land nicht geschwächt. Allerdings fehlen noch wichtige Elemente, insbesondere die verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung. Die gültige Verfassung aus den 1990er-Jahren enthält noch post-sowjetische Reste, die mit europäischen Vorstellungen, etwa von Rechtsstaatlichkeit oder demokratischem Verwaltungsaufbau nicht vereinbar sind. Die Absicherung der kommunalen Reform durch die Verfassung stand vor dem russischen Überfall auf der Prioritätenliste, ebenso die Justizreform und der weitere Kampf gegen Korruption und Oligarchentum. Auch hier waren schon Fortschritte zu verzeichnen – auch mithilfe der Europäischen Union und der anderen westlichen Unterstützer.

Ich war das letzte Mal im Dezember 2021 in Kiew. Im Januar fährt man normalerweise nicht dorthin, weil nach Neujahr und orthodoxem Weihnachtsfest die politische Arbeit erst Ende Januar, Anfang Februar wieder beginnt. Ich bereitete damals die nächste Reise vor. Dann kam der russische Überfall. Er kam nicht völlig überraschend, denn er drohte angesichts des massiven russischen Aufmarsches an den ukrainischen Grenzen. So stehe ich im Augenblick nur noch über Videokonferenzen,

Telefon und Email im Kontakt mit den ukrainischen Partnern und bin weiter an das EU-Projekt „U-LEAD with Europe“ angekoppelt, das die Gemeinden schon in der Vergangenheit beim Aufbau der Selbstverwaltung unterstützt hatte. Nach dem Ausbruch des Krieges leistet U-LEAD jetzt einen Beitrag zur Linderung der unmittelbaren Not, zum Beispiel bei der Stromversorgung. In Rzeszów an der polnisch-ukrainischen Grenze ist ein Materiallager errichtet worden, von dem aus Gemeinden zum Beispiel mit Generatoren versorgt oder Hilfen im medizinischen Bereich koordiniert werden.

Es ist ganz erstaunlich: Trotz des Krieges funktioniert die Ukraine weiter: die Verwaltungen, die Banken, auch die Schulen, weil sie sehr früh auf Digitalisierung umgestellt wurden. Man organisiert jetzt eine Verwaltung und regiert einen Staat digital, ohne zwingend persönlich anwesend zu sein. Viele Mitarbeiter sind innerhalb der Ukraine als Binnenflüchtlinge versprengt oder haben sich nach Polen oder in andere Länder gerettet. Den ukrainischen Staat und die Gesellschaft einen eine motivierte Armee, der zivile Widerstand, die feste Überzeugung und der Willen, die russische Armee aus dem Land zu vertreiben und eine unabhängige Ukraine zu erhalten. Viele Ukrainer sind allerdings enttäuscht über Deutschland wegen seiner zögerlichen Haltung. Ich hoffe, dass sich das ändert und wir nicht nur gute Ratschläge geben, sondern die Ukraine mit Allem, was möglich ist, unterstützen.

Die Europäer müssen über das Heute hinausdenken. Der Krieg wird nicht schnell enden. Wir müssen jetzt schon überlegen, wie wir im Herbst und im nächsten Jahr die Ukraine mit weiteren Waffen und Munition versorgen,

damit die ukrainische Armee erfolgreich kämpfen kann. Parallel dazu sind auch Überlegungen anzustellen, wie die Ukraine wiederaufgebaut werden kann und die institutionellen Strukturen weiter verbessert werden können. Aber für einen erfolgreichen Wiederaufbau ist Voraussetzung, dass Russland seine Truppen zurückzieht und ein stabiler und gesicherter Friede herrscht.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, Herr Professor Milbradt. Wir werden jetzt in der zweiten Runde auch ein bisschen über die Zukunft sprechen. Aber zunächst würde ich gern Franak Viacorka, Senior-Berater von Sviatlana Tsikhanouskaya begrüßen. Herr Viacorka ist auch Experte in Medienfragen und der digitalen Mediendesinformationen – dies sind natürlich wichtige aktuelle Themen. Meine kurze Frage an ihn wäre: Wie hat sich das Leben für die Oppositionsführerin und für die Oppositionsbewegung von Belarus in den letzten zwei, drei Monaten verändert? Waren Sie viel unterwegs?

→ **Franak Viacorka:**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Gäste, Exzellenzen, ich fühle mich geehrt, hier zu sein und über Belarus zu sprechen. Eigentlich waren wir vom Krieg überrascht, wahrscheinlich so sehr wie Sie oder die meisten von Ihnen. Es hat unsere Aktivitäten in Belarus verändert – definitiv. Damals haben wir gegen Lukaschenkos drastisches Regime gekämpft, jetzt kämpfen wir zudem gegen die Aggression Russlands. Auch wenn nicht so sichtbar wie in der Ukraine, haben wir doch auch noch russische Truppen auf unserem Territorium. Sie sind in mindestens sechs Städten präsent. Es gibt mindestens zwei sogenannte militärische

Ausbildungszentren, die de facto Militärstützpunkte sind und wir wissen nicht, wie sie wirklich funktionieren. Und es gibt mehrere militärische Komplexe, die auf weißrussischem Territorium stationiert sind oder sich dort befinden, einschließlich Luftverteidigungssysteme, die sich dort jenseits belarussischer oder gesellschaftlicher Kontrolle befinden.

Lukaschenko entschied sich grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit Putins Regime in diesem Krieg, ähnlich vielleicht dem Vichy-Regime in Frankreich während des Zweiten Weltkriegs. Er gibt vor, souverän und unabhängig zu sein, aber Tatsache ist, dass er nicht mehr den Interessen der belarussischen Nation dient. Dies hängt mit den Ereignissen im Jahr 2020 zusammen, als Lukaschenko die Wahl verlor und dann die Rolle als Repräsentant des belarussischen Volkes aufgab. Er weigerte sich, freie Wahlen durchzuführen, zurückzutreten und einen Dialog mit den Belarussen zu führen. Stattdessen organisierte er mit Unterstützung Putins Massenterror.

Wir haben also das Recht zu sagen, dass der Krieg für uns viel früher mit dem harten Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft und die Medien im Jahr 2020 begonnen hat. Deshalb sieht man in Belarus derzeit vielleicht nicht viele Kundgebungen und Proteste gegen den Krieg – aber nur, weil diese Stimmen, diese Menschen sich entweder im Gefängnis oder im Exil befinden. Er hat mehr als 350 zivilgesellschaftliche Organisationen zerstört, mehr als 50 große Medienunternehmen wurden geschlossen, mehr als 300 Telegram- oder YouTube-Kanäle als extremistisch eingestuft, und deshalb haben



wir das Recht zu sagen, dass die Vorbereitungen für diesen Angriff auf die Ukraine vor zwei Jahren in Belarus begonnen haben.

Wir können keine öffentlichen Widerstandsaktivitäten organisieren, stattdessen sind wir in den Untergrund gegangen und nennen unsere Bewegung jetzt Partisanenbewegung. Es geht um die Verbreitung unabhängiger Informationen. Wir haben das Netzwerk „Samisdat“ organisiert. Dank der neuen Technologie ist viel mehr möglich als zuvor, wir haben ein Netzwerk von Saboteuren, die sich über soziale Medien und spezielle Messenger koordinieren. Nach Lukaschenkos eigenen offiziellen Angaben organisierten sie mehr als 80 Sabotageakte, wie Umleitungen von Eisenbahnen, um russische Truppen daran zu hindern, in die Ukraine

einzudringen. Mindestens zwei große Cyberangriffe wurden durchgeführt, die von belarussischen Cyber-Partisanen organisiert wurden und das Eisenbahnsystem mehrere Tage lang lahmlegten – und noch viele andere Aktionen, die im Grunde das russische Leben und die russische Militärpräsenz in Belarus äußerst instabil gemacht haben.

Gleichzeitig versuchen wir, die belarussische Gesellschaft zu mobilisieren. Sie ist immer noch anfällig für russische Fehlinformation und Propaganda, und in Belarus geht es nicht nur um Truppen oder den physischen Wettbewerb auf dem Schlachtfeld, es geht um den Wettbewerb der Narrative in einem sehr viel weiteren Sinne. Es ist wie Fernsehen gegen das Internet – Nutzer des traditionellen Fernsehens, der russischen Fernsehsender,

ebenso wie derer Lukaschenkos gegen die neuen Medien. Daher sind sie sehr anfällig für Narrative wie die, dass die Ukraine von Nazis regiert wird und dass wir zuerst die Ukraine und dann die ganze Welt befreien müssen. Diese Rhetorik wird immer aggressiver. Sie ist sehr toxisch, sehr intolerant.

Zumeist ist die belarussische Rhetorik sehr repetitiv, aber in manchen Fällen sogar brutaler und aggressiver als die russische. Lukaschenko versucht, wie Putin zu sein, nur stärker. Wenn Putin etwas Seltsames, Dummes sagt, wiederholt Lukaschenko es nach ein paar Tagen, fügt aber stärkere Formulierungen hinzu, weil er wie das Alpha-Männchen sein will, männlicher, wichtiger. Wir sehen eine unsichtbare Konkurrenz zwischen ihnen darin, unhöflich zu sein.

Natürlich kümmern sich weder Lukaschenko noch Putin um die Meinung der Gesellschaft. Das ist auch ihre Fehleinschätzung, ihr Problem, weil sie, wie mein Vorredner erwähnte, die Macht der Nation, die Macht des Volkes, die Macht der ukrainischen Identität unterschätzt haben – besonders in der Ukraine. Nicht Selenskyj kämpft gegen Russland, es ist das ukrainische Volk.

Dasselbe gilt für das belarussische Volk. Weder Putin noch Lukaschenko haben verstanden, dass die belarussische Nation bereits herausgebildet ist – unabhängig, souverän, mit eigener Sprache, Kultur und Identität. 2020 war für beide überraschend. Und der Widerstand, den wir gerade jetzt gegen den Krieg erleben, überrascht sie wieder. Wir stehen immer noch vor der großen Herausforderung, die große Mehrheit der Bevölkerung davon zu

überzeugen, dass dieser Krieg von Russland angezettelt wurde. Wir haben immer noch Probleme, diese große Gruppe belarussischer Bürger zu erreichen, die vor dem Krieg unabhängige Websites nutzten – jetzt sind diese Websites nicht mehr erreichbar.

Aber ich denke, wir haben begonnen, dank unserer internationalen Partner enger mit Technologieunternehmen zusammenzuarbeiten – und das wird uns neue Möglichkeiten eröffnen. Ich meine damit die sozialen Netzwerke, ich meine YouTube, ich meine Microsoft. Technologie kann in unserem Fall entscheidend sein, sie kann die zentrale Rolle dabei spielen, Russlands imperialistisches, revanchistisches Narrativ zu überwinden.

Sviatlana Tsikhanouskaya wird von der breiteren belarussischen Bevölkerung anerkannt und hat immer noch sehr große Unterstützung. Sie ist die beliebteste Führungspersönlichkeit und ihre prozentuale Anerkennung, ihr Wiedererkennungswert in Belarus ist genauso groß, wie der von Lukaschenko – etwa 98,5 Prozent. Niemand sonst kommt in diese Nähe. Die Anerkennung des Premierministers oder eines anderen Ministers von Lukaschenko beträgt maximal fünf bis zehn Prozent. Für die Mehrheit der Weißrussen gibt es also keine sichtbaren Politiker – und das ist unser größter Vorteil.

Unser Ziel als Team von Sviatlana Tsikhanouskaya ist es, den Belarussen zu helfen, sich mit der Bewegung zu identifizieren, mit der Bewegung für Freiheit und Demokratie. Sviatlana Tsikhanouskaya ist einerseits das Symbol der Bewegung und andererseits die Anführerin,

die wichtige Themen auf den Tisch bringt. Vor dem Krieg konzentrierten wir uns sehr auf demokratische Wahlen als unser einziges Ziel. Jetzt widmen wir auch der Geopolitik viel mehr Aufmerksamkeit, weil dies der richtige Moment ist, um den Belarussen zu erklären, wo sie wirklich hingehören.

Es geht nicht darum, etwas Unnatürliches zu erschaffen. Belarus ist ein natürlicher Teil Europas. Es ist auch ein Gebiet der Magdeburger Charta. Alle großen Städte in Belarus gehörten dem Magdeburger Recht an, sie verfügten über Selbstverwaltung. Wir haben diese Tradition, die viele russische Städte nicht haben. Ich denke, was wir tun müssen, ist, der belarussischen Bevölkerung zu erklären und den Menschen zu zeigen, wo sie hingehören und was sie verdienen.

Und in vielen Fällen hilft uns Putin tatsächlich, denn Putins Russland wird sehr stark mit Krieg, mit Leid, mit Folter, mit Raketen in Verbindung gebracht. Europa hingegen steht in den Köpfen der Menschen für einen sicheren Hafen, wird mit Sicherheit und Wohlstand assoziiert. Man sieht einfach nicht viele Menschen, die nach Russland fliehen – eigentlich sieht man niemanden, der das tut. Stattdessen versuchen sie alle, Gott sei Dank, einen sicheren Hafen in den EU-Nachbarländern zu finden.

In dieser Situation haben wir sehr starke Verbündete. Auch Litauen, Polen und Lettland haben 2020 bei der Aufnahme unserer Flüchtlinge Unglaubliches geleistet und tun dies noch immer. Wir erhalten auch Unterstützung auf politischer und diplomatischer Ebene von allen EU-

Ländern, und ich freue mich, mit Dirk Schübel, dem Leiter der EU-Diplomatie für Belarus, hier zu sein. Und diese Unterstützung hat einen symbolischen Wert für Belarus. Sie gibt den Menschen in Belarus Kraft und schafft das Gefühl, dass sie nicht im Stich gelassen werden.

Wenn Sie es mit einem autoritären, totalitären Herrscher zu tun haben, sind Energie und Hoffnung die wichtigsten Dinge. Hilfsmittel sind natürlich auch wichtig, wenn wir uns gegen die russische Propaganda durchsetzen wollen, aber Energie und die Gewissheit, dass wir erwartet werden, dass wir unterstützt werden, sind eine große Sache. Denn die Botschaft von Lukaschenko und Putin gegenüber Belarus und der Ukraine war immer: „Niemand wartet auf dich im Westen, niemand wartet auf dich in Europa.“ Aber jetzt sehen die Belarussen dank Tsikhanouskaya, dank internationaler Unterstützung, dank deutscher Unterstützung und die der Vereinigten Staaten, auf die wir gewartet haben, dass wir erwartet werden, dass wir dort mehr als willkommen sind. Das gibt den Menschen die Energie, nicht aufzugeben und den Widerstand fortzusetzen.

Um meine kurzen Bemerkungen zu beenden, möchte ich mich zunächst bei den Parlamentariern der EU-Mitgliedstaaten bedanken, ich möchte ihren Regierungen, aber auch dem Diplomatischen Korps großen Dank aussprechen. Wir sind immer noch mitten in der Revolution, in der Stimmung dieser Revolution, im revolutionären Prozess. Es hat wesentlich länger gedauert, als wir 2020 erwartet hatten, aber so haben wir es begonnen und jetzt ist es eindeutig unumkehrbar.

In diesem Moment brauchen wir nur einen weiteren Schub, wir brauchen ein bisschen mehr Energie, wir brauchen mehr Mut, um das zu beenden, was wir begonnen haben. Einerseits setzen wir fort, was wir 2020 angestoßen haben, andererseits werden wir der Ukraine mit allen möglichen Mitteln helfen, weil wir verstehen, dass der Sieg der Ukraine uns eine Chance auf den Sieg für uns selbst geben wird. Und dieser Sieg der Ukraine – sogar der taktische Sieg der Ukraine – kann Gelegenheiten für demokratische Veränderungen in Belarus eröffnen.

Und wenn manche Leute sagen, dass in Belarus Veränderungen nur passieren, wenn Putin zusammenbricht, dann muss ich sagen, dass Lukaschenko viel schwächer ist als Putin. Und ich denke, wir sollten nicht warten, bis Putin zusammenbricht – was nur eine Frage der Zeit ist. Aber wir sind uns sicher, dass Lukaschenkos Zusammenbruch Putins Fall viel glaubhafter machen wird. Vielen Dank!

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Lassen Sie uns etwas über die Zukunft sprechen. Die größte Frage ist natürlich, wie kann und wie soll Europa jetzt mit Russland umgehen? Was sind die Möglichkeiten, welche Maßnahmen können effektiv sein? Sanktionen, Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung für die Ukraine? Was wirkt und gibt es andere Optionen? Herr Kubilius, was ist Ihre Einschätzung aus Sicht von Litauen und von den baltischen Ländern?

→ **Dr. Andrius Kubilius:**

Franak Viacorka hat schon viele meiner Punkte beantwortet. Was ich zunächst einmal sagen würde, ist,



dass wir wirklich aus den Fehlern lernen müssen, die wir bisher gemacht haben. Und dann brauchen wir eine viel klarere Strategie, aber nicht nur für Belarus, die Ukraine und Russland, sondern für die gesamte Region, die sehr stark miteinander verflochten ist.

Wie Franak bereits sagte: „Wenn Lukaschenko zusammenbricht, wird das ein schwerer Schlag für Putin. Wenn Putin zusammenbricht, wird die Demokratie definitiv nach Belarus kommen.“ Alles wird sehr stark von der Ukraine abhängen. Deshalb liegt unser Fokus jetzt natürlich auf der Ukraine – sowohl darauf, der Ukraine zu helfen, ihr eigenes Territorium und ihre eigene

Souveränität zu verteidigen, als auch darauf, Putins militärische Stärke zu besiegen. Manchmal, wenn ich sage: „Alles – unser großes Ziel, unser ganzheitlicher Ansatz – sollte darauf ausgerichtet sein, zu sehen, wie wir Russland helfen können, eine Demokratie zu werden, denn das wird die Probleme unserer eigenen Sicherheit lösen. Diese Formel: ‚Europa – ganz, frei und in Frieden‘ bedeutet ganz klar: Ganz Europa muss frei sein. Das bedeutet, dass ganz Europa auf demokratischen Werten, auf Werten der Freiheit basieren muss. Ohne das werden wir immer die gleichen Probleme haben.“ Dann entgegnen die Menschen: „Schau, wie naiv du bist. Sieh dir Russland an – 80 Prozent der russischen Bevölkerung unterstützen diesen Krieg, sie unterstützen Putin und so weiter. Also, wovon redest du – Demokratie in Russland?! Das ist eine verrückte Idee.“

Aber ich sage es ganz einfach, besonders wenn wir dieses deutsch-mitteleuropäische Gespräch führen: Wenn Sie in die Geschichte zurückblicken, auf einige sehr schmerzhaftes Kapitel der Geschichte. Wenn Sie an Nazideutschland oder das kaiserliche Japan im Zweiten Weltkrieg zurückdenken, weiß ich nicht, ob zu dieser Zeit irgendjemand Meinungsumfragen durchgeführt hat, aber vielleicht unterstützten die Deutschen und Japaner ihre autoritären Führer, die Diktatoren und ihren Krieg. Und jetzt: Deutsche und Japaner genießen ihre Demokratien.

Die Frage ist, wie sie von der Nazifizierung etc. zur Demokratie übergegangen sind. Aus der Geschichte kennen wir einige Antworten: Zunächst einmal wurden solche Regime militärisch besiegt. Deshalb sagen wir, wenn wir auf die Ukraine blicken: Moment, wir haben es mit

diesem Kreml-Regime zu tun, das wieder ein neues faschistisches Regime ist. Ich war kürzlich in Butscha, in der Nähe von Kiew. Wahrscheinlich weiß jeder, was Butscha bedeutet. Es gibt klare Beweise dafür, dass der Kreml wirklich zu einem neuen faschistischen Regime wurde. Deshalb müssen wir, wenn wir über die Ukraine sprechen, zuallererst alles tun, um eine vollständige Niederlage der russischen Streitkräfte in der Ukraine zu erreichen. Das kann auch in Russland Türen für Veränderungen öffnen.

Zugleich müssen wir auch auf unsere großen strategischen Fehler zurückblicken – Fehler, die sehr stark mit unserem mangelnden Glauben daran zusammenhängen, dass Russland wirklich eine Demokratie werden könnte. Und Putin war sehr gut darin, alle um ihn herum in den großen Hauptstädten davon zu überzeugen, dass Russland niemals eine Demokratie werden wird, dass Russland eine wilde östliche Nation mit Atomwaffen in ihren Händen ist.

Und deshalb muss man sich in den westlichen Hauptstädten auf Putin einstellen, weil es keinen Weg für ein anderes Russland gibt. Wenn man sich die frühere Sprache der Europäischen Union ansieht, war es immer der Dialog mit Putin, der Priorität hatte – nicht die Demokratie in Russland, sondern der Dialog mit Putin. Ich denke, das muss wirklich geändert werden. Ein Dialog mit Putin wird keine Veränderungen in Russland bringen, er wird Russland nicht demokratisieren, vielmehr wird Russland so bleiben, wie es jetzt ist: die größte Gefahr für die Europäische Union und für die Sicherheit in Europa.

Erstens kann ein Erfolg in der Ukraine im militärischen Bereich wirklich viele neue Möglichkeiten für Russland eröffnen, sich zu verändern. Zweitens – und das ist sehr wichtig – ist es nicht nur eine Niederlage aus militärischer Sicht, sondern es geht darum, alles zu tun, um die Ukraine zum Erfolg zu führen. Deshalb sprechen wir über einen Marshall-Plan für die Ukraine oder wie auch immer Sie es nennen wollen. Es geht um eine riesige Menge Geld – die Zahlen, die jetzt im Europäischen Parlament genannt werden, reichen von 500 Milliarden bis zu einer Billion Euro.

Auch das kann ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Ukraine sein, nicht nur ein demokratisches Land, sondern auch ein wohlhabendes Land zu werden. Die Ukrainer müssen bedenken, dass ihr Land mit Blick auf ihre Ressourcen ein sehr reiches Land ist. Es verfügt über eine sehr gut entwickelte industrielle Basis und über sehr gut ausgebildete Menschen. Die Ukraine hat das Potenzial, ein erfolgreiches Land werden. Aber das kann, wie die europäische Geschichte gezeigt hat, nur durch die erfolgreiche Integration der postsowjetischen Länder in Europa erreicht werden. Es gibt kein einziges Beispiel für ein Land, das nach seinem Zusammenbruch aus dem Russischen Reich hervorgegangen ist und ohne die Integration in Europa ein erfolgreiches Land geworden ist. Wir müssen verstehen, dass unsere Integrationspolitik ein Instrument ist, um die Ukraine zu einem Erfolgsbeispiel zu machen.

Warum ist eine erfolgreiche Ukraine so wichtig? Nochmals: Wir wünschen der Ukraine nicht nur alles Gute, sondern die Ukraine als Erfolgsbeispiel kann an sich

schon eine große Inspiration sein. Ein Beispiel für die Soft Power der EU, um dem russischen Volk zu zeigen, dass wenn es deren Beispiel folgen würde – ich spreche übrigens nicht davon, dass Russland EU-Mitglied wird, das ist ein bisschen zu fantasievoll –, dass dies eine große Inspiration für die russische Bevölkerung sein könnte, nach einer Transformation ihres Landes zu streben. Und das wiederum wäre eine Inspiration für das belarussische Volk, um ebenfalls voranzukommen.

Deshalb müssen wir das breitere Bild sehen und verstehen, dass alles sehr stark miteinander verflochten ist. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir einen Fehler gemacht haben, indem wir nicht an die Möglichkeit der Demokratie in Russland geglaubt haben, und Putin war sehr gut darin, uns davon zu überzeugen, dass die Demokratie so schnell nicht nach Russland kommen wird. Deshalb hatte die Europäische Union Angst davor, die Integration der Ukraine voranzutreiben, weil alle befürchteten, dass Putin dadurch provoziert werden könnte.

Wenn wir beispielsweise unsere politische Sprache gegenüber dem Westbalkan und der Ukraine miteinander vergleichen, stellen wir fest, dass sie schon immer sehr unterschiedlich war. Dem westlichen Balkan wurde immer eine Mitgliedschaft versprochen, aber der Ukraine wurde diese Mitgliedschaft nie in Aussicht gestellt – und jetzt können wir das Ergebnis sehen. Aus geopolitischer Sicht haben wir die Ukraine in gewisser Weise in einer Grauzone zurückgelassen, und das hat den Kreml in Versuchung geführt. Der Kreml sah diese ukrainische Grauzone und dachte, dass der Westen diese Zone nicht

verteidigen würde. Ich sehe dies als einen der Faktoren, die zu der Situation geführt haben, mit der wir jetzt konfrontiert sind. Aus diesem Grund müssen wir unsere Politik ändern, wir brauchen eine sehr klare Strategie für die gesamte Region.

Also: Durch den Erfolg in der Ukraine können wir die Entwicklung sowohl in Russland als auch in Belarus beeinflussen und so einen viel friedlicheren und stabileren europäischen Kontinent schaffen, auf dem Vilnius nicht nur das geografische Zentrum, sondern auch das Zentrum eines demokratischen Europas sein wird. Das ist unsere Vision.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Ich möchte gerne auch den Anwesenden im Saal das Wort geben. Aber um diese Runde abzuschließen, Herr Schübel, wie sehen Sie das von Europa oder Brüssel aus? Wie sollte Europa jetzt mit Russland umgehen? Was sind effektive Maßnahmen? Putin droht auch mit Nuklearwaffen. Wie sollte Europa diesbezüglich reagieren?

→ **Dirk Schübel:**

Vielen Dank. Es ist natürlich etwas außerhalb meines gegenwärtigen Verantwortungsbereichs, aber natürlich kann man Belarus nicht betrachten, ohne Russland – auch kann man Belarus nicht anschauen, ohne die Ukraine zu sehen. Erst einmal stimme ich mit Herrn Kubilius überein, dass die Zukunft der gesamten Region in der Ukraine bestimmt wird. Das heißt, der Ausgang des Krieges wird eine entscheidende Bedeutung haben für die Zukunft der gesamten Region.

Ich kann Ihnen sagen, wir haben auch derzeit schon mit der Diskussion begonnen, was aus unserer Östlichen Partnerschaft wird – auch vor dem Hintergrund, dass wir drei Länder der Östlichen Partnerschaft haben, die Mitglieder der EU werden wollen, nämlich die Ukraine, aber auch Moldau und Georgien. Die Entscheidung wird relativ bald in EU-Kreisen getroffen, ob der Kandidatenstatus einem oder mehreren dieser Länder gewährt werden wird.





Und dann muss man natürlich auch sehen, wenn das so ist, was machen wir dann mit der Östlichen Partnerschaft? Was machen wir mit Belarus in der Östlichen Partnerschaft? Das ist ein weiteres Thema, das uns beschäftigt. Wir haben immer gesagt, dass Belarus Teil der Östlichen Partnerschaft bleibt und dass wir mit den demokratischen Kräften eng zusammenarbeiten, mit Sviatlana Tsikhanouskaya, mit ihrem Team, mit den vielen anderen Aktivisten der Zivilgesellschaft, die sowohl außerhalb des Landes als auch innerhalb noch für Belarus arbeiten.

Das heißt, Belarus wird Teil eines Gebildes bleiben, wie immer wir es nennen, aber wir werden natürlich immer den Unterschied machen zwischen dem Regime und Belarus als Land. Zu Russland: Ich glaube, persönlich gesehen, kann man kaum so viele Fehler machen, wie Putin in den letzten Jahren gemacht hat. Er bekommt jetzt all das, was er eigentlich verhindern wollte: Er bekommt neue NATO-Mitgliedsstaaten, die vor vier Monaten noch nicht mal über eine NATO-Mitgliedschaft nachgedacht haben, nämlich Finnland und Schweden. Es werden viel mehr Truppen an seine Grenzen geschickt. Die Ukraine, die er denazifizieren und demilitarisieren wollte, erhält jetzt viele Waffen aus westlichen Beständen. Im Prinzip ist es für ihn jetzt keine Frage: Er muss den Krieg gewinnen – wie auch immer wir dies definieren. Und wir müssen genau das verhindern, dass er diesen Krieg gewinnt. Die Ukraine hat bisher heroisch gekämpft. Es ist unfassbar, was die Menschen dort geleistet haben, das muss man ganz ehrlich sagen und es hat wohl niemand von uns geglaubt, dass sie das schaffen würden. Jeder Tag, der vergeht, ist ein weiterer

Erfolg für die Ukraine, auch wenn sie unsagbare Opfer bringen muss für diese Erfolge.

Wir hören wenig über die Ziffern der nicht-zivilen Toten in der Ukraine. Ich bin mir sicher, dass es sehr, sehr viele sind, zudem eine Unmenge von russischen Toten. Wenn wir es schaffen könnten, dass die Ukrainer zumindest in absehbarer Zeit die Russen zurückdrängen können auf die Gebiete des Stands vor dem 24. Februar, das – glaube ich – wäre schon ein großer Erfolg. Und dann muss man aus dieser Position der relativen Stärke versuchen, Herrn Putin zu erklären, dass wir auf diese Weise nicht vorankommen können. Ich persönlich habe Schwierigkeiten, mir eine Zusammenarbeit mit Putin, wie vor 2014, vorstellen zu können. Es wirkt fast undenkbar.

Zu den 80 Prozent der russischen Bevölkerung, die den Krieg unterstützen: Ich bin mir nicht sicher, ob wir wirklich bei 80 Prozent sind. Es werden Telefonumfragen durchgeführt. Aber wer antwortet in Moskau oder in Russland am Telefon auf eine solche Frage? Wer wird da schon unbedenklich sagen, dass er gegen den Krieg ist? Das ist sicherlich auch mit zu beurteilen – und ich glaube nicht, dass es so viele Befragte sind. Was aber stimmt, ist, dass Putin fester im Sattel sitzt als Lukaschenko. Ich glaube, das kann man schon sagen. Wie lange das noch anhält, wenn noch viele Tausende von Soldaten mehr tot in ihre Heimat zurückgebracht werden, das wage ich nicht zu sehen. Wir sind jetzt bereits dabei, das sechste Paket an Sanktionen zu verabschieden. Das wird wieder beißen. Und vielleicht beißt das heute noch nicht so sehr, aber es wird beißen.

Viele der westlichen Unternehmen haben das Land schon verlassen. Ich glaube, ehrlich gesagt, moralisch ist es sehr schwierig, als Unternehmen seine Präsenz in Moskau derzeit aufrechtzuerhalten. Das heißt, all das wird eine Rolle spielen, sodass wir hoffentlich zu einem Standpunkt kommen, wo Putin und seine Entourage zur Vernunft kommen. Zumindest zu einer gewissen Vernunft, dass die Ukraine nicht ihnen gehört, sondern dass die Ukraine ein demokratischer, unabhängiger Staat ist und bleibt, den wir weiterhin unterstützen werden.

Wir brauchen Geduld, so wie auch Franak Viacorka mit seinen demokratischen Kräften in Belarus Geduld braucht. Wir alle brauchen Geduld, und die Zeit spielt nicht für Putin und für ein solch kriegerisches Regime. Wir arbeiten gemeinsam daran – das ist auch wichtig, dass wir eine gemeinsame europäische Front haben. Und ich bin auch sehr froh, dass meine sehr verehrte Kollegin Julie Fischer, meine amerikanische Kollegin, die für Belarus zuständig ist, mit uns zusammen ist. Wir arbeiten so eng zusammen, wie wir es selten zuvor getan haben, und wir wollen zusammen versuchen, dass diese Region demokratisch bleibt und wird. Vielen Dank.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank! Herr Professor Milbradt, kann die Ukraine diesen Krieg militärisch gewinnen und soll Europa mit Putin noch verhandeln?

→ **Prof. Dr. Georg Milbradt:**

Ich bin kein Militär und kann nur das wiedergeben, was ich aus militärischen Kreisen höre, insbesondere von der britischen Seite, die sehr gut informiert. Die Briten

sind der Ansicht, dass die Ukraine den Krieg erfolgreich überstehen kann und Russland seine Kriegsziele nicht erreichen wird. Die nächste Frage ist aber, wie soll es dann weitergehen?

Meine erste Anmerkung ist: Wir haben großes Glück, dass im Weißen Haus Joe Biden sitzt. Stellen Sie sich vor, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen wären anders ausgegangen und Donald Trump säße dort. Dann wäre die Ukraine schon gefallen. Denn die entscheidende Unterstützung – insbesondere militärischer Art – kommt aus den USA, aus Kanada und Großbritannien. Die baltischen Länder und Polen waren auch sehr aktiv, aber das allein hätte nicht ausgereicht.

Was passiert, wenn 2025 in Amerika die Regierung wieder von Trump geführt wird? Ist Europa darauf vorbereitet? Wir können im Augenblick nur mit amerikanischer Unterstützung erfolgreich handeln und sind nicht in der Lage, eine von Amerika unabhängige Politik gegenüber Putin zu verfolgen.

Das bedeutet zunächst einmal, dass sich Europa zukünftig anders aufstellen und eine eigene militärische Machtposition entwickeln muss. Wir haben zwar viele europäische Armeen, die aber in Summe nicht ausreichend sind. Und der zweite Punkt: Putin droht offen mit dem Einsatz von Atomwaffen. Und wer mit Atomwaffen gegenüber einem Nicht-Atomwaffen-Staat droht, hat schon einen großen Vorteil. Wir Europäer sind im Augenblick durch den amerikanischen Atomwaffenschirm geschützt, aber wie lange? In Europa wird man sich überlegen müssen, ob man nicht aus der französischen „Force de frappe“

mittelfristig eine europäische Atommacht entwickelt, um eigenständig das Gleichgewicht in Europa zu sichern.

Ich glaube nicht, dass Putin wegen der Sanktionen in absehbarer Zeit stürzen wird. Er hat den russischen



Staat über seine KGB-Verbindungen voll im Griff. Die alten Oligarchen aus der Jelzin-Zeit spielen keine Rolle mehr. Sie sind entmachtet und dürfen nur noch Geld verdienen. Die neuen Oligarchen sind Putins Kumpane. Eine Revolution in Russland halte ich zurzeit für unwahrscheinlich. Das sehen wir allenfalls „in the long run“, also langfristig.

Wenn es aber gelingen sollte, in der Ukraine eine lebendige Demokratie verbunden mit wirtschaftlichem Fortschritt aufzubauen, würde das die Putinsche und im Grunde auch zaristische Ideologie von ‚Russkij Mir‘ (Russische Welt) erschüttern: „Wir sind etwas anderes als der Rest von Europa. Demokratie und Rechtsstaat sind nur Instrumente des Westens, um Russland zu zerstören. Russland kann nur autokratisch regiert werden oder untergehen.“ Wenn die ostslawische Ukraine mit dem europäischen Modell gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreich ist (vielleicht auch Belarus), dann wird die russische Mittelschicht, besonders in den großen Städten, begreifen, dass es für ihr Land eine demokratische Alternative gibt. Das ist eine mittelfristige Chance für eine Veränderung

Auf lange Sicht hat Russland unter den Weltmächten die schwächste Position, es hat keine leistungsfähige moderne Wirtschaft, sondern nur eine, die auf dem Verkauf von Rohstoffen aus Sibirien basiert – im Gegensatz zu den Chinesen, die in den letzten 30 Jahren eine hochmoderne Wirtschaft aufgebaut haben, die mit Amerika auf Augenhöhe konkurriert. Die russische Weltmachtstellung beruht nur auf seinem riesigen Atomwaffenarsenal. Es ist daher richtig, dass wir den Import von Rohstoffen und den Export von Hochtechnologie verhindern.

Die langfristige Gefahr für Russland ist, zu einem Vasallen von China zu werden. Die russischen Städte im Süden Sibiriens sind ja schon in chinesischer Hand – nicht politisch, aber ökonomisch. Chinas Wirtschaft diffundiert nach Norden, und irgendwann werden die Chinesen auch Nordsibirien erreichen und die dortigen Rohstoffquellen kontrollieren, vielleicht in 50 Jahren. Dann wird Putin tot sein und hoffentlich in Russland eine Generation leben, die sehr viel realistischer ist. Deswegen bin ich auf lange Sicht verhalten optimistisch. Allerdings bedeutet das für die Europäer aber keinen kurzfristigen Erfolg.

Wir müssen in der Politik Geduld und Kontinuität haben. Da es keine befriedigende kurzfristige Lösung gibt, müssen wir gemeinsam unsere zukünftige Strategie in Europa entwickeln, die notwendigen politischen Konsequenzen, einschließlich der militärischen, ziehen und die notwendigen Mittel bereitstellen, aber nicht auf Kredit. Die neuen Prioritäten bedeuten Kürzungen von anderen Staatsausgaben oder Steuererhöhungen, also einen gewissen Rückgang an Wohlstand. Die Party ist vorbei, insbesondere in Deutschland!

Ich habe den Ukrainern oft Glück und Erfolg gewünscht mit der Bemerkung, dann schliefe ich besser. Denn von Dresden nach Lemberg sind es nur 850 Kilometer. Das ist für amerikanische Verhältnisse „next door“. Deswegen müssen wir Deutschen, aber auch alle Europäer, nicht nur der Ukraine helfen, sondern begreifen, dass der russische Eroberungskrieg in der Ukraine uns direkt betrifft und bedroht, dass wir also im eigenen Interesse handeln müssen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank! Meine letzte Frage geht an Herrn Viacorka, danach öffnen wir die Diskussion für das Publikum. Aus Ihrer Sicht, wie soll Europa jetzt mit Russland umgehen? Sollen wir alle Kontakte auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene abbrechen oder sollen wir im Kontakt bleiben?

→ **Franak Viacorka:**

Ich bin mir sicher, dass es klügere Menschen als mich gibt, wenn es gilt, darüber zu sprechen, wie man mit Russland umgehen sollte. Ich kann Ihnen jedoch etwas über die Verbindungen zwischen Belarus und Russland erzählen. Und ich kann Ihnen sagen, dass wir sicherstellen müssen, dass unser einziger Verbündeter, dessen Name bekannt ist, vollständig isoliert und vor Gericht gestellt wird.

Putin braucht seinen Kumpanen Lukaschenko. Sie haben eine symbiotische Beziehung. Im Jahr 2020 rettete Putin Lukaschenko, dann kam Lukaschenko viele Male zu Putin, um Geld zu erbitten. Und jetzt braucht Putin Lukaschenko, wie es scheint, aus diplomatischen und politischen Gründen, aber auch, um seinen eigenen Bürgern zu zeigen, dass es nicht nur Putins Kampf ist, sondern dass es sich um einen Krieg einer Koalition von Nationen handelt. Ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass dieser Koalitionspartner ein Paria ist, dass er isoliert und kein wirklicher Führer ist, sondern ein selbsternannter Usurpator.

Wie mit Belarus umgehen? Wir haben immer hervorgehoben, dass es wichtig ist, zu differenzieren zwischen

Sanktionen gegen das Regime und Sanktionen gegen das Volk. Doch leider sind einfache Belarussen sehr oft eingeschränkt, wenn es darum geht, Stipendien an europäischen Universitäten oder Visa zu erhalten. Viele kleine Privatunternehmen, die die belarussische demokratische Bewegung unterstützten, sind nun auch von Beschränkungen und Restriktionen seitens der westlichen Gesellschaften betroffen. Es ist daher sehr wichtig, die Sanktionspolitik so anzupassen, dass diejenigen, die an der Macht sind, und diejenigen, die das Regime unterstützen, wirklich bestraft werden.

Meine erste Empfehlung lautet daher, die Sanktionspolitik gegenüber Lukaschenko fortzusetzen und sicherzustellen, dass Putin nicht in der Lage ist, Lukaschenko zur Umgehung dieser Sanktionen einzusetzen, um all denen zu helfen, die gegen den Autoritarismus kämpfen, aber auch denen, die helfen, den russischen Imperialismus einzudämmen – nicht nur in Belarus, sondern auch in allen anderen post-sowjetischen Ländern. Ich denke, es gibt dort ähnliche Bewegungen, denn für Putin geht es nicht nur um Russland. Er verfügt über ein solches Netzwerk von Medienorganisationen, die diesen Revanchismus kultivieren, sogar auf dem Territorium der EU-Länder, wie Sie wahrscheinlich wissen. Im Falle von Belarus verfügen wir über das Know-how, wie wir damit umgehen können und teilen daher gerne unsere Erfahrungen, wie diese Form der Botschaften eingedämmt werden können.

Aber gerade jetzt brauchen wir auch in Belarus Hilfe, um diese Stimmen zu stärken. Dieser Bedarf nimmt zu – etwa wenn wir Inhalte auf YouTube erstellen und jedes Video,



das wir auf YouTube posten, mit einem 30-sekündigen pro-russischen, pro-Putin-Video beginnt, das von russischen Propagandisten beworben wird. Jeden Tag investieren sie Millionen von Euro in die Förderung ihrer Erzählung in den sozialen Medien. Daher lautet meine weitere Empfehlung, alternative Stimmen zu unterstützen und sicherzustellen, dass Propagandisten westliche Technologien nicht missbrauchen. Das würde Belarus helfen, es würde dem russischen Volk helfen und es würde anderen post-sowjetischen Ländern helfen, aber auch Ländern, die für russische Propaganda anfällig sind.

Podiumsdiskussion

Und der letzte Punkt ist konsequent zu sein, denn wir sehen oft, dass es verschiedene Generationen von Politikern in EU-Ländern gibt und jede neue Generation sagt, dass sie eine einfache Lösung für Russland habe – und dann passiert nichts. Wir in Belarus nehmen das wahr und das hilft Leuten wie Lukaschenko, so lange durchzuhalten. Sie hoffen immer darauf, dass in irgendeinem europäischen Land ein neuer populistischer Führer an die Macht kommt und dass sie dann mit diesem neuen Führer einen Deal machen. Diese Konsistenz sollte nach jeder Wahl in einem EU-Mitgliedsstaat gewahrt bleiben. Vielen Dank!

→ Dr. Edit Inotai:

Es ist Zeit für Fragen aus dem Publikum. Bitte!



→ Publikumsbeitrag (Peter Patt):

Vielen Dank. Mein Name ist Peter Patt, aus Sachsen. Mich bewegen zwei Fragen, vielleicht an Herrn Schübel: Das Ende des Krieges – Sie haben einerseits gesagt, Putin darf nicht gewinnen und andererseits, die Ukraine muss den

Krieg gewinnen. Das mögen schon Unterschiede sein, aber was ist Ihre Definition vom Ende des Krieges in territorialer Hinsicht? Was ist mit den Gebieten Donbass und der Krim? Ab wann würden Sie sagen, ist der Krieg beendet?

Und eine andere Frage, die mich bewegt: Ist Deutschland nun in den Krieg eingetreten, oder nicht? Nach der Definition von Belarus, die ihren Grund und Boden und ihren Raum für Angriffe zur Verfügung stellen, stellen wir Waffen als Teil der Verteidigung zur Verfügung. Sind wir damit nun eingetreten oder nicht? Die Bundesregierung leugnet das. Putin wird es anders sehen. Und was sind die Konsequenzen?

→ Dirk Schübel:

Vielen Dank für die Fragen. Ich meine, es ist völlig klar, dass die Ukraine niemals ihre Gebiete aufgeben darf. Sie darf die Krim nicht aufgeben, sie darf den Donbass nicht aufgeben. Das soll immer ukrainisches Territorium bleiben. Wie lange es dauert, bis sie diese Territorien zurückbekommen werden, das ist in der Kristallkugel zu lesen – das wissen wir nicht. Ich habe nicht gesagt, die Ukraine muss gewinnen, sondern ich sage, die Ukraine darf nicht verlieren. Das ist ein Unterschied. Und ich glaube, wenn sie das schaffen könnten, die Russen in absehbarer Zeit auf die Gebiete zurückzudrängen, die sie bis zum 24. Februar dieses Jahres kontrolliert haben, dann wäre das aus meiner Sicht ein großer Erfolg und das wäre das erste Etappenziel, was es zu erreichen gilt. Ich hoffe, dass das geschafft werden kann.

Wir sehen, dass sich der Krieg derzeit in einer gewissen Pattsituation entwickelt. Das ist ein Riesenerfolg für die

Ukraine. Wer hätte das geglaubt, dass die Ukraine das schaffen würde? Mal sehen, wie die nächsten Wochen aussehen, den Russen scheint das Material auszugehen. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt. Wir sollten auch nicht zu optimistisch sein, es ist immer noch ein Riesenland mit enormen Ressourcen. Aber ich glaube, wie gesagt, das Etappenziel sollte sein, die Russen auf dieses Territorium zurückzudrängen, das sie bis zum 24. Februar kontrolliert haben.

Ist Deutschland Teil des Krieges? Natürlich ist es nicht Teil des Krieges, weil es Waffen liefert, das ist ganz klar. Ich glaube, die Situation in Belarus ist eine ganz andere. Es hat das Territorium zur Verfügung gestellt. Die russischen Truppen sind durch die Grenze durchmarschiert und haben Kiew und ein bisschen weiter östlich Tschernihiw attackiert und noch weitere Gebiete – erfolglos, wie wir gesehen haben. Aber die ganze Logistik wurde zur Verfügung gestellt. Flugplätze waren voll von russischen Flugzeugen. Auch heute noch – Franak Viacorka wird das noch besser beschreiben können – dürfen Belarussen nicht in die Wälder rund um Gomel herum oder in die Nähe der ukrainischen Grenze gehen. Es ist verboten, weil sie möglicherweise auf russische Soldaten treffen könnten. Also wenn das keine Beteiligung am Krieg ist, wenn die Leute in ihrem eigenen Land nicht mehr dahingehen können, wo sie wollen...

Insofern glaube ich nicht, dass es da irgendwelche Parallelen gibt. Ich denke, im Gegenteil, dass es die Pflicht der Europäischen Union und damit auch Deutschlands ist, die Ukraine so weit wie möglich mit den Waffen zu unterstützen, die sie benötigen, um den Aggressor zu-

rückzudrängen. Und dies greift ja auch immer mehr in der deutschen Regierung – ich persönlich freue mich darüber und ich hoffe, dass die Bemühungen auch erfolgreich sein werden. Vielen Dank!

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Wir werden die Fragen jetzt sammeln.



→ **Publikumsbeitrag (Prof. Dr. Beate Neuss):**

Mein Name ist Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz. Ich teile die Analyse des Podiums völlig, insbesondere auch bezüglich der Zukunft bzw. des Verhaltens gegenüber der Ukraine seitens der Europäischen Union. Herr Milbradt, Sie haben vom langfristigen strategischen Denken gesprochen, das notwendig ist. Ich frage Sie alle, wie Sie die Fähigkeit der Europäischen Union zum langfristigen strategischen Denken einschätzen, insbesondere, wenn ich in die Mitgliedsstaaten selbst hineinschaue: Die Rechtsradikalen in Frankreich waren noch nie so stark wie heute, wir haben den Brexit erlebt,

Podiumsdiskussion

wir haben zwei EU-Mitglieder, die sich heute nicht mehr für den Beitritt qualifizieren würden, Ungarn und Polen. Die Frage ist tatsächlich, wie verlässlich ist die Haltung der Europäischen Union langfristig in Hinblick auf Mitteleuropa und Osteuropa?

→ Dr. Edit Inotai:

Danke, hier gab es auch eine Meldung in der letzten Reihe.



→ Publikumsbeitrag (Olga Karach):

Hallo, ich bin Olga Karach, die Leiterin der Menschenrechtsorganisation „Unser Haus“. Ich komme aus Belarus und ich habe eine Frage an Herrn Kubilius als einen Freund der Geschichte und als starken Kämpfer für die Unabhängigkeit Litauens. Meiner Meinung nach ist alles, was in Belarus passiert, mit einem historischen Trauma verbunden. Zum Beispiel müssen belarussische politische Gefangene in Gefängnissen Etiketten tragen, genauso wie das jüdische Volk ihre Zeichen tragen musste.

Ich habe den starken Eindruck, dass Litauen und Belarus Ost- und Westberlin sehr ähneln, weil zwischen uns eine Mauer errichtet wird und unter Repression leidende Weißrussen zu entkommen versuchen, indem sie durch den Wald flüchten, selbstgebaute Gleitschirme benutzen oder durch Flüsse schwimmen, um in die Freiheit zu gelangen. Dieser Eindruck, dass wir die Zeit 100 Jahre zurückdrehen, ist für mich so stark, dass ich Herrn Kubilius fragen möchte, ob Sie diesen Eindruck teilen, wenn man bedenkt, dass Sie auch die Sowjetzeit miterlebt haben? Und wie sollten wir mit den Folgen dieses sowjetischen Erbes umgehen?

→ Dr. Edit Inotai:

Es gibt noch eine weitere Frage.



→ Publikumsbeitrag (Hanka Kliese):

Ich heiße Hanka Kliese. Ich erinnere mich an den Sommer 2020, als wir von Europa und von Deutschland aus mit sehr viel Interesse und Solidarität auf Weißrussland

geschaut haben. Aus meiner Sicht ist dieses Interesse verschwunden. Über den Winter und seit Februar dieses Jahres blicken wir alle – aus verständlichen Gründen – nur noch auf die Ukraine. Aber Sie haben uns gesagt, dass eine starke Beziehung zwischen diesen beiden Situationen in diesen beiden Ländern sehr wichtig ist. Mein Gefühl ist, dass Weißrussland und auch die Ukraine an den gleichen Krankheiten leiden. Und meine Frage ist nun, wie können wir ein stärkeres Bewusstsein in Deutschland schaffen, um diese Zusammenhänge zu erkennen?

→ **Dr. Edit Inotai:**

Versuchen wir diese drei Fragen zu beantworten. Da Franak Viacorka gleich gehen muss – vielleicht kannst Du die Frage beantworten bezüglich Belarus und wie ein Bewusstsein in Deutschland geschaffen werden kann.

→ **Franak Viacorka:**

Es ist wahr, die Medien schaffen und gestalten die Agenda. Wenn Sie Bilder von Massenkundgebungen mit Tausenden auf den Straßen haben, ist dies überall in den Medien präsent und Politiker und andere Interessenvertreter diskutieren darüber. Aber wenn Sie ein Partisan sind – viele Belarussen wissen nicht einmal von der Partisanenbewegung –, dann wirken sie geheim und anonym. Die Menschen können sich dann nicht vorstellen, wie viel Arbeit geleistet wurde, wie viele Menschen jede Nacht verhaftet werden, weil sie Flugblätter und Zeitungen verbreitet haben. Dann können Sie keine Fotos machen und diese in westlichen Medien zeigen. In den westlichen Medien wird also nur über fünf bis zehn Prozent der Dinge berichtet, die in Belarus geleistet werden. Das ist schade, aber wir verstehen warum.



Was wichtig zu erklären ist: Es gibt immer noch Leben, es gibt immer noch Widerstand – in geänderter Form. In Belarus nennen wir es „Feuer im Sumpf“. Es gibt einen Funken, ein kleines Feuer, von außen tut sich nichts und irgendwann geht es aus. Aber dann wird plötzlich ein riesiges Feuer entstehen. Dieses Feuer ist etwas, das wir unterstützen und unterstützen müssen. Wir müssen der internationalen Gemeinschaft und der deutschen Zivilgesellschaft erklären, dass es immer noch Widerstand gibt, und dass diese beiden Situationen miteinander verbunden sind.

Es ist sehr schwierig in den westlichen Ländern zu erklären, dass sowohl die Ukraine als auch Belarus, wie Sie sagten, zwei Seiten derselben Medaille sind. Putin hat Belarus ohne einen einzigen Schuss eingenommen, weil er jemanden an der Macht hatte, der kollaborierte. Und er hat die Ukraine nicht eingenommen, weil sich ihre Regierung auf die Seite des Volkes gestellt hat. Das ist der Unterschied. Aber Putins Ziel ist in beiden Situationen dasselbe: die Kontrolle über Länder zu übernehmen,

von denen er glaubt, dass sie Teil eines „Großrusslands“ sind. Er erkennt weder die Staatlichkeit der Ukraine noch die von Belarus an. Das haben wir bereits verstanden.

Was ist zu tun? Achten Sie auf Belarus, erwähnen Sie Belarus immer zusammen mit der Ukraine, weil wir gemeinsam kämpfen. Natürlich sind wir kleiner, aber wir versuchen, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen, so wie hoffentlich alle in diesem Raum. Wir verstehen, dass Lukaschenko und Putin gerade in einem Boot sitzen. Wichtig für uns ist, dass Lukaschenko nicht versucht, sich der Verantwortung zu entziehen. Belarus und die Ukraine sind also zusammen in einer Ecke und Lukaschenko und Putin sind in einer anderen Ecke als Täter, als Aggressoren. Wenn das verstanden wird, und ich glaube, das wird es, dann ist es viel einfacher, eine langfristige Strategie aufzubauen – wie zuvor besprochen.

Und noch einmal: Belarus ist nicht Russland. Dagegen kämpfen wir immer noch, sogar bei der Namensgebung. Vor ein paar Wochen kam ich aus Norwegen, wo sie darum ringen, unser Land von „Weißrussland“ umzubenennen. Wir haben nach Beginn des Krieges gesagt, dass dies zu einer politischen Angelegenheit geworden ist, nicht zu einer sprachlichen. Es geht nicht um Russland, wir sind nicht „Weißrussland“ und wollen auch nicht so genannt werden. Es ist nur ein symbolischer Schritt, aber er wird Ihnen helfen, besser zu verstehen, was Belarus heute ist: Es ist ein moderner, unabhängiger, souveräner, europäischer Staat, der Demokratie will und in diesem Kampf Unterstützung braucht. Vielen Dank – leider muss ich Sie jetzt verlassen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank, dass Sie heute bei uns waren und die Situation erklärt haben. Ich bitte jetzt Herrn Kubilius um das Wort.

→ **Dr. Andrius Kubilius:**

Danke Olga Karach für diese Frage zur Geschichte. Allerdings bin ich kein Historiker, mein Hintergrund ist die Physik, wie bei Angela Merkel. Aber ich mag Geschichte, weil man daraus viele Lektionen lernen und verstehen kann, was passiert.

Mein Verständnis unserer Region und Russlands basiert in der Tat auf meinem Verständnis der Geschichte. Russland ist ein europäisches Land, das im Laufe seiner Geschichte eine Tendenz gezeigt hat: Europäische Entwicklungen kommen sehr spät mit sehr langen und manchmal sehr tragischen Verzögerungen nach Russland. Wenn Sie sich das 19. Jahrhundert ansehen, sehen Sie, wie Russland von der Dekabristischen Revolution bis 1917 versuchte, die Französische Revolution zu wiederholen. Sie hatte erst im Februar 1917 Erfolg und endete dann mit der bolschewistischen Revolution oder dem bolschewistischen Aufstand.

Und nun war Russland oder das Sowjetimperium – nennen wir es, wie es war – 1990 das letzte Imperium auf dem europäischen Kontinent, das zu zerfallen begann. Dieser Prozess dauert noch an. Wenn Sie sich die anderen Reiche auf dem europäischen Kontinent ansehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengebrochen sind, Frankreich oder Großbritannien, sehen Sie viele Beweise dafür, wie schmerzhaft es für diese Länder war. Beispielsweise

wenn Sie sich an die 1950er-Jahre erinnern und daran, wie sehr Frankreich innenpolitisch zerrissen war, weil es ihnen schwerfiel, Algerien loszulassen. Und in gewisser Weise ist es in Russland vorerst ähnlich – auch mental.

Leider begann Putin, dieses Gefühl der Nostalgie zu nutzen, um seine Machtbasis auszubauen. Das Nostalgiegefühl der Menschen ist ganz natürlich, aber er nutzte es, um seine Machtbasis auszubauen. Er bewegte sich in Richtung einer Autokratie, was mich, muss ich sagen, nicht überrascht. Ich bin nicht überrascht, dass Russland bereits im Jahr 2000 in diese Richtung gegangen ist. Das ist leider wieder einmal eine Folge dieser historischen Tendenzen und der Erfahrungen in anderen Ländern. Wieder einmal können wir einige historische Entwicklungen sehen: Zunächst einmal, was 2020 in Belarus passiert ist und was gerade in Russland passiert: Die Loyalität der Menschen gegenüber den autoritären Regimen beginnt zu schwinden, weil diese Regime nicht für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen sorgen können. Ich denke, das war der Grund, warum die Menschen in Belarus auf die Straße gegangen sind, und die gleichen Emotionen sind jetzt wahrscheinlich in Russland zu sehen – vielleicht tief verborgen, aber sie sind da.

Zweitens verlor der Kreml bereits 2018 seine Autorität über verschiedene Regionen, wie die Ukraine und Moldawien, sogar über Armenien, und deshalb bekam der Kreml Angst vor der Entwicklung der Dinge. Für Putin besteht die größte Gefahr darin, die Basis seiner autoritären Macht zu verlieren – und die Demokratie wird als der totale Feind seines Regimes und seines Machterhalts



angesehen. Das ist der Grund, warum er so nervös wurde und anfing, nach Möglichkeiten zu suchen, in die Ukraine zu expandieren.

Wie sich die Dinge entwickeln können, ist sehr schwer vorherzusagen. Einige werden sagen, dass es sehr lange dauern kann, bis sich Russland in eine Demokratie verwandelt hat – ich werde das nicht erläutern. Aber ich habe ein einfaches Beispiel: Ich selbst habe damals im Jahr 2020, im Mai, vier Monate vor dem August, nicht geglaubt, dass in Belarus etwas passieren würde. Aber im August hatten wir Wahlen in Belarus, und das hat das ganze Bild verändert.

Ich erinnere mich sehr gut an die 1980er-Jahre. Wer hätte 1985, als Gorbatschow und Perestrojka kamen, geglaubt, dass die Sowjetunion ein paar Jahre später zusammenbrechen und vollständig verschwinden würde? In unserer Region können die Dinge plötzlich, unerwartet passieren und für mich zeigen sich historische Tendenzen sehr deutlich: Die Ausbreitung der Demokratie kann man nicht aufhalten. Sie können sie verzögern, indem Sie Waffen oder Gewalt einsetzen, aber Sie können diese Veränderung nicht aufhalten. Die Entwicklungstendenz ist also positiv. Die Frage ist nun: Beobachten wir diese Tendenzen nur oder handeln wir aktiv?

Folgendes tun wir sowohl im Europäischen Parlament als auch in den nationalen Parlamenten: Wir haben kürzlich ein Netzwerk globaler Parlamentarier mit dem einprägsamen Titel „United for Ukraine“ (Vereint für die Ukraine) geschaffen. Es gibt mehr als 250 Mitglieder aus 30 Parlamenten – das letzte Parlament, das sichgeschlossen hat, war zu meiner ziemlichen Überraschung Mikronesien. Auch sie wollen helfen, wo sie können. Aber ich weiß nicht, ob wir jemanden aus dem Sächsischen Landtag haben.

Zweitens haben wir im Parlament ein formelles Forum „Friends of European Russia“ (Freunde für ein europäisches Russland) geschaffen. Wir diskutieren mit der Opposition – dem Team von Nawalny, dem von Kara-Murza und anderen –, wie wir Russland helfen können, zur Demokratie zurückzukehren. Lassen Sie uns darüber noch einmal gemeinsam diskutieren. Ich lade Sie alle ein, mitzumachen.

Drittens, wenn wir die Zukunft dieser Region betrachten, dann muss Bildung, wie Rektor Ignatov sagte, eine der wichtigsten Prioritäten sein. Wenn die Demokratie kommt, wer werden die Menschen sein, die ein demokratisches Belarus und ein demokratisches Russland führen? Das wird eine wichtige Frage sein und deshalb freue ich mich sehr, unseren Rektor Ignatov als Vorsitzenden der EHU zu wissen.

Auch die Europäische Kommission leistet viel Unterstützung, aber ich weiß nicht, ob wir Unterstützung aus Sachsen bekommen. Das ist eine Frage, auf die ich gerne eine positive Antwort wissen würde.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Wir haben noch eine Antwort. Alle anderen Fragen müssen wir dann leider beim Mittagessen klären. Also bitte, zur Frage über Europa und wie einig wir sind.

→ **Dirk Schübel:**

Vielen Dank. Ich wollte noch etwas zur Frage der Fähigkeit der Europäischen Union zu einer langfristigen Strategie sagen. Ich glaube, es ist allen in der Europäischen Union bewusst, dass wir strategischer denken müssen, dass wir strategischer sein müssen. Sie erinnern sich vielleicht auch an die Antrittsrede von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission: „Geopolitische Europäische Union“.

Und ich glaube, so schnell konnten wir in Brüssel gar nicht denken, so schnell ist sie über uns gekommen, diese geopolitische Kommission. Ich bin zwar EU-Beamter und muss natürlich meine Institution verteidigen, aber ich muss

ehrlich sagen, dass ich eigentlich genau das auch sehe, was Ursula von der Leyen und auch Charles Michel, der Präsident des Europäischen Rates, tun: Sie sind vor Ort, sind unter den ersten gewesen. Ich will jetzt nicht über den deutschen Kanzler sprechen, der könnte auch mal in Kiew auftauchen, glaube ich. Aber sie waren alle beide schon da. Michel war sogar in Odessa zum Europatag am 9. Mai und hat dort seine Solidarität in einem Gebiet bekundet, wo es noch gefährlicher ist als in Kiew dieser Tage. Das heißt, es ist schon sehr sichtbar, dass wir uns langfristig strategisch ausrichten müssen. Und ich glaube, unsere Politik ist jetzt auch langfristiger ausgerichtet.

Man muss auch sagen, dass Russland die EU in vielerlei Hinsicht geeinigt hat. Wir haben fünf Sanktionspakete – und zwar sehr weitreichende Pakete – gegen Russland in einer Schnelligkeit durch die Mitgliedsstaaten gebracht, die bei früheren Paketen undenkbar gewesen wäre. Jetzt beim sechsten Paket gibt es ein kleines Stocken. Sie kennen die Diskussionen zum Ölembargo, da geht es ans Eingemachte, wenn man das so sagen darf. Aber auch da sieht es so aus, als ob man eine Einigung wird finden können. Das heißt, es hat auch uns geeinigt. Wir haben uns auch mit den Partnerstaaten sehr eng koordiniert und tun das weiterhin.

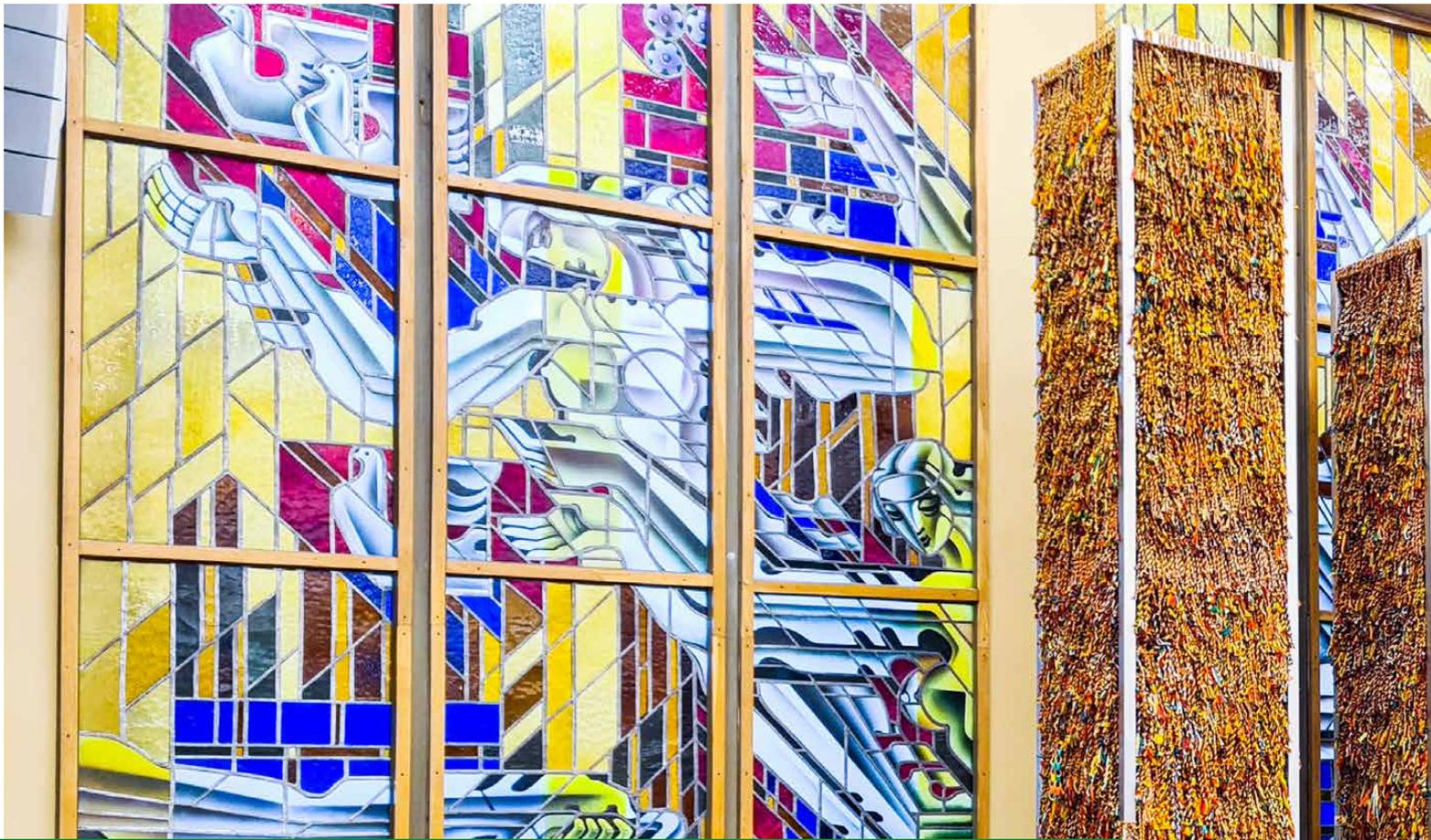
Die USA habe ich schon angesprochen, aber auch mit Kanada und Großbritannien, selbst Japan und die Schweiz haben einen Teil unserer Sanktionen übernommen. Undenkbar in der Vergangenheit, dass die Schweiz einen Teil der EU-Sanktionen übernimmt. Auch das hat Putin geschafft, eine weitere Niederlage de facto, dass er uns geeinigt hat, das „westliche Camp“ sozusagen.

Das ist die eine Sache. Des Weiteren gibt es ein neues EU-Dokument, was wir im Englischen den „Global Compass“ nennen, und mit dem versucht wird, die Ausrichtung ein bisschen strategischer zu gestalten. Es wird am Ende immer auch auf die jeweilige Kommission ankommen, auf die jeweiligen Kommissare. Aber ich habe den Eindruck, dass die gegenwärtige Kommission sich dieser Verantwortung durchaus bewusst ist, dass wir uns langfristiger, strategischer aufstellen müssen.

Dass nicht alle Mitgliedsstaaten perfekt sind, das wissen wir auch. Sie haben schon die Länder genannt, über die man diskutieren kann. Aber letztendlich haben sie in anderen Bereichen große Hilfe geleistet. Polen hat den Ukrainern und auch den Belarussen, nebenbei gesagt, riesige Hilfe geleistet. Auch in Ungarn wurden sehr viele ukrainische Flüchtlinge willkommen geheißen. Bei allen anderen Diskussionen die wir führen, es gibt auch viele positive Dinge zu berichten. Aber in der Tat, das wird das wichtigste Element für die Zukunft sein, wenn wir in diesem Klub namens Europäische Union zusammenbleiben wollen. Vielen Dank.

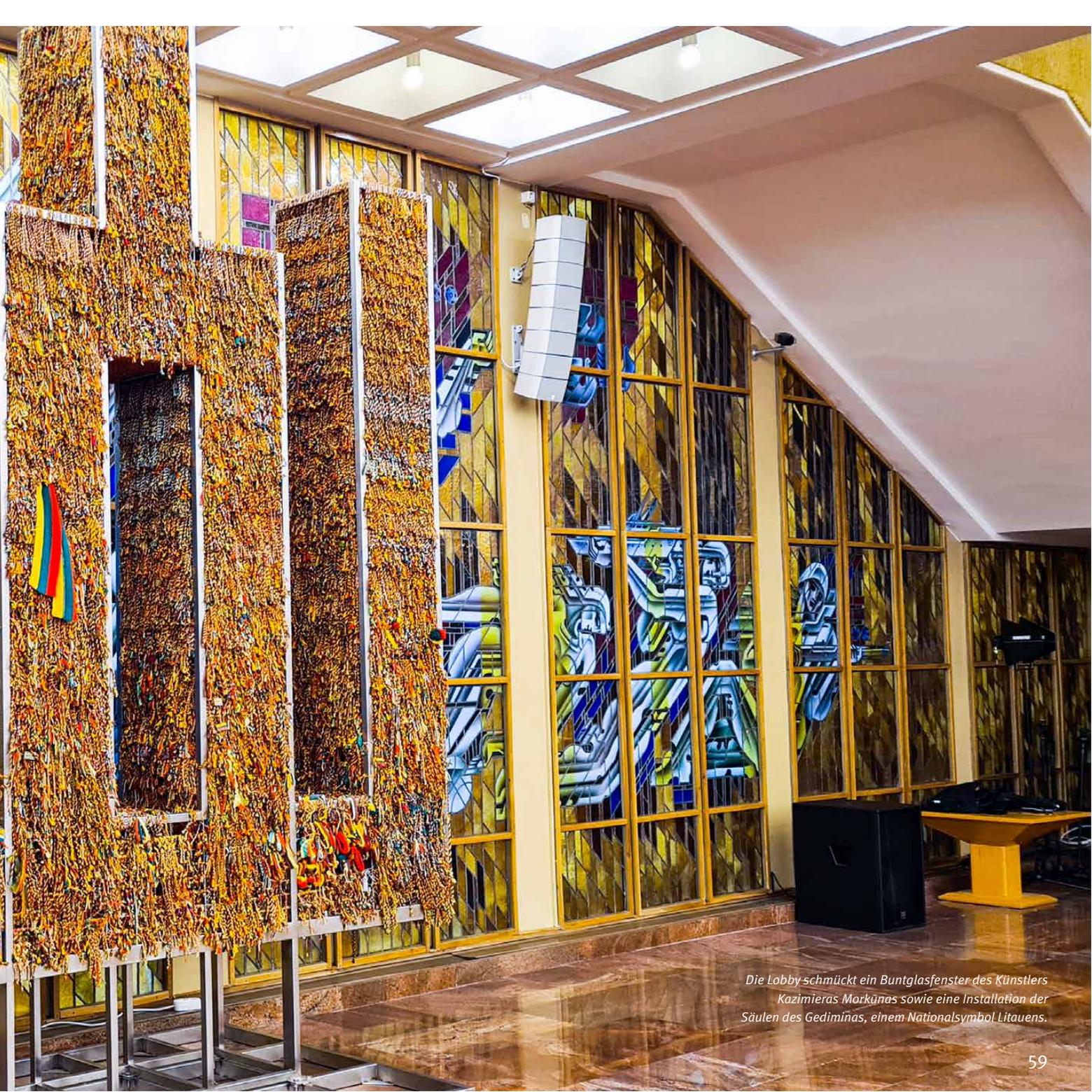
→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank! Wie immer war die Zeit für diese Diskussion sehr kurz und ich würde das gerne in der Pause weiterverfolgen. Aber jetzt möchte ich mich ganz herzlich bei den Panelisten und den Teilnehmern der Diskussion bedanken für ihre Einsicht, für ihre Professionalität und ihre Erfahrungen. Vielen Dank!



Thema II

Äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert – Was muss, was kann Europa tun?



Die Lobby schmückt ein Buntglasfenster des Künstlers Kazimieras Morkūnas sowie eine Installation der Säulen des Gediminas, einem Nationalsymbol Litauens.

A photograph of Sviatlana Tsikhanouskaya speaking at a podium. She is wearing a grey blazer over a white collared shirt. A microphone is in front of her. The background is a wooden wall with a floral arrangement on top.

Impulsreferat

„Ohne eine freie Ukraine kein freies Belarus

Sviatlana Tsikhanouskaya

» Liebe Exzellenzen, liebe Freunde, vielen Dank, dass Sie mich für heute eingeladen haben, an diesem historischen Ort eine Rede zu halten, in diesem Saal, in dem die Unabhängigkeit Litauens 1990 wiederhergestellt wurde. Hier werde ich daran erinnert, wie wichtig unser eigener Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit ist. Dieser Ort eignet sich, um die Lage in den Diktaturen und Kriegsgebieten als Thema des ersten Teils des Forums Mitteleuropa zu erörtern.

Hier habe ich nun die Möglichkeit, über die Lage in meinem Land Belarus zu sprechen, die eng mit der Lage in der Ukraine verbunden ist.

Auf jeder Konferenz, zu der ich eingeladen bin, spreche ich darüber, warum es so wichtig ist, die Ukraine und Belarus zu unterstützen. Die Schicksale der Belarussen und Ukrainer sind miteinander verflochten. Wir alle verstehen, dass es

kein freies Belarus ohne eine freie Ukraine geben wird, oder anders gewendet, ohne eine freie Ukraine kein freies Belarus.

Lukaschenko hat es dem russischen Regime ermöglicht, diesen Akt der Aggression gegenüber unseren friedlichen Nachbarn von unserem Territorium aus zu begehen. Mit diesem rechtswidrigen Akt wurde der ukrainische Staat verraten, er stellt aber auch eine ernsthafte Bedrohung für unsere Eigenstaatlichkeit dar.

Deshalb bin ich so stolz darauf, Belarussen und Ukrainer bei meinen Reisen um die Welt vereint bei Solidaritätsmärschen zu sehen. Wir stehen zusammen in unserem gemeinsamen Kampf. Viele Belarussen, die 2020 vor den Repressionen geflohen sind, fanden in der Ukraine einen sicheren Ort. Nach Beginn des Krieges sind viele dortgeblieben. Belarussen leisten Freiwilligenarbeit in Krankenhäusern, sie helfen Flüchtlingen, im Inland Vertriebenen – ganz einfach Bedürftigen. Hunderte von Belarussen schlossen sich mit Ukrainern im Kampf gegen die russische Aggression zusammen. Dieser gemeinsame Kampf stellt einen historischen Moment dar, für die Ukraine, für Belarus und die gesamte Region.

Die Weltordnung befindet sich in einem Zustand des Zusammenbruchs, und es liegt an uns, welche Form sie annehmen wird, wenn alles vorbei ist. Unsere Aktionen müssen die Zukunft internationaler Beziehungen und das Sicherheitssystem in unserer Region bestimmen. Und wir sprechen nicht von etwas Unmöglichem.

Wenn ich höre, dass etwas unmöglich ist, dann denke ich an den in der vergangenen Woche verstorbenen Stanislaw Shushkevich, das erste Staatsoberhaupt eines unabhängigen Belarus. 1991 unterzeichnete er zusammen mit den Staatsechfs des damals sowjetischen Belarus, Russlands und der Ukraine in der Belowescher Heide die Vereinbarung zur Auflösung der Sowjetunion. Ein Riesenreich lässt sich also sehr schnell, mit nur einem Federstrich, demontieren. Heute stoßen wir wieder um, was vorher als offensichtlich betrachtet wurde.

Lukaschenkos Regime, das unbesiegbar schien, bewies seine Unfähigkeit zur Einflussnahme und Herrschaft, als das belarussische Volk sich 2020 für Freiheit entschied und Proteste begann, die bereits drei Jahre andauern. Putins Armee, die vor ein paar Monaten noch so machtvoll schien, erwies sich als unfähig, ihrem Image gerecht zu werden, nachdem sie mit fähigen und furchtlosen Ukrainern konfrontiert wurde.

Für mich hat alles 2020 begonnen. Bei der Wahl im August 2020 trat ich gegen den Diktator Lukaschenko an, nachdem mein Mann einfach nur deshalb ins Gefängnis kam, weil er seine Kandidatur erklärt hatte. In den Monaten der Proteste, die der gestohlenen Wahl folgten, versuchte mein Volk, sich aus den diktatorischen Fesseln zu befreien. Bis zu 1,5 Millionen Menschen nahmen an dem friedlichen Protest teil. Das ist eine ganze Menge für ein Land mit 9,5 Millionen Einwohnern.

Die Belarussen haben sich selbst überrascht, fürchteten aber auch beide Diktatoren. Und Putin und Lukaschenko unterschätzten die Stärke des Volkes. 50.000 Menschen

wurden verhaftet. Hunderttausende wurden gezwungen, Belarus zu verlassen. Tausende erlebten Folter und unmenschliche Misshandlungen. Mein Mann Sergej, einer von tausenden politischen Gefangenen, wurde zu 18 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, von denen er fast zwei bereits in einer Einzelzelle abgesessen hat.

Einige Experten glauben, dass Putins gegenwärtiger, revanchistischer Krieg 2020 mit diesem Massenterror in Belarus begann. Lukaschenko hätte ohne Putin nicht überlebt. Tatsächlich wurden Militäreinheiten der russischen Nationalgarde an der Grenze zu Belarus zusammengezogen. Sie waren bereit, den untergehenden Diktator zu retten. Lukaschenko ist immer noch dabei, seine Schuld abzutragen. Er erlaubte rechtswidrig, dass Belarus als Bühne für den Angriff auf die Ukraine genutzt wird. Wir verstehen jetzt ferner, dass das harte Durchgreifen hinsichtlich der belarussischen Zivilgesellschaft, die Zerstörung von freien Medien, alternativen Stimmen, Gewerkschaften, die Verfolgung von Menschenrechtsschützern sämtlich als Vorbereitung der Okkupation und des Krieges gegen die Ukraine dienten.

Den Diktatoren ist es aber nicht gelungen, unsere Bewegung zu unterdrücken. Trotz der brutalen Repressionen geht die Protestbewegung im Untergrund weiter und ist nach zwei Jahren noch immer da. Vor zwei Monaten traten Belarussen vereint in beispielloser Weise gegen den Krieg ein. Am 27. Februar gingen erstmals seit 2020 Zehntausende überall im Land auf die Straße, um gegen den russischen Einmarsch in der Ukraine zu protestieren. Unsere Aktivisten hackten Webseiten von Regierungen, Freiwillige verteilten Zeitungen. Die von Müttern der Soldaten gebildeten Initiativen arbeiten mit dem Militär zusammen.

Zudem können wir uns zweier Erfolge rühmen: Erstens ist unser Land nicht zu einem Ort geworden, an dem sich der Russe sicher fühlt. Seit Februar haben belarussische Partisanen mehr als 80 Sabotageakte auf dem Schienennetz begangen. Ihr Mut bremste russische Lieferungen, deren Truppen und Waffen durch Belarus aus. Tausende von Belarussen alarmierten Ukrainer über Raketenangriffe und über russische Bomber, die in ihre Richtung flogen, wodurch Leben gerettet werden konnten. Und zweitens lehnte es die belarussische Armee trotz der Versuche, sie in den Krieg hinein-zuziehen, ab, in die Ukraine einzudringen.

Dieser Erfolg ist ebenso unserem Volk, den Müttern und natürlich den Offizieren zuzuschreiben, die es ablehnten, dem kriminellen Befehl zu befolgen. Wir haben unsere Haltung klargemacht: Wir sind gegen den Krieg und den Diktator, der ihn unterstützt. Lukaschenko ist zum Komplizen geworden und hat unser Land in diesen ungerechten Aggressionskrieg hineingezogen. Er hat das nationale Interesse von Belarus komplett von der Hand gewiesen und dient den Interessen des Moskauer Regimes. Jetzt versucht er, vom Brandstifter zum Brandbekämpfer zu werden, indem er behauptet, dass er der Ukraine alles Gute wünsche und eigentlich ein Friedensstifter sei. Nie im Leben! Der Westen sollte ihm das nicht wieder abkaufen. Wir müssen lernen, dass Diktatoren nicht beschwichtigt oder umerzogen werden können.

Darüber hinaus sehen wir Versuche, mit dem Austausch politischer Gefangener zu beginnen, damit Sanktionen aufgehoben werden. Wir können es nicht zulassen, dass das Volk von Belarus oder politische Gefangene als Druckmittel verwendet werden. Wir wollen nicht nur die Freilassung von



10, 100 oder 300 Geiseln, wir wollen die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen. Sie alle müssen rehabilitiert und ihre Rechte wiederhergestellt werden. Sämtliche Strafprozesse müssen enden, und jeder muss sicher nach Hause zurückkehren können, seien es jene, die im Gefängnis sitzen oder jene, die sich im Exil befinden.

Jeder einzelne Tag bedeutet noch mehr Leid – für die Bevölkerung der Ukraine, die in Angst vor russischem Beschuss lebt, für politische Gefangene in Belarus und für ganz normale Bürger, die im Terrorzustand leben. Ich weiß, dass Sanktionen keine Wunderwaffe sind, aber sie funktionieren. Unter dem Druck von Sanktionen begeht das Regime Fehler. Es wird zurücktreten, politische Gefangene freilassen und damit beginnen müssen, mit den Leuten zu reden.

Bis das passiert, appelliere ich an die internationale Gemeinschaft, den Druck weiter aufrecht zu erhalten und das Regime nicht anzuerkennen. Sie fragen sich vielleicht: Wie soll man ohne Waffen kämpfen? Tatsache ist, dass wir 2020 einen friedlichen Weg des Kampfes gewählt haben und wir versuchen, daran festzuhalten. Wir glauben an die Macht der Worte, die Macht der Überzeugung, die Macht der Diplomatie. Vielleicht ist dieser Weg länger, aber wir hoffen, er bringt mehr nachhaltige Veränderungen auf lange Sicht.

Man sieht zwar keine Proteste auf den Straßen, aber in unserer Gesellschaft geschehen bereits große Veränderungen.

Zuallererst haben die Belarussen gemerkt, dass ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt, und dass niemand anderes diese Veränderungen für sie vornehmen wird. Hunderte Nichtregierungsorganisationen wurden gezwungen, Belarus 2020 und 2021 zu verlassen. Sie haben sich jedoch neu gruppiert und sind wieder aktiv. Viele Medienkanäle haben ihre Arbeit wiederaufgenommen. Zweitens sammelt sich die Energie in der Gesellschaft, und so viel dieser Energie wartet nur darauf, freigesetzt zu werden. Sie sehen das an den jetzt im Exil lebenden Gemeinschaften: Es gibt eine Explosion von Kunst, Kreativität und innovativer Technologie zur Bekämpfung von Repression. Drittens entwickelt sich innerhalb der Gesellschaft eine Immunität gegenüber Tyrannei. Auch jene, die dem System jahrelang gedient haben, mussten feststellen, dass diese Politik in eine Sackgasse führt. Die Belarussen werden die Diktatur niemals akzeptieren. Und viertens wird die nationale Identität der Belarussen immer stärker. Jeden Tag, da mehr Belarussen ihre eigene Sprache lernen, entdecken sie ihre wahre Herkunft. Immer mehr Belarussen entscheiden sich für Demokratie, Menschenrechte und die Rückkehr in die europäische Familie.

In der Zwischenzeit müssen wir jegliche Versuche bekämpfen, unsere Geschichte zu verfälschen und sie als Entschuldigung für die Verbrechen von heute zu nutzen. Diese Woche stand im Zeichen des 9. Mai. Eine deutsche Zeitung hat mich eingeladen, ein paar Worte zur Bedeutung dieses Tages zu äußern. Als Kind in den frühen 1990er-Jahren fand ich den 9. Mai sehr aufregend. Der Sommer stand kurz bevor und die Ferien schienen endlos. Zunächst kommt der 1. Mai, der Tag der Arbeit und schon kurz danach der 9. Mai, der Tag des Sieges. In der Schule ließ

der Chefideologe vor Ort eine Klasse die Heldentaten der Roten Armee nachspielen. Wir führten sämtliche sowjetische Rituale durch. Wir trugen rote Taschentücher, legten rote Nelken am örtlichen Denkmal für die Rote Armee nieder und sahen dem Zug der Veteranen zu. Es war ein Tag der Erinnerung an das Ende des Großen Vaterländischen Krieges, an dem jene geehrt werden sollten, die für unseren Frieden gekämpft haben und gestorben sind.

In Belarus hat das Regime damit begonnen, diesen Tag für politische Zwecke zu missbrauchen. In Russland ging die Propaganda des Kremls noch weiter. Hier wurde der Tag des Sieges zum Symbol der imperialen Macht Russlands. Ein Tag, an dem der Nationalismus geschürt, Nachbarn Angst gemacht und mit neuen, strahlenden Panzern angegeben wurde. Russlands Regime hat sich selbst als Wächter dieses heiligen Sieges hervorgetan. Und jeder, der gegen Russland ist, wurde zum Nazi abgestempelt, nur um besiegt werden zu können.

Man glaubt, man habe das Recht, zu erobern und zu kolonisieren. Damit wurde Putin der Entnazifizierungsvorwand gegeben, um grundlos die Ukraine überfallen zu können. Man hört Belarussen oft sagen: Alles, außer Krieg. Belarussen wissen nur allzu gut, dass an einem Krieg nichts glorreich ist. Wir hatten nie Ambitionen für imperialen Ruhm, haben aber unter den Ambitionen anderer gelitten. Nahezu jeder Krieg in unserer Region führte zu Plünderungen in unserem Land und dazu, dass Menschen getötet wurden. Wenn wir nicht alle die Lektionen aus der Geschichte lernen, werden wir dazu verdammt sein, sie zu wiederholen. Das merken wir genau jetzt.

Wie sollten wir also mit dem 9. Mai umgehen? Statt „Tag des Sieges“ würde ich ihn „Tag der Erinnerung“ nennen. Es sollte ein Tag sein, an dem Kriegsoffer der Vergangenheit und der Gegenwart geehrt werden. Und er sollte eine einfache Botschaft vermitteln: Nie wieder! Wir sollten uns daran erinnern, dass es bei Kriegen keine Sieger gibt, nur Verlust und Zerstörung, dass niemand einen Krieg gewinnen kann, sondern nur beenden.

Es sollte ein Tag zum Nachdenken sein und nicht einer mit Paraden und Feuerwerk. Es sollte ein Tag der Konversation sein, an dem ältere Generationen die Werte, die sie auf harte Art und Weise vermittelt bekamen, an die Jüngsten weitergeben. Ein friedlicher Umzug wäre passend. Anstelle von Paraden und pompösen Feierlichkeiten sollte an diesem Tag eine Kerze für die Kriegsoffer angezündet und in der Hand gehalten werden.

Genau jetzt schreiben wir die grausamen Kapitel im Geschichtsbuch für viele kommende Generationen. Der Mut der Ukrainer und Belarussen wird unseren Kindern als Inspiration dienen. Auch Ihre Stimme ist laut, selbstbewusst und stark. Bitte nutzen Sie sie weiterhin im Namen derer, die in Belarus nicht zum Schweigen gebracht werden wollen, und derer, die in der Ukraine so mutig kämpfen und die für unsere Region eine neue Geschichte schreiben. Vielen Dank. «



Impulsreferat

„Die Europäische Union muss geschlossen, schnell und entschieden handeln“

Dr. Laima Liucija Andrikiene

» Sehr geehrte Teilnehmer der Konferenz, gestatten Sie mir bitte, einige Gedanken zum Thema „Äußere Sicherheit im 21. Jahrhundert – Was Europa tun kann und muss“ zu äußern. In den Lehrbüchern zur Kriegsführung zu Beginn des 21. Jahrhunderts heißt es, dass wir das Konzept und die Taktik des Krieges in Abhängigkeit von der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und technologischen Entwicklung der Gesellschaft ändern müssen. Begriffe wie hybride Kriegs-

führung, böswillige Cyberaktivitäten, künstliche Intelligenz und andere sind in den Vordergrund gerückt und deuten darauf hin, dass sich Konflikte auf ein hohes technologisches Niveau verlagern, und dass wir unsere Ressourcen auf technologische Fortschritte konzentrieren müssen, um uns darauf vorzubereiten. Einige Zitate: „Wer heute einen Krieg gewinnen will, muss zuerst den Informationskrieg gewinnen“ und „Neue Kriege werden nicht auf Schlachtfel-

dern geführt, sondern auf Computern und über Kommunikationssysteme ausgetragen“, heißt es in einem Buch über das „neue Gesicht des Krieges“.

Und hier sehen wir nun, im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, im Herzen Europas, einen barbarischen, unprovokierten Krieg, in dem primitive, mit antiquarischer Munition bewaffnete Soldaten Zivilisten, darunter alte Menschen, Kinder und Frauen, töten, vergewaltigen und ausplündern, absichtlich zivile Ziele bombardieren und blutige „Trophäen“ an ihre Familien in Russland schicken. Ein déjà-vu? Es ist, als hätte dieser Krieg vor 80 oder 100 Jahren stattgefunden, denn die Einwohner unseres Teils von Europa haben diese und ähnliche Erfahrungen während der ersten und zweiten sowjetischen Besatzung gemacht. Denken wir an Deutschland im Jahr 1944/45 und daran, was die sowjetischen Soldaten auf deutschem Boden taten, wie sie deutsche Frauen und Kinder behandelten. Dies wiederholt sich nun in der Ukraine, wo der Rechtsnachfolger der Sowjetunion, die Russische Föderation, ein Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, mit Hilfe des selbsternannten belarussischen Präsidenten Lukaschenko Kriegsverbrechen begeht. Es ist offensichtlich, dass Europa – um seine Sicherheit zu gewährleisten – nicht nur auf die Bekämpfung von modernen Bedrohungen vorbereitet sein muss, sondern auch auf solche, die viele als archaische Bedrohungen ansehen. Das ist mein erster Punkt.

Mein zweiter Punkt ist, dass Russland seine aggressiven Absichten bereits 2008 und 2014 deutlich bekundet hatte, als es die Gebiete von Georgien und der Ukraine besetzte und annektierte. Doch selbst Litauen, das die Bedrohung durch Putins Regime realistisch einschätzte, hatte die

Hoffnung, dass Wladimir Putins Ambitionen, das Imperium wiederherzustellen, eine Vision bleiben würde und dass ein demokratischer Wandel in Russland und bei seinem Verbündeten Belarus möglich sein würde. Die Militäraktion in der Ukraine hat alle Illusionen über die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland und alle Zweifel an der Bedrohung des demokratischen Europas durch das russische Regime beseitigt.

Laut Levada, der vertrauenswürdigsten Meinungsforschungsorganisation Russlands, ist Putins Beliebtheitsquote in der russischen Gesellschaft seit Beginn des Krieges sogar noch gestiegen (82 Prozent der Bevölkerung unterstützten ihn im April dieses Jahres, gegenüber 71 Prozent im Februar). Den jüngsten Daten derselben Quelle zufolge haben 67 Prozent der Russen eine negative Meinung zur Europäischen Union. Angesichts dieser öffentlichen Stimmung, die seit Jahren mit giftiger Propaganda gefüttert wurde, ist klar, dass das Putin-Regime, die putinistische Ideologie, länger existieren werden als Putin selbst, und dass Europa alles tun muss, um dieser verbrecherischen Ideologie ein für alle Mal ein Ende zu setzen. Denn der Putinismus im 21. Jahrhundert ist das, was der Nationalsozialismus und der Stalinismus im 20. Jahrhundert waren: Zwei verbrecherische, blutige Ideologien, von denen die eine vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilt wurde und die andere unbestraft blieb, weil die Sieger nicht verurteilt wurden. Dies ist das Mantra, das Russland bis zum heutigen Tag wiederholt.

Mein dritter Punkt: Welche Schritte muss Europa in der aktuellen Situation unternehmen? Zuerst müssen wir die Maßnahmen fortsetzen, die darauf abzielen, das

Impulsreferat

russische Regime zu schwächen, es politisch und wirtschaftlich zu isolieren und die Verantwortung für Kriegsverbrechen unausweichlich zu machen. Die russische Invasion in der Ukraine dauert nun schon den dritten Monat an, aber Russland hat keine Bereitschaft gezeigt, seine Aggression zu beenden oder gezielt zu verhandeln. Dies bedeutet, dass der derzeitige Druck auf Russland unzureichend ist. Wir müssen die Sanktionen gegen Russland verschärfen: weitere Banken, insbesondere die Sberbank und die Gazprombank, vom SWIFT-System abkoppeln, ein vollständiges Embargo für die Einfuhr von Öl, Kohle, Kernbrennstoffen und Gas aus der Russischen

Föderation verhängen und die Oligarchen und ihre Familienangehörigen weiter sanktionieren. Wir müssen aufhören, die russische Kriegsmaschinerie zu finanzieren. Belarus als Komplize Russlands muss genauso behandelt werden.

Es ist auch unsere Pflicht, dazu beizutragen, dass alle, die in der Ukraine für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden.



Wir müssen die Institutionen der Europäischen Union (Eurojust, Europol, die Europäische Staatsanwaltschaft, den Internationalen Strafgerichtshof) nutzen, um Kriegsverbrechen effektiver zu untersuchen, Daten über die Verbrechen, ihre Täter und Opfer zu sammeln und die Kriegsverbrecher zu verfolgen. Darüber hinaus sollte eine Initiative zur Einrichtung eines Sondergerichtshofs zur Untersuchung des Verbrechens der Aggression in der Ukraine erwogen werden. Ein solcher Gerichtshof könnte durch einen internationalen Vertrag zwischen der Ukraine und einer internationalen Organisation wie dem Europarat eingerichtet werden, der von Nicht-Europaratsmitgliedstaaten wie den Vereinigten Staaten, Kanada und anderen unterstützt wird. An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass der Europarat im Gegensatz zu einigen anderen internationalen Organisationen die Russische Föderation bereits am 15. März aus dieser europäischen internationalen Organisation ausgeschlossen hat.

Ferner: Um die Bedrohungen der äußeren Sicherheit zu bewältigen, müssen wir die Schwachstellen der Europäischen Union stärken – oder besser gesagt, wir müssen in diesen Bereichen viel mehr tun. Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten bei der ersten Konfrontation mit der Krise chaotisch reagieren, indem jedes Land versucht, das „Blatt auf seine Seite zu ziehen“. Bei der durch die Pandemie ausgelösten Krise handelte es sich um einseitige Maßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Schließung der Binnengrenzen, der Einschränkung der Ausfuhr von medizinischen Gütern usw. Nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine haben wir die unkoordinierte und nicht immer rechtzeitige Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine, die in einigen Fäl-

len zum eigenen Vorteil ausgenutzt wurde, und die Zersplitterung der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland erlebt. Auch wenn die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft langfristig in der Lage sind, sich zu mobilisieren und koordiniert zu handeln, ist ein langsamer Entscheidungsprozess nicht angemessen, insbesondere angesichts von autoritären Regimen, in denen die Entscheidungen von einem autokratischen Führer getroffen werden.

Mein vierter Punkt: Noch wichtiger als die Beschleunigung des Entscheidungsprozesses ist die Einheit der Europäischen Union im Hinblick auf die Werte.

Die Europäische Union wurde als demokratisches Friedensprojekt geboren. Die Mitgliedstaaten müssen in erster Linie durch Werte und nicht durch wirtschaftliche Erwägungen geeint werden. Auf den ersten Seiten des Vertrags von Lissabon sind die Grundwerte der Europäischen Union aufgeführt, die Sie und ich sehr gut kennen: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherstellung der Menschenrechte. Doch die Europäische Union verfügt nicht über einen wirksamen Mechanismus zum Schutz dieser Werte.

Wir beobachten gleichzeitig eine Situation, in der ein Land, das zur Familie der Europäischen Union gehört, vor dem Putin-Regime katzbuckelt, und ein anderes Land, das die europäischen und gemeinsamen menschlichen Werte mit seinem Blut verteidigt, mit Skepsis behandelt wird, wenn es um seine Bestrebungen geht, Mitglied der Europäischen

Union zu werden oder zumindest zunächst den Kandidatenstatus zu erhalten. Wir müssen Wege finden, um ein klares politisches Signal zu senden, dass Länder, die die gemeinsamen Werte der Europäischen Union verteidigen, in der Europäischen Union willkommen sind, und dass diejenigen, die diese Werte verletzen, eine harte Antwort erhalten.

Man muss gesondert über das Vorgehen Serbiens, eines Beitrittskandidaten der Europäischen Union, im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine reden. Die Nichtbeteiligung an den Sanktionen der Europäischen Union, die Erlaubnis für Russland und seine Flugzeuge, seinen Luftraum zu nutzen, die umfangreiche Waffenbeschaffung aus Russland und China – all das gibt im heutigen Kontext Anlass darüber zu sprechen, dass der Kandidatenstatus Serbiens in Frage gestellt und die laufenden Verhandlungen mit der Europäischen Union ausgesetzt und eingefroren werden sollten.

Und noch eine Überlegung von mir zu China. Obwohl sich die Blicke aller jetzt zu Recht auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine richten, dürfen wir hinsichtlich der Bedrohung durch das chinesische Regime nicht naiv sein. Selbst angesichts der Brutalität und Zerstörungswut Russlands hat China seine starke Partnerschaft mit Russland erneut bekräftigt, indem die Präsidenten beider Länder im Februar dieses Jahres eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten, in der sie ihr gemeinsames Konzept für die europäische Sicherheit und ihre Ablehnung der NATO-Erweiterung bekräftigten. Der chinesische Botschafter in Moskau erklärte, dass China die Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Militärtechnologie, Energie und Raumfahrt



weiter ausbauen werde. Diese beiden Autokratien stellen eine noch größere Herausforderung für die demokratische Welt dar, indem sie sich gegenseitig unterstützen. Die Europäische Union muss das Vorgehen Chinas in Bezug auf ihre Sanktionen genau beobachten. Sie muss bereit sein, zu reagieren, wenn China Russland helfen sollte, die gegen Russland verhängten Sanktionen zu umgehen.

Die Volksrepublik China ist über die Einheit und Stärke der demokratischen Welt angesichts des russischen Vorgehens in der Ukraine besorgt. Wir können daher davon ausgehen, dass durch die Taktik „Teile und herrsche“ (ich beziehe mich auf die „One Belt, One Road“-Strategie, auch bekannt als OBOR-Strategie, sowie das für Mittel- und Osteuropa

geschaffene 16+1-Format) und wirtschaftliche Aggression (Erfahrung Litauens nach der Eröffnung der Vertretung der Taiwanesen in Litauen), China, das durch sein bisheriges Vorgehen bereits sein Streben nach Weltherrschaft demonstriert hat, weiterhin einen Keil zwischen die Europäische Union und die USA treiben und Zwietracht unter den EU-Mitgliedstaaten schüren wird. Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union und seine Unternehmen können zum Ziel rechtswidriger und politisch motivierter Aktionen werden.

Die Europäische Union sollte keine Situationen dulden, in denen der Handel als Waffe eingesetzt wird. Sie muss darum darauf vorbereitet sein, die Integrität des Binnenmarktes gegen solche Angriffe und Störungen zu verteidigen. Ungerechtfertigter wirtschaftlicher Druck auf ein Land, den z.B. Litauen erleiden musste, gefährdet den gemeinsamen Markt der Europäischen Union und die EU als Handelsblock. Wir müssen darum nach langfristigen und nachhaltigen Lösungen suchen, um die Abhängigkeit der Europäischen Union von China und ihre Anfälligkeit zu verringern, und zwar durch die Erneuerung und den wirksamen Einsatz der handelspolitischen Instrumente der Europäischen Union, wie z. B. des neuen Instruments zur Bekämpfung von wirtschaftlichem Zwang (engl. Anti-Coercion Instrument), das dazu beitragen wird, wirtschaftlichen Zwang zur Verfolgung politischer Ziele zu bekämpfen.

Und schließlich zu China und Russland: Das chinesische und das russische Regime setzen zwar unterschiedliche Instrumente ein, haben aber beide unverhohlene Ambitionen, die Weltordnung zu verändern und noch mehr – die Welt zu beherrschen. Die beste Antwort eines

demokratischen Europas auf solche Ambitionen bleibt eine engere Zusammenarbeit und Koordinierung des Handelns mit seinen internationalen Verbündeten, insbesondere dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, den Ländern der indopazifischen Region und anderen Demokratien der Welt.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir in einer Zeit des großen, gewaltigen historischen, tektonischen Wendepunkts leben, der das Gesicht der Welt für Jahrzehnte verändern wird. Es ist unser aller Verantwortung für künftige Generationen, unsere Mission, das Beste aus der gegenwärtigen kritischen Situation zu machen, um das zukünftige Gesicht Europas und der ganzen Welt attraktiver zu gestalten. Damit der Kampf zwischen Demokratien und Autokratien mit dem Sieg der Ersteren endet. Das ist mein Wunsch für uns alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. <<



Impulsreferat

„Die bestehende Weltordnung ist herausgefordert“

Marko Mihkelson

» Lieber Žygimantas, liebe Freunde, ich möchte dem Sächsischen Landtag dafür danken, dass er mich in diesen ehrwürdigen Saal, das litauische Parlament, eingeladen hat. Liebe Laima, es ist sehr schön, wieder zurück in Vilnius zu sein.

Ich möchte eigentlich nicht über die Erfolge oder die Fehler der deutschen Außenpolitik sprechen. Ich denke, wir sind uns darüber im Klaren, dass wir alle zusammen vor äußerst

schwierigen Herausforderungen stehen und dass wir alle aus unseren eigenen Fehlern und Erfolgen, aber auch aus unseren gemeinsamen Fehlern und Erfolgen lernen müssen.

Ich möchte dort ansetzen, wo Laima aufgehört hat. Ich stimme ihr vollkommen zu, und ich denke, dass wir letzten Endes alle verstehen, dass wir uns mitten an einem großen tektonischen Wendepunkt befinden. Das bezieht sich nicht

nur auf das, was in unserer Region geschieht, denn das ist nur ein Teil dieser tektonischen Veränderungen – wenn wir an die russische Aggression gegen die Ukraine denken. Vielmehr stellt sich die Frage: Befinden wir uns gerade mitten in diesen tektonischen Veränderungen oder stehen wir vielleicht erst am Anfang dieser Veränderungen, auch wenn diese bereits mehrere Jahrzehnte andauern?

Ich persönlich glaube, dass einer der wichtigsten Momente der jüngeren Weltgeschichte das Ende der 1970er-Jahre war. Dies hat in erster Linie mit der Öffnung Chinas zu tun. Ich würde behaupten, dass das, was seither mit uns allen geschehen ist, sehr stark damit zusammenhängt, dass China in den letzten 40 Jahren viel Einfluss und Macht zurückgewonnen hat. Das hat sich auf viele andere Ereignisse rund um den Globus ausgewirkt und hatte darüber hinaus einen sehr direkten Einfluss auf die Geschehnisse in der Sowjetunion Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre.

Ich will hier nicht ins Detail gehen, aber es ist sehr interessant, die Zusammenhänge und Trends zu untersuchen, die durch diesen großen Wandel in der Weltpolitik in den 1970er-Jahren ausgelöst wurden. Und damit möchte ich sagen, wenn wir als Europäer, als West-Staatler, die Welt heute betrachten, dann kann man vereinfacht gesagt feststellen, dass die relative Macht Chinas immer größer wird. Sie wächst, sie wird immer wichtiger – China wird in den nächsten Jahren oder sogar Jahrzehnten noch mächtiger werden. Unsere relative Macht, die relative Macht des Westens, wird in Frage gestellt. Ich will nicht sagen, dass sie zwangsläufig abnehmen wird, aber sicherlich ist unsere relative Macht in der Welt heute durch China kleiner geworden.

Und auch die relative Macht Russlands nimmt mit Sicherheit ab. Aber Russland stellt nach wie vor eine existenzielle Bedrohung dar, in erster Linie für den Westen und auch für eine liberale Weltordnung – was Laima bereits in ihrer Rede erwähnte. Und der Rest der Welt, einschließlich Indien, der arabischen Länder, Brasilien und einiger anderer kleinerer und größerer Länder, beobachtet sehr genau, wie sich diese große Konfrontation, die sich vor unseren Augen abspielt, entwickelt. Wir sind Teil dieser Konfrontation, dieses Konflikts, dieses Krieges – wie auch immer wir ihn nennen – zwischen einem autokratischen Russland, einer russischen Diktatur und Demokratien, in erster Linie der Ukraine, aber auch all denen, die die Ukraine unterstützen.

Hinzu kommt, dass wir vor weiteren großen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Energiesicherheit, der Ernährungssicherheit und dem Aufkommen disruptiver Technologien stehen. Ich glaube nicht, dass wir jemals so viele davon gleichzeitig bewältigen mussten. Der Grund, warum wir so viele Konflikte und größere Auseinandersetzungen bewältigen müssen, ist eben die geringere relative Macht der westlichen Nationen oder des Westens im Allgemeinen.

Das hat China und Russland auf die Idee gebracht, unsere seit vielen Jahren bestehende Weltordnung herauszufordern. Für China ist das eine systematische und strategische Angelegenheit. Ich sage nicht, dass dies eine direkte, existenzielle Bedrohung für uns darstellt, aber sie werden unsere Weltordnung noch viele Jahre lang herausfordern. Wie Sie wissen, möchte China bis 2050 die

globale Führungsrolle übernehmen und bemüht sich sehr, sich aus größeren Konflikten herauszuhalten.

Die Auslöser für Russland sind in erster Linie seine imperiale Vergangenheit und sein autokratisches System, das im Falle Putins demjenigen ähnelt, das wir aus den 1930er-Jahren kennen, als der russische Führer Stalin hieß. Diese beiden Komponenten sind natürlich sehr gefährlich – der Wunsch, die imperiale Macht wiederherzustellen, einschließlich der Verschiebung von Grenzen durch Gewaltanwendung, und gleichzeitig das autokratische bzw. diktatorische System, das Demokratien entlang seiner eigenen Grenzen zurückzuschlagen möchte, wie z. B. in Belarus oder der Ukraine.

Wir müssen verstehen, dass die schwerwiegendste und unmittelbarste Bedrohung von Russland ausgeht. Machen Sie bitte nicht den Fehler zu glauben, dass dies nur vorübergehend ist. Wir haben gesehen, dass Russland eine ernsthafte Bedrohung für den Westen darstellt und ihn in den letzten 100 Jahren immer wieder herausgefordert hat. Vielleicht leben wir heute in den kritischsten Zeiten dieser Bedrohung.

Was sollte also getan werden? Im letzten Teil meiner Rede werde ich mich darauf konzentrieren, was wir (zunächst auf dieser globalen Ebene) dagegen tun sollten. Wenn die westlichen Länder ihre Rolle bewahren wollen – ich will nicht sagen, ihre Vorherrschaft in der Weltordnung, aber zumindest eine Macht, die wichtig ist und die diese Prinzipien, eine auf Regeln basierende Weltordnung, verteidigen kann –, dann sollten wir mindestens drei Dinge tun: Als erstes sollten wir anfangen, massiv in unsere Verteidigung zu investieren und unsere Entschlossenheit, zur Verteidigung unserer

Werte, Territorien und Prinzipien (wie z. B. das Völkerrecht und eine auf Regeln basierende Weltordnung) weiter stärken. Und das verlangt von uns allen, von allen Nationen, dass wir sehr ernsthaft und gemeinsam überlegen, was zu tun ist, um unsere Verteidigungsmöglichkeiten und unsere Entschlossenheit zur Verteidigung unserer Interessen in der Region und weltweit zu stärken.

Zweitens müssen wir sehr eng zusammenarbeiten, um eine technologische Firewall zu errichten: Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und viele andere noch unbekannte Bereiche, die in Zukunft Teil unseres Alltags sein werden. Es ist sehr wichtig, Standards zu setzen, und das geht am besten, wenn wir als Europäer zusammenarbeiten – aber natürlich auch mit unseren sehr guten Verbündeten und Partnern wie den Vereinigten Staaten, Japan und anderen Ländern.

Und drittens gibt es eine weitere wichtige Verteidigungsmaßnahme, an der wir arbeiten müssen, die aber für Demokratien vielleicht sehr schwer zu verstehen ist. Dabei geht es um die Frage, wie wir unser öffentliches Leben, insbesondere den Informationsraum, schützen können. Ich spreche nicht nur von Falschinformations- oder Propagandakampagnen gegen unsere Gesellschaften, sondern auch davon, welches Bildungsniveau wir haben, wie gut wir über unsere eigene Geschichte, aber auch über die globale Geschichte Bescheid wissen und wie gut wir in der Lage sind, mit dem Wissen um diese Vergangenheit Entscheidungen zu treffen und Strategien für die Gegenwart festzulegen.

Wenn wir uns auf die russische Aggression gegen die Ukraine konzentrieren – und wie Laima erwähnte, handelt es sich nicht nur um eine Aggression gegen die Ukraine, sondern um



einen Großangriff auf westliche Interessen und Werte –, müssen wir verstehen, dass das Ende dieses Konflikts, das Ende dieses Krieges, das Ende dieser großen Konfrontation unsere Zukunft bestimmen wird. Und wenn wir in einem friedlichen und stabilen Europa leben möchten, müssen wir verstehen, dass es keine Alternative gibt, als dass Russland in diesem Krieg besiegt werden muss. Das ist klar und eindeutig – besiegt. Kein Minsk III, kein neues NormandiefORMAT, keine Waffenstillstände, wenn es sich nicht um humanitäre Waffenstillstände handelt. Russland sollte besiegt werden. Und es ist in erster Linie die Ukraine, die uns das sagt. Es ist Wolodymyr Selenskyj, der das sagt. Sie definieren einen Sieg der Ukraine als einen Sieg, bei dem alle Gebiete, einschließlich der Krim und der illegal annektierten Gebiete, befreit werden. Deshalb sollten wir, die westlichen Mächte, der Ukraine in ihrem Kampf für die Freiheit helfen. Und das wird auch große Auswirkungen auf Belarus haben. Sviatlana Tsikhanouskaya hat gerade darüber gesprochen.

Zweitens müssen wir die Ukraine sehr stark in der euro-atlantischen Gemeinschaft verankern. Ein großer Teil der ukrainischen Gesellschaft wünscht sich, dass ihr Land Teil der Europäischen Union und der NATO wird.

Und wir müssen sicherstellen, dass die Ukraine als europäische Nation das Recht hat, nicht nur einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen, sondern auch tatsächlich Teil der Europäischen Union und der NATO zu werden. Deshalb wird der nächste Monat von großer Bedeutung sein, wenn der Europäische Rat eine Entscheidung darüber trifft, ob der



Ukraine der Kandidatenstatus für den Beitritt zur Europäischen Union angeboten wird.

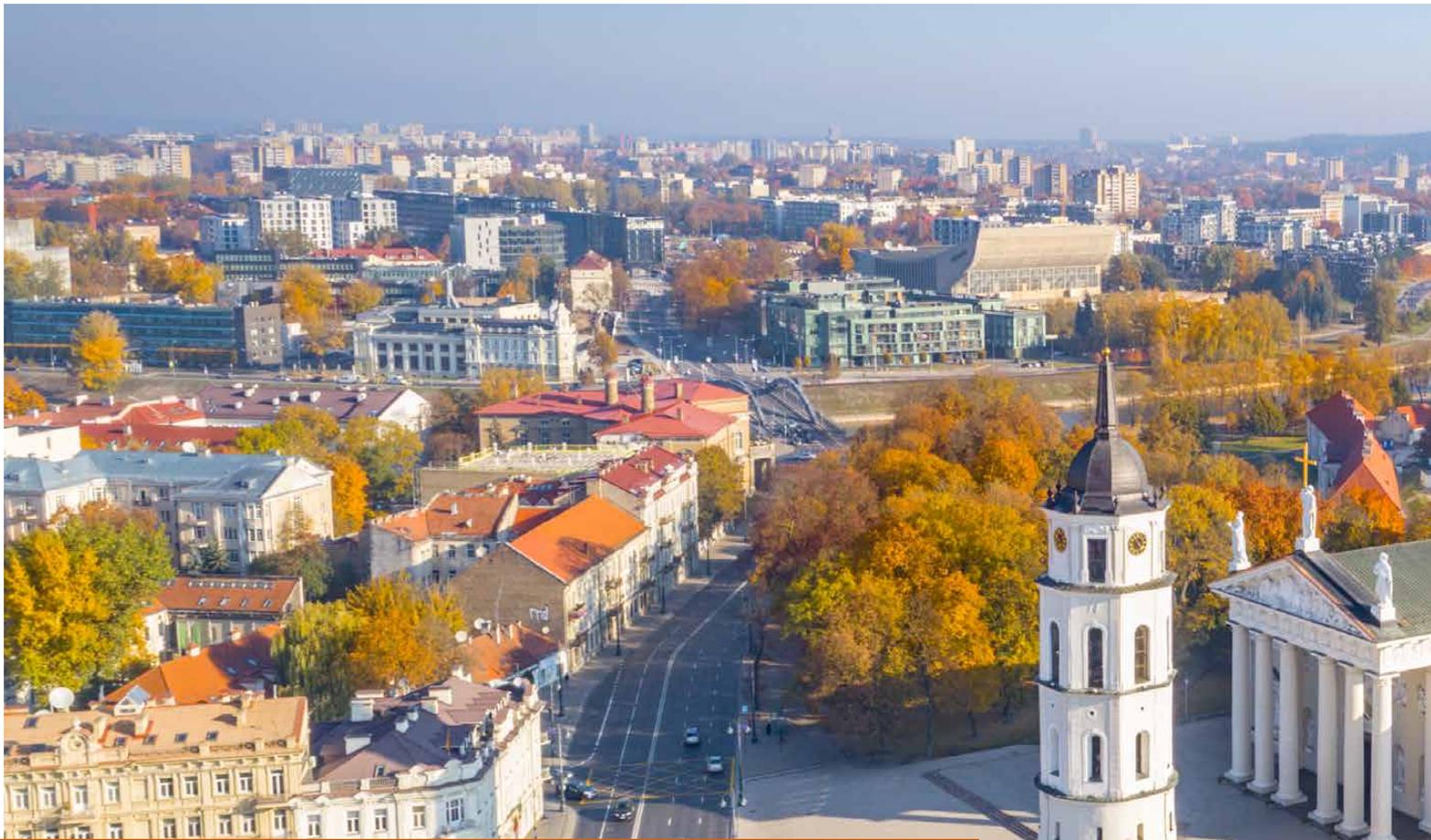
Nun zu diesem Konflikt und Krieg: Ich höre hie und da, dass einer der Gründe, warum Russland die Ukraine angegriffen hat, die NATO-Erweiterung war; dass die NATO eine Bedrohung für Russland darstellt. Dies ist ein Paradebeispiel für russische Propaganda und kommt der Realität nicht einmal nahe. Das Beste, was Europa in den letzten 30 oder 40 Jahren passiert ist, war sowohl die Erweiterung der NATO als auch die Erweiterung der Europäischen Union.

Die besten Beispiele dafür sind Litauen, Lettland, Estland und andere Länder, die davon profitiert haben und deren Bevölkerung davon profitiert hat. Deshalb plädieren wir heute in diesen historischen Zeiten dafür, dass unsere sehr guten Nachbarn Finnland und Schweden – gestern hat die finnische Ministerpräsidentin eine Entscheidung getroffen, und ich weiß, dass Schweden schnell nachziehen wird – in den kommenden Wochen den Ratifizierungsprozess für die NATO-Mitgliedschaft einleiten. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer strategischen Niederlage Russlands.

Im Dezember hat Russland noch gesagt, die NATO dürfe nicht um einen einzigen Meter erweitert werden – und siehe da, was sie heute bekommen haben. Finnland und Schweden, insbesondere Schweden – wie schwer ihnen wohl diese Entscheidung gefallen ist. Aber das Volk hat diese Entscheidung getroffen, 80 Prozent der Finnen und etwa 60 Prozent der Schweden waren damit einverstanden.

Ich möchte noch einige abschließende Bemerkungen machen, die sich mit denen von Laima decken. Wir müssen Russland isolieren, solange Putins Regime an der Macht ist. Wir werden dieses Regime nicht ändern, das ist Sache des russischen Volkes. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ein anständiger europäischer Staatschef mit Putin, der ein Kriegsverbrecher ist, an einem Tisch sitzen will. Vor ein paar Tagen war ich in Den Haag und habe mich mit dem Chefankläger Karim Khan getroffen. Er widmet sich mit großem Engagement seiner Aufgabe, alle Gräueltaten in der Ukraine aufzuklären und die Täter zu finden, die massive Kriegsverbrechen begangen haben.

Unsere Parlamente, das litauische, das estnische, das lettische und viele andere haben das russische Vorgehen in der Ukraine als Völkermord an der ukrainischen Nation anerkannt. Das ist etwas, das wir alle verstehen müssen: Wenn wir diese Verbrechen wieder ungesühnt lassen, wird unser Kontinent nicht in Sicherheit und Frieden weiterleben können. Ich danke Ihnen vielmals. «



Podiumsdiskussion



Die Kathedrale St. Stanislaus sowie der Palast der Großfürsten von Litauen im Herzen der litauischen Hauptstadt Vilnius.



Podiumsdiskussion

Marko Mihkelson



Dr. Žygimantas Pavilionis
(Moderation)



Matthias Sonn



→ Dr. Žygimantas Pavilionis (Moderator):

Ich begrüße Sie in diesem Haus der Freiheit, in dem wir uns zum ersten Mal gegen die Sowjets auflehnten – genau an diesem Ort, an dem Sie gerade sitzen. Wir wollen nun eine Podiumsdiskussion abhalten, und ich möchte Seine Exzellenz, den Deutschen Botschafter Matthias Sonn, sowie Marko Mihkelson und Prof. Dr. Liliana Tymchenko auf das Podium bitten.

Marko Mihkelson hat uns schon viel erzählt, trotzdem möchte ich den Botschafter noch ein wenig mit meinen unangenehmen Fragen zur deutschen Führung quälen.

Der Botschafter hat überall gedient, auch auf dem Balkan während des Krieges, er war Teil des Teams, welches das Friedensabkommen von Dayton vorbereitet hat. Er diente in Lateinamerika, er diente 2010 zusammen mit mir in Washington, aber dort haben wir uns nicht getroffen – was eigentlich sehr schade war. Aber jetzt ist er hier – und wir sind so glücklich mit den Deutschen hier in Litauen! Sie haben hier die größte Anzahl an Truppen, sie führen die NATO-Kräfte hier an. Sie haben eine der größten Wirtschaftsgemeinschaften, der Handel wächst – das gefällt uns sehr. Übrigens war Deutschland einmal unser Nachbar, ab dem 13. Jahrhundert. Das erste litauische



Prof. Dr. Liliana Tymchenko



Buch wurde im damaligen Königsberg gedruckt. Wir mögen also die Deutschen, wir vermissen sie, und deshalb freuen wir uns umso mehr, den deutschen Botschafter bei uns zu haben.

Herr Botschafter, Sie wissen, dass ich die Leute gerne ein bisschen herausfordere, natürlich auf eine positive Art und Weise. Deshalb möchte ich Sie fragen: Welche Art von deutscher Führung wird Ihrer Meinung nach in Zukunft erforderlich sein, wenn wir einen dauerhaften Frieden in unserer Region schaffen wollen, wenn wir das Blutvergießen, zu dem es in unserer Region immer

wieder kommt, beenden wollen, wenn wir an unsere Werte glauben und verhindern wollen, dass sich diese totalitären Verbrechen wiederholen? Ich würde gerne sehen, dass Deutschland die Führung übernimmt und seine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ausweitet, aber, Herr Botschafter, glauben Sie, dass dies geschehen könnte?

→ **Matthias Sonn:**

Danke, lieber Žygis, es ist eine große Ehre, nicht nur in diesem Saal und an diesem historischen Ort zu sein – ich bekomme immer eine Gänsehaut, wenn ich diesen Ort betrete, weil ich die Bilder von 1990/91 vor Augen habe –, sondern vor allem hier oben auf diesem Podium zu sitzen. Das ist sehr respektinflößend. Ich fühle mich sehr geehrt, mit Ihnen, Herr Vorsitzender, und mit Ihnen, Frau Professor, hier zu sein und vor Parlamentariern aus einem der ältesten und traditionsreichsten der deutschen Bundesländer, Sachsen, zu diskutieren. Ich glaube, ich muss nicht darauf hinweisen, dass die Könige von Sachsen, ich glaube ungefähr 65 Jahre lang, auch Großherzöge von Litauen waren. Gott sei Dank ist das schon lange her, und ich erwähne das nur der Vollständigkeit halber.

Lassen Sie mich Ihre Frage nach der deutschen Führung in einen Kontext stellen, der die Geschichte insgesamt und die Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie die Rolle Deutschlands unter anderem im Baltikum nicht völlig ausklammert. Ich tue das, weil das, was ich sagen werde, die Art von Führung beschreiben wird, die niemand jemals wieder von Deutschland haben will (einschließlich uns Deutschen, die diese Art von Führung

niemals wieder ausüben möchten). Sie können sich also sicher sein, dass jede Art von deutscher Führung erstens bedürfnisorientiert sein wird, d. h. sie wird nicht auferlegt, sondern sie muss erbeten werden. Zweitens wird es sich um eine eher ruhige Art der Führung handeln, für die Inhalte wichtiger sind als Effekthascherei. Und drittens wird sie äußerst kooperativ und von einer engen Zusammenarbeit geprägt sein. Das ist der Rahmen zu dieser Frage und vielleicht die Art und Weise, wie diese Führung aussehen könnte. Ich denke, das ist sehr wichtig.

Zur gegenwärtigen Form der deutschen Führung: Eines bleibt bestehen, die Deutschen, die Mehrheit unserer Bevölkerung, unseres Volkes, fühlt sich immer noch unwohl mit der Idee einer deutschen Führung als solche. Und das hat natürlich – und damit komme ich wieder auf das zurück, was ich gesagt habe – mit der Geschichte zu tun. Ich zitiere den ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba, der gestern in Berlin war. Kuleba sagte, vielleicht zur Überraschung einiger in Europa und in unserer

transatlantischen Gemeinschaft, dass Deutschland nun die Führung bei der Unterstützung der Ukraine in ihrem existenziellen Kampf gegen die russische Militärangriff übernommen habe. Dabei werde ich es belassen. Ich glaube, wenn Dmytro Kuleba so etwas sagt, sollte ich es dabei belassen und Ihnen die lange Liste der Dinge ersparen, die ich im Kopf habe, wenn es darum geht, was Deutschland zur Unterstützung des Kampfes der Ukraine bereits getan hat und gegenwärtig tut. Lassen wir es für den Anfang dabei bewenden. Ich werde später auf einige der Dinge eingehen, die Marko gesagt hat. Ich danke Ihnen.

→ Dr. Žygimantas Pavilionis:

Jetzt möchte ich Marko Mihkelson noch ein wenig provozieren. Marko, wie sehen Sie die deutsche Führungsrolle aus der Sicht des Baltikums? Was brauchen wir? Ich erinnere mich an das Jahr 1997, als Außenminister Klaus Kinkel sagte, er sei ein Befürworter des Beitritts der baltischen Staaten zur NATO. Kann Deutschland jetzt gemeinsam mit Frankreich sagen, dass es den Kandidatenstatus für die Ukraine befürwortet hat? Können sie auch in Sachen Demokratie eine Führungsrolle einnehmen?

In diesem Raum sitzt auch Jakob Wöllenstein, der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung für Belarus und jetzt auch für Litauen. Wussten Sie, dass die deutschen Stiftungen die ersten in der Welt waren, die sich für die Demokratie eingesetzt haben? Reagan hatte von diesen Stiftungen gelernt, als er 1982 die Westminster-Rede hielt. Nach dem Vorbild dieser deutschen Stiftungen gründete er das International



Republican Institute, das National Democratic Institute und das National Endowment for Democracy.

Erklären Sie mir also, warum die Deutschen später in Beziehungen zu Autokratien, zu Russland und China, investierten und damit gegenseitige Abhängigkeiten schufen, die uns jetzt töten und spalten. Vielleicht ist es an der Zeit, dass Deutschland auf globaler Ebene eine Führungsrolle in Sachen Demokratie übernimmt, die Verflechtungen mit totalitären Ländern beendet und die Welt als demokratische Einheit aufbaut?

Meine letzte kleine Frage und Herausforderung: Vielleicht ist es an der Zeit, die Vereinten Nationen der Demokratie zu gründen, denn ich vermisse Deutschland im Sicherheitsrat der UNO. Die Deutschen haben nun schon viele Jahre lang nicht den Platz bekommen, der ihnen gebührt. Stattdessen sitzen dort zwei totalitäre Regime, die alles blockieren, was wir für die Menschenwürde tun.

→ **Matthias Sonn:**

Nun, im Moment haben wir Estland dort, das ist gut.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Wie sollte also die deutsche Führung in unserer Region, in Europa und auch weltweit aussehen, Marko?

→ **Marko Mihkelson:**

Ich danke Ihnen. Es scheint eine einfache Frage zu sein, und ich werde versuchen, sie zu beantworten. Das letzte Mal war ich vor zwei Wochen in Berlin, zusammen mit meinen Kollegen aus dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des estnischen Parlaments,

und wir haben sowohl den Bundestag als auch das Außenministerium besucht. Der Kanzler war dabei und wir hatten einige sehr interessante Diskussionen mit Journalisten und Think Tanks, und – bitte korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege – ich denke, in Deutschland findet diese große „Zeitenwende“ in vielerlei Hinsicht statt, vor allem in Bezug auf das Nachdenken darüber, wie man die Rolle erfüllen kann, die viele andere Nationen von Deutschland erwarten.

Bundestagsabgeordnete fragten die Delegierten aus Litauen und Estland, was sie von Deutschland erwarteten, und ich gab eine sehr einfache Antwort: Führung. Wir freuen uns sehr auf diese Führung. Der Botschafter hat bereits erklärt, was Führung auf Deutsch bedeutet, aber manchmal muss Führung ein bisschen sichtbarer sein und manchmal muss sie anderen vorausgehen, anstatt von hinten anzuführen. Ich verstehe, dass wir uns hier mitten in einer halb akademischen, halb politischen Diskussion befinden, einem ziemlich sensiblen Gebiet,



aber ich würde argumentieren, dass diese Politik, die Deutschland eigentlich seit vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, gut gedient hat – hier fällt mir die Ostpolitik, beginnend in den 1970er-Jahren unter Willy Brandt, oder der „Wandel durch Handel“ ein – und die damit verbundenen Hoffnungen sehr nachvollziehbar sind.

In Anbetracht der Vergangenheit und mit dem Argument, dass wir nie wieder eine Welt aufbauen werden, deren erster und wichtigster Wunsch es ist, dass alle an einem Tisch sitzen und alle Probleme durch Diplomatie, Verhandlungen, Verständnis für die Sorgen des anderen und so weiter lösen – ich will natürlich nicht behaupten, dass dies der falsche Weg war, aber leider mussten wir feststellen, dass die anderen Parteien, Russland und in gewisser Weise auch China, vor allem aber Russland, diese Art von Welt nicht akzeptieren werden.

Ich habe in Berlin gehört, dass das Bild, das sich einige Menschen von Russland gemacht haben, tatsächlich zusammengebrochen ist. Heute ist es äußerst wichtig, dass wir gemeinsam mit der deutschen Führung und mit anderen Nationen nicht nur diese starke erste Verteidigungsmauer errichten, sondern auch unsere Demokratie, unser demokratisches Europa wieder großmachen (und ich hoffe, es stört sich keiner daran, wenn ich diese Worte verwende).

Die Länder, die wirklich in Europa liegen, wie die Ukraine, der Westbalkan oder Belarus, würden gerne die gleichen Erfolgsgeschichten schreiben wie wir. Warum können wir heute nicht so offen für sie sein, wie es Europa vor

30 Jahren für uns war? Dies ist von entscheidender Bedeutung. Und wir müssen auch verstehen, dass wir dadurch nichts gegen jemanden unternehmen. Ich weiß, dass es immer eine kritische Frage ist, wenn wir uns auf die Ukraine zubewegen und ihr die Mitgliedschaft anbieten – man denke nur an Bukarest 2008 –, dann provozieren wir Russland vielleicht zu irgendeiner Handlung. Aber dieser Krieg wurde nicht provoziert! Nichts war weniger eine Provokation als die Müdigkeit, die wir bei der Verteidigung unserer demokratischen Werte demonstriert haben.

Und das ist etwas, dass wir von Deutschland gerne sehen würden, und wir haben bereits bemerkt, dass sich in dieser Hinsicht innerhalb des Berliner Establishments große Veränderungen vollziehen.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Vielen Dank. Wenden wir uns nun dem Völkerrecht zu. Ich weiß, Frau Prof. Dr. Liliانا Tymchenko, dass Sie sich auf diesem Gebiet gut auskennen.

Ich habe soeben Reagans Westminster-Rede erwähnt. Diese wurde von einem interessanten amerikanischen Diplomaten, Mark Palmer, geschrieben. Ich weiß noch, wie er in meine Botschaft in Washington kam, sich hinsetzte – das war übrigens das letzte Mal, dass ich ihn sah, er ist nun leider verstorben – und sagte: Žygis, lass uns auf eine Welt anstoßen, in der Autokratien durch das Völkerrecht verboten werden. Ich war schockiert, denn ich würde diese Welt lieben. Und ehrlich gesagt, wenn ich mir die Situation jetzt anschau, träume ich von dieser Welt.

Vor genau einer Woche fand in Litauen eine große internationale Konferenz von Anwälten aus der ganzen Welt statt, die Putin und Lukaschenko nach Den Haag bringen wollen. Denn was hier geschieht, verstößt gegen unsere Menschlichkeit, gegen alle unsere universellen Werte – die nach dem Zweiten Weltkrieg von Ihnen festgelegt wurden, weil wir damals besetzt waren. Warum gründen wir also nicht ein paar andere internationale Organisationen und erarbeiten Chartas oder Gesetze, um diese Kriegsverbrecher ins Gefängnis zu bringen – denn das sind sie, ich könnte sie nicht anders nennen.



Ich war zweimal in Butscha, ich habe es gesehen, in Butscha, in Irpin und an anderen Orten. Die gleichen Bilder habe ich in Filmen über den Zweiten Weltkrieg gesehen. Ich hätte nie geglaubt, dass dies noch einmal passieren könnte. Ich war mit deutschen, französischen und anderen Delegationen dort. Wenn Sie sich der parlamentarischen Plattform „United for Ukraine“ (Vereint für die Ukraine) anschließen möchten, dann tun Sie das bitte. Wir planen derzeit unseren fünften Besuch in Kiew im Juni.

Frau Dr. Liliana Tymchenko, wie sieht die Zukunft des Völkerrechts aus? Wie sieht die Zukunft der Menschenrechte im 21. Jahrhundert aus? Wie können wir das Völkerrecht nutzen, um die Ukrainer vor – ich weiß nicht einmal, wie ich es nennen soll, aber im litauischen Parlament bezeichnen wir es als das, was es ist – Völkermord zu schützen?

Wenn Russen in den besetzten Gebieten ukrainische Soldaten oder Bürger gefangen nehmen und sie auffordern, sich der Armee des Besatzers anzuschließen, und sie sich weigern, dann werden sie auf der Stelle getötet. Wenn sie in ihrer Kleidung etwas finden, das sie als Ukrainer ausweist, töten sie sie auf der Stelle. Sie nehmen Tausende von Kindern ihren Müttern weg und russifizieren sie in Russland. Sie deportieren Millionen von Ukrainern, so wie sie meinen Großvater nach Kasachstan deportiert haben, und fast jeder Litauer hat eine ähnliche Geschichte zu erzählen. Es gibt keinen Unterschied zum russischen Verhalten vor 80 Jahren. Wie können wir also diese Gräueltaten mit Hilfe des Völkerrechts stoppen?

→ Prof. Dr. Liliana Tymchenko:

Vielen Dank für diese Frage. Bevor ich sie beantworte, möchte ich dem Seimas, der Regierung der Republik Litauen und den Bürgern danken, die die Ukraine und die Ukrainer unterstützen. Mein besonderer Dank gilt Polen, Deutschland, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, Kanada und natürlich der Europäischen Union als Organisation.

Mein Herz schlägt für das demokratische Belarus, und ich bin der EHU, ihren Leitern, Mitarbeitern und Studenten besonders dankbar, denn sie erwärmen die Seelen der Ukrainer, der Studenten und Lehrer gleichermaßen, und sie sind für mich und meine Kinder zu einer zweiten Familie geworden. Ich stamme aus Butscha und bin von dort wie durch ein Wunder entkommen. Ich bin Juristin. Ich habe immer an das Völkerrecht geglaubt und tue es immer noch. Ich weiß, dass wir genug Mittel haben, um Mörder zu bestrafen. Wenn ein Wahnsinniger einem Opfer ein Messer in den Körper rammt, dann zerstört er damit nicht Recht und Gesetz, sondern er versucht, seine Überzeugung zu verteidigen. Und heute ist es unsere Aufgabe, diesen Wahnsinnigen zu stoppen und zu bestrafen.

Wie können wir das tun? Es ist alles niedergeschrieben – lassen Sie mich die Verfassung der Organisation für Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen aufschlagen. In der heißt es: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ Davon träumen wir Völkerrechtler und Politiker schon seit 1648, dem Jahr des Westfälischen Friedens. Wir haben während der Ersten



Haager Konvention daran gearbeitet, wir haben während der Zweiten Haager Konvention daran gearbeitet und zu den Friedensgesetzen beigetragen, und auch später, als der Kellogg-Briand-Pakt unterzeichnet und die Charta der Vereinten Nationen entworfen wurde.

Es gibt also eine Struktur. Zudem: Mörder und Wahnsinnige sollten aus dem UN-Sicherheitsrat ausgeschlossen

werden. Und wir haben als Politiker und als Juristen des Völkerrechts gute Ergebnisse erzielt – dieses Recht funktioniert. Russland wurde vom Menschenrechtsrat suspendiert, Russland wurde aus dem Europarat ausgeschlossen. Erst kürzlich hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Einleitung von Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen gestimmt. Wenn wir diesen Linien folgen, verstehen wir die Situation und die Ebenen des Bewusstseins und des Unterbewusstseins. Man kann einen Mörder nicht einfach hinrichten, das ist keine Art, einen Menschen zu bestrafen. Man muss seine Meinung, seine Denkweise über bestimmte Personen ändern. Nur auf diese Weise kann man einen neuen Weg in die Zukunft einschlagen. Auf diese Weise werden wir alle, die gesamte Menschheit, in Zukunft geschützt sein.

Sie haben nach den Menschenrechten im 21. Jahrhundert gefragt. Ja, durch eine Kultur des Friedens, durch Verständigung, durch Zusammenarbeit und – leider, aber definitiv auch – durch Krieg. Leider müssen wir Antworten auf diesen Krieg finden. Was wir neben politischen Mitteln und Solidarität brauchen, sind schwere Waffen, einschließlich Raketen verschiedener Typen, Flugzeuge, strenge Wirtschaftssanktionen gegen die russische Wirtschaft und gegen russische Bürger, die in EU-Ländern leben, insbesondere gegen putintreue Geschäftsleute, Propagandisten, Schauspieler, Musiker, Wissenschaftler und Studenten.

Sie haben bereits erwähnt, dass wir am 6. Mai eine hervorragende Konferenz hier in Vilnius hatten, bei der es um die Einrichtung eines Sondertribunals für Verbrechen gegen die Ukraine ging. Ich möchte Ihnen, Litauen, und

allen fortschrittlichen Kräften in Europa nochmals für Ihre großartige Unterstützung und für Ihr Verständnis danken, denn in den ersten Tagen war es schwierig, dieses Verständnis zu erlangen.

Wir, die Ukrainer, wollten Ihnen zeigen, dass wir nicht einfach nur irgendwelche Menschen sind, sondern dass auch wir unsere eigene Kultur, unsere Geschichte und unseren Wunsch haben, in einer friedlichen Welt zu leben. Wir sind keine Verrückten, wir sind keine seltsamen Menschen, wie wir manchmal dargestellt werden. Ich habe viele seltsame Geschichten von russischen Propagandisten gehört, die abschätzig über uns reden, als wären wir irgendwelche Sonderlinge, die keine eigene Identität haben, und als gäbe es so etwas wie eine ukrainische Nation nicht – als gäbe es nur Russland und sonst nichts.

Wir kämpfen also für unsere Würde, für unsere gemeinsame Zukunft, für unsere Existenz. Deshalb möchte ich Ihnen für die Verwendung des Begriffs „existenzieller Kampf“ danken. Es gibt für uns keine andere Möglichkeit als diesen Kampf zu führen, um diese Verbrechen zu stoppen – um Putin zu stoppen. Ich werde an dieser Stelle aufhören, um Platz für andere Fragen zu schaffen.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Danke, Prof. Dr. Tymchenko. Ich habe noch einige Fragen, die ich den Diskussionsteilnehmern stellen kann, aber ehrlich gesagt glaube ich, dass ich die Antworten darauf bereits kenne. Wir haben noch eine Stunde unserer Konferenz vor uns, daher werde ich die Podiumsdiskussion für Fragen aus dem Publikum öffnen.



Und noch einmal: Ich komme aus Butscha und ich habe viele Menschen getroffen, die immer noch nicht verstehen oder nicht glauben, was dort passiert ist. Sie fragen mich immer wieder: Sind Sie wirklich aus Butscha? Haben die Gräueltaten dort wirklich stattgefunden? Und ich muss das immer wiederholen. Was ich also sagen will, ist: Diese Ereignisse wurden nun offiziell anerkannt, es gibt weitere, umfassende Ermittlungen und es wird dazu auch ein faires Verfahren geben. Vielen Dank für diese Frage.

→ Publikumsbeitrag (Studentin):

Mein Name ist Olga, ich bin eine Studentin der EHU. Ich habe eine Frage an Frau Tymchenko: Sie sprachen von Menschenrechtsverletzungen durch Russland und einer möglichen Verfolgung von Kriegsverbrechen. Ein großer Teil von Putins Regime und der Art und Weise, wie es sich aufrechterhält, ist Propaganda. Sind Sie der Meinung, dass diese Propagandisten ebenfalls strafrechtlich verfolgt werden sollten, und wenn ja, wie sollte diese Strafverfolgung aussehen?



→ Prof. Dr. Liliana Tymchenko:

Vielen Dank für diese Frage. Zunächst möchte ich alle an den 4. Mai und die gemeinsame Erklärung des UN-Menschenrechtsbüros und der Hohen Kommissarin zur russischen Invasion sowie zur Meinungs- und Informationsfreiheit erinnern. In diesem Dokument finden Sie alle vier Aspekte in Bezug auf Medien, das Internet, Propaganda und Falschinformationen. Erst einmal war es daher sehr wichtig, die Existenz dieser Dinge überhaupt anzuerkennen.

→ Publikumsbeitrag (Alexander Dierks):

Herzlichen Dank. Mein Name ist Alexander Dierks. Ich bin Mitglied des Sächsischen Landtags. Zunächst ganz herzlichen Dank für die eindrücklichen Impulse und auch die Diskussionen, die ich weitestgehend teile und ausdrücklich unterstützen kann. Eine Frage, die ich an Herrn Mihkelson hätte: Sie haben gesagt, dass Europa natürlich zu einer deutschen Führung braucht, dass wir aber auch insgesamt stärker werden müssen in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wenn man davon ausgeht, dass die Europäische Union gemeinsam – ich sage mal – gar nicht wesentlich weniger Geld für Verteidigung und Rüstung ausgibt, als die Vereinigten Staaten, aber ungleich geringere Fähigkeiten hat, wie sehen Sie die Perspektive vielleicht einer stärkeren militärischen Integration innerhalb Europas? Auch die Frage eines europäischen Bündnisfalls? Denn wir wissen alle nicht, wie sich die Situation gegenüber den Vereinigten Staaten entwickeln wird, wer der nächste amerikanische Präsident wird – Gott schütze Joe Biden und seine Gesundheit. Aber wir wissen ja nicht, wie die nächsten Wahlen ausgehen werden. Deswegen, glaube ich, ist diese Frage ganz interessant.

Und vielleicht noch eine Frage an alle. Ich verstehe vollständig und teile die Einschätzung, dass Russland an dieser Stelle nur militärisch gestoppt werden kann. Ich glaube aber, dass diese Auseinandersetzung sehr lange anhalten wird. Daher die Frage: Wie wird diese Thematik, auch der Sanktionen gegenüber Russland, weitergehen? Ich glaube, das kann sich noch über Jahrzehnte hinziehen, denn es geht jedenfalls aus meiner Sicht im Kern darum, dafür zu sorgen, dass Russland nie mehr die Stärke findet, einen solchen Krieg anzufangen. Ansonsten werden wir das sicherlich in absehbarer Zeit wiedererleben. Vielleicht eine einfache Einschätzung von Ihrer Seite, wie Sie das sehen.

→ **Marko Mihkelson:**

Wenn Sie gestatten, möchte ich mich auch gerne zur ersten Frage äußern und dann über die zweite Frage nachdenken. Alle europäischen Nationen erleben wir derzeit einen großen Wandel im Hinblick auf das Verständnis

der wirklich existenziellen Herausforderungen, denen wir uns durch Putins Russland gegenübersehen, und einen großen Wandel im Hinblick auf die Einsicht, dass wir in unsere Verteidigung investieren müssen. Diese neue Einsicht ist in Deutschland, Schweden und vielen anderen Ländern zu beobachten, deren Verteidigungsausgaben in den letzten zehn Jahren nicht das von allen NATO-Mitgliedern vereinbarte Niveau von zwei Prozent des BIP erreicht haben. In Estland liegen die Verteidigungsausgaben derzeit bei 2,5 Prozent des BIP, und wir sind der Meinung, dass dies der neue Normalwert oder die neue Untergrenze sein sollte.

Aber wie wir heute hier und auch schon in anderen baltischen Staaten erörtert haben: Wir könnten zehn Prozent des BIP für unsere Verteidigung ausgeben und es würde uns immer noch an einigen wichtigen Fähigkeiten fehlen, um Russland wirklich abzuschrecken. Aus diesem Grund ist es äußerst bedeutsam, dass sich die Nationen bei den Verteidigungsinvestitionen gut abstimmen und dass ein gemeinsames Interesse dahintersteht. Darüber wird heutzutage viel gestritten und die Frage gestellt: Müssen wir wirklich über eine Änderung der europäischen Sicherheitsarchitektur nachdenken?

Ich würde behaupten, dass diese Architektur, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde und zwei Säulen hat, von denen die erste die Europäische Union und die zweite die NATO ist, perfekt funktioniert. Der beste Beweis dafür ist, dass Finnland und Schweden sowie die Ukraine in den kommenden Jahren beitreten werden. Wir als Demokraten, als freie Menschen, müssen nicht

auf Diktatoren hören, die sagen, dass ihnen unsere freie Welt und unsere Demokratien nicht gefallen. Für sie müssen wir nicht unsere Freiheiten aufgeben oder unser Verteidigungsbündnis auflösen – natürlich nicht.

Und zu guter Letzt: Machen Sie sich keine Sorgen um Amerika. Amerika ist ein sehr guter Freund und Verbündeter von uns. Machen Sie sich keine Sorgen wegen 2024. Amerika ist eine Demokratie, dort gibt es Wahlen und es wird der bestmögliche Kandidat gewählt – und dieser bestmögliche Kandidat, da bin ich mir hundertprozentig sicher, weiß, was notwendig ist, um die Interessen Amerikas zu vertreten. Und der beste Weg, um Amerikas Interessen zu verteidigen, sind sehr starke transatlantische Bündnisse durch die NATO und eine gute Zusammenarbeit mit der EU.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Vielen Dank, Marko. Ich möchte nur einen Satz hinzufügen, weil ich hier auch Litauen vertrete. Wir geben genauso viel wie Sie für die Verteidigung aus, nämlich 2,5 Prozent unseres Haushalts, und wir befinden uns jetzt in der letzten Verhandlungsphase mit allen Parteien, um diesen Anteil auf drei Prozent zu erhöhen.

Deshalb möchte ich unsere deutschen Brüder und Schwestern dazu ermutigen, dasselbe zu tun, denn wir brauchen deutsche Soldaten. Herr Botschafter, wir haben jetzt 1.000 Soldaten, wir brauchen aber 3.000 – eine ganze Brigade, je mehr, desto besser. Das hat nichts mit der Geschichte zu tun, wir mögen diese Geschichte. In der Hanse haben wir einst gemeinsam die Welt gestaltet. Jetzt brauchen wir Sie noch mehr.



→ **Publikumsbeitrag (Tom Unger):**

Ich habe eine Frage an Marko Mihkelson. Herr Vorsitzender, ich stimme allen Ihren Bemerkungen und Aussagen vollkommen zu. Sie haben tatsächlich gesagt, dass Russland besiegt werden muss. Sie haben ausdrücklich „besiegen“ gesagt. Wie soll das gehen? Es muss eine Art Waffenstillstandsabkommen geben, besser noch einen Friedensvertrag. Aber dann wird Russland immer noch Nachbar des Baltikums und der Ukraine sein. Putin könnte noch im Amt sein, es wird wohl keinen Regimewechsel geben, zumindest nicht in naher Zukunft. Also, wie wird es ablaufen, wird es einen Waffenstillstand oder einen Friedensvertrag geben?

Die baltischen Staaten stehen an vorderster Front, die Ostflanke der NATO wird verstärkt. Gott sei Dank stehen Finnland und Schweden kurz vor dem NATO-Beitritt, innerhalb von Wochen oder vielleicht sechs Monaten – das ist gut für die NATO, gut für die EU, gut für das Baltikum. Aber ich würde trotzdem gerne wissen, wie Russland besiegt werden soll, das größte Land der Erde mit einer der stärksten

*Streitkräfte der Welt, eine Atommacht – die größte Atom-
macht mit über 6.000 Sprengköpfen. Wäre es nicht besser,
eine realistische Einigung zu erzielen, vielleicht die Grenz-
linie vor dem 24. Februar, vielleicht – beides schwierig –
den Donbass oder sogar die Krim? Was kann ein realisti-
scher Ausweg aus diesem Krieg sein?*

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Vielen Dank für diese Frage, das ist tatsächlich meine Lieblingsfrage. Lassen wir doch zuerst den deutschen Botschafter darauf antworten, wie man Russland besiegen kann.

→ **Matthias Sonn:**

Vielen Dank, Žygimantas, dass Du mir die einfachen Fragen überlässt. Ich muss mit einer Vorbemerkung beginnen: Ich bin der deutsche Botschafter in Litauen. Mein Mandat besteht nicht darin – ich wiederhole, nicht darin –, über die deutsche Russlandpolitik im weiteren Sinne zu sprechen. Mein Mandat besteht darin, über die deutsche Politik einschließlich ihres russischen Aspekts im Hinblick auf die Sicherheit Litauens und des Baltikums zu sprechen.

Dazu habe ich ein paar Dinge zu sagen. Der erste Punkt ist eine Beobachtung – eine Beobachtung, die es hier in den baltischen Staaten, auch in Litauen, aber auch in Washington und natürlich, soweit ich das aus den Medien entnehmen kann, auch in Berlin gilt. Die Frage, die Sie gestellt haben, könnte auch etwas anders bzw. etwas kürzer formuliert werden: Haben wir Kriegsziele? Worum handelt es sich bei diesen Kriegszielen? Über diese Frage wird nicht – oder noch nicht – sehr viel nachgedacht.

Es ist jedoch, wie Sie in Ihrer Frage betonen, ein sehr, sehr wichtiges Thema, dem wir nicht ewig ausweichen können.

Ich glaube, die wichtigste Antwort auf diese Frage lautet für uns im Moment: Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine. Wir können nichts zustimmen, dem die Ukraine nicht auch zustimmen kann. Und mit diesem Satz paraphrasiere ich Bundeskanzler Olaf Scholz. Ich kann das also getrost sagen, ohne zu riskieren, dass ich die Grenzen meines Mandats überschreite.

Die Ukraine führt einen existenziellen Kampf, der auch uns und unsere Sicherheitsinteressen betrifft – und in diesem Sinne ist er auch für uns existenziell. Das Wichtigste aber ist, dass wir mit dem Aggressor nicht über den Kopf der Ukraine hinweg verhandeln können und werden. Das ist etwas, was ich sehr nachdrücklich unterstreichen muss, und ich bin davon überzeugt, weil auch mein Regierungschef es mehrmals in verschiedenen Formen gesagt hat.

Die zweite Sache ist eine Antwort, die bereits mehrmals gegeben wurde: Deutschland leitet hier bereits seit etwas mehr als fünf Jahren die NATO-Militärpräsenz in Litauen – das fünfjährige Jubiläum war im Februar dieses Jahres. Welche Idee steckt dahinter? Man könnte leicht denken: Naja, Deutschland ist hier, weil unsere Truppen zu Hause nichts anderes zu tun haben, oder weil die Litauer so nette Leute sind, sie haben ein freundliches Lächeln und blaue Augen – alles Mögliche. Das ist Unsinn. Wir sind hier, weil für Deutschland die Sicherheit im Gebiet unseres Bündnisses, unseres Verteidigungsbündnisses,

nicht losgelöst betrachtet werden kann. Entweder sind wir alle sicher, oder keiner von uns ist es.

Man könnte das ganze Argument auch umdrehen und fragen: Was verteidigen unsere Soldaten hier eigentlich? Sie verteidigen uns, Deutschland. Und es ist effektiver, es funktioniert besser, das direkt hier zu tun, als erst darüber nachzudenken, wenn sich ein Angreifer Dresden nähert. Ich denke, auch wenn das nichts Neues ist, lohnt es sich immer wieder, die Menschen daran zu erinnern. Das sollte für den Moment genügen. Die Frage nach dem gewünschten Ergebnis dieses Konflikts, den wir nicht wollten, den die Ukraine nicht wollte, wurde uns, aber vor allem der Ukraine, aufgezwungen. Was wollen wir erreichen? Das ist eine Debatte, die eigentlich kaum begonnen hat. Die zweite Sache ist, dass die deutsche Armee hier ist, weil es sinnvoll ist. Ich danke Ihnen.

→ Dr. Žygimantas Pavilionis:

Danke für diese sehr ehrliche, klare und gute Antwort – deshalb mögen wir unseren deutschen Botschafter in Litauen. Liliana, möchten Sie noch etwas hinzufügen, wie man Putin besiegen kann? Das ist doch einfach, oder?

→ Prof. Dr. Liliana Tymchenko:

Danke, dass Sie auch mir diese Frage gestellt haben. Leider geht es dabei nicht nur um Putin, sondern um die gesamte Gesellschaft. Denn wie Sie wissen, kann man dort nicht mehr leben, wenn man das Regime nicht unterstützt. Es geht also nicht nur um die Frage, wie man Putin besiegen kann, sondern vielmehr darum, die Einstellung oder Mentalität der russischen Bevölkerung zu besiegen.

Außerdem wird es mindestens drei bis sechs Monate dauern, bis die aktiven Kriegshandlungen eingestellt sind. Danach müssen wir friedliche und diplomatische Mittel einsetzen. Aber leider sprechen wir über mehrere Generationen von Russen, die notwendig sind, um die Denkweisen wirklich zu ändern. Es dauert mindestens 30 Jahre, um die Einstellung der Menschen zu ändern und um sie zu befrieden.

Psychologen sagen uns, dass man mit dem Geist von „Zombie-Menschen“ nichts anfangen kann. Das tut mir sehr leid, aber dies ist natürlich eine Sache der Psychologie, nicht des Rechts. Wenn man also nichts gegen diese „Zombie-Menschen“ tun kann, dann muss man einfach warten, bis sie irgendwie verschwinden. Ich spreche nicht davon, sie zu töten, weil sie gegen uns kämpfen – ich spreche nicht von Truppen oder Soldaten, sondern von russischen Zivilisten. Müssen wir also warten, bis sie physisch verschwinden?



→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Nein, wir wollen nicht warten. Also, Marko, was sollten wir tun?

→ **Marko Mihkelson:**

Vielen Dank. Ich habe in der Tat einige Ideen. Eigentlich ist es gar nicht so schwierig. Aber es ist sehr gut, dass Sie diese Frage aufgeworfen haben, denn ein Teil des Problems ist, dass wir als Europäer im Umgang mit Russland so reaktiv und nicht proaktiv vorgegangen sind.

Erstens muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen, das ist das Allerwichtigste, sonst gibt es logischerweise keine Niederlage für Russland. Deshalb müssen wir der Ukraine so helfen, wie wir es tun, mit Waffen, mit finanzieller Unterstützung, weil das im Moment entscheidend ist, mit humanitärer Unterstützung und auch, wie ich schon früher argumentiert habe, indem wir die Ukraine als freie Nation in den Organisationen der freien Welt wie der EU und der NATO verankern.

Zweitens muss die NATO ernsthaft in Abschreckungsmaßnahmen an ihrer Ostflanke investieren, und wir hoffen wirklich, dass wir auf dem Madrider Gipfel Ende Juni die Abschreckungsstrategie ändern werden. Wir haben gesehen, was passiert, wenn die Russen selbst kleine Gebiete wie Butscha oder Radynka in der Nähe von Kiew besetzen. Solche Katastrophen dürfen nicht auf unserem Gebiet passieren. Wir müssen also sicherstellen, dass sie nicht einmal daran denken, ähnliche Gräueltaten auf NATO-Territorium zu begehen. Das ist von größter Bedeutung.

Deutschland sollte auf dem Gipfel in Madrid eine Führungsrolle übernehmen. Ich erinnere mich an die Zeit vor 25 Jahren, als ich als Journalist arbeitete, als Moskau-Korrespondent, der auch über Sicherheitsfragen und politische Angelegenheiten für unsere große Tageszeitung berichtete, wozu auch der Madrider Gipfel von 1997 gehörte. Damals war die Rolle von Herrn Kohl äußerst wichtig, um einige kritische Worte in die Abschlusserklärung einzubringen, die den baltischen Staaten 2004 tatsächlich die Tür zur NATO-Mitgliedschaft öffnete.

Und drittens müssen wir Russland isolieren, ernsthafte Wirtschaftssanktionen verhängen, einschließlich eines Öl- und Gasembargos, und unsere Abhängigkeit von Russland verringern. Das könnte viel länger dauern, als wir im Moment annehmen, aber welche Alternative haben wir? Es ist der beste Weg, um die Finanzierung ihrer Kriegsmaschinerie zu stoppen, sowohl heute als auch in Zukunft.

Wir sollten die russische Zivilgesellschaft so gut wie möglich unterstützen, denn sie steht unter starkem Druck durch das Putin-Regime. Unser guter Freund Vladimir Kara-Murza wartet derzeit auf seinen Prozess, um dafür bestraft zu werden, dass er die Wahrheit über den Krieg in der Ukraine gesagt hat. Er könnte für zehn Jahre ins Gefängnis kommen, und das ist nur ein Beispiel für die Brutalität dieses Regimes.

Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass diese und andere Schritte dazu führen sollten, dass Russland uns als freie Nationen in absehbarer Zeit nicht mehr bedrohen wird,

weder mit Atomwaffen noch mit anderen Formen der Aggression. Das muss unser oberstes Ziel sein, aber wir müssen auch verstehen, dass es nicht nur um Putin geht, der diese Gräueltaten und Kriegsverbrechen verübt. Leider ist die Mehrheit der russischen Bevölkerung einer Gehirnwäsche unterzogen worden. Sie versteht die Welt, in der wir leben, nicht. Und es könnte Generationen dauern, bis sich das ändert. Wir müssen also geduldig sein.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Wenn ich noch ein paar Worte hinzufügen darf, weil Sie Vladimir Kara-Murza erwähnt haben. Vor seiner Abreise nach Russland war er hier in Vilnius und wir haben mit ihm zu Abend gegessen. Ich flehte ihn an, nicht nach Moskau zu gehen, aber er sagte, er sei ein russischer Politiker und müsse deshalb in Moskau kämpfen. Jetzt, da er im Gefängnis sitzt, hat er eine Antikriegskommission gegründet, um den Krieg zu stoppen. Ich bin sicher, dass Vladimir Kara-Murza allem, was Marko gerade gesagt hat, zustimmen würde, denn er hat mehr oder weniger das Gleiche gesagt.

Er fügte noch etwas hinzu, das auch zu Ihren Ausführungen passen könnte: Stellen Sie sich ein demokratisches Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vor, das von Nazi-Gauleitern regiert wird. Genau das geschieht in Russland. Sie haben immer noch dieselbe KGB-Mordmaschinerie, die seit 100 Jahren Menschen in diesem Gebiet tötet, ein Drittel Litauer, zwei Drittel Belarussen. Sie tun es einfach, und im Prinzip hat sich nichts geändert. Und wir haben Geld investiert, wir haben unsere Märkte geöffnet und damit diese Maschinerie gestärkt, und jetzt sind wir überrascht, dass sie wieder tötet.

Also entputinisieren und entmilitarisieren wir sie, angefangen bei Kaliningrad und dann weiter bis nach Belarus, denn Belarus ist von russischen Truppen besetzt. Und damit gibt es das kleine Problem mit der Suwałki-Lücke nicht mehr. Denn wir wissen, wer die Bedrohung ist – und zwar die russische Armee, auf beiden Seiten. Das war also mein kleiner Beitrag aus litauischer Sicht dazu. Auch wenn Sie noch eine zweite Frage aufgeworfen haben, möchte ich unseren sächsischen Gästen ebenfalls die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen.



→ **Publikumsbeitrag (Ulrich Lupart):**

Vielen Dank. Ich heiße Ulrich Lupart und bin Mitglied des Sächsischen Landtags. Ich habe zwei kurze Fragen – zwei sehr kurze Fragen. Und zwar, als erstes, was halten Sie von dem Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“? Und zweitens: Wenn wir uns die Hochrüstung, wie Sie es ausdrücken, mit den Prozenten im Baltikum ansehen, stehen wir dann vor einem Dritten Weltkrieg?

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Wenn ich das richtig verstanden habe, geht es darum „Frieden ohne Waffen“ zu schaffen. Ich denke, das ist einfach unmöglich, aber wer will dazu etwas sagen? Vielleicht der Herr Botschafter, Frieden schaffen ohne Waffen?

→ **Matthias Sonn:**

Natürlich wäre ein Frieden ohne Waffen jeder anderen Form des Friedens vorzuziehen. In einer Welt, in der es einen Aggressor gibt, einen bewaffneten Aggressor, der bereit ist, seine bewaffnete Macht gegen jeden einzusetzen, der sich ihm in den Weg stellt, ist es meiner Ansicht nach – und das ist nicht nur meine persönliche Meinung – moralisch nicht vertretbar, „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu fordern. Es ist moralisch fragwürdig und politisch stumpfsinnig, dies angesichts eines bewaffneten Angriffs zu sagen. Außerdem ist es praktisch kontraproduktiv. Und, wenn ich noch einen Satz hinzufügen darf, wenn Sie mir das gestatten: Angesichts der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert erscheint dies aus deutscher Sicht besonders unangebracht. Ich danke Ihnen.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Marko, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

→ **Marko Mihkelson:**

Ja, nur ganz kurz. Es ist ganz natürlich, dass wir in die Bildung, in die Gesundheitsversorgung und in die Pflege unserer älteren Mitbürger investieren – das ist es, was normale demokratische Gesellschaften tun. Aber wir müssen verstehen, dass nicht die ganze Welt so ist, wie wir und es auch nie sein wird. Wir müssen also verste-



hen, dass wir bereit sein müssen, unsere Demokratien und unser Volk zu verteidigen. Das ist eine der Kernaufgaben jeder Nation. Und deshalb müssen Sie sich wieder daran erinnern, was Theodore Roosevelt einst sagte: „Sprich leise, aber trage einen dicken Knüppel bei dir.“ Wir müssen verstehen, dass Diplomatie nur dann gut funktioniert, wenn die andere Partei weiß, dass man das, was man zu erreichen versucht, auch durchsetzen kann.

→ **Publikumsbeitrag (Studentin):**

Ich heiße Alex. Vielen Dank für Ihre interessanten Vorschläge. Vielen Dank dafür, dass Sie Studenten eingeladen haben. Ich möchte mich für mein Deutsch entschuldigen. So viele wichtige Dinge wurden heute gesagt, aber das sind nur Worte. Ich habe einige direkte Fragen: Welche Schritte werden als nächstes unternommen, falls die eingeführten Sanktionen keine positiven Folgen haben? Ich meine, der Krieg ist noch im Gange. Jeden Tag sterben Menschen. Auch Lukaschenko, der an diesem Krieg unmittelbar teilnimmt, ist noch nicht im Gefängnis. Glauben Sie, dass die Europäische Union noch ungenutzte

Instrumente hat, um Druck auf Lukaschenko auszuüben? Ich glaube, das sind die letzten Hoffnungen der Menschen in der Ukraine und Belarus – auch für demokratische Russen.

→ **Marko Mihkelson:**

Lassen Sie mich die Frage so beantworten: Ja, wir alle würden es begrüßen, wenn sich die Dinge schneller ändern würden, insbesondere für diejenigen, die unmittelbar davon bedroht sind, getötet, gefoltert, vergewaltigt, entführt oder deportiert zu werden. Denken Sie nur an die Vorgänge im Azovstal-Stahlwerk oder in Mariupol. Sie können sich nicht vorstellen, dass die tapferen Beschützer, die Helden der Ukraine, diese Stadt nach mehr als 70 Tagen immer noch verteidigen. Das letzte Mal war ich im August des vergangenen Jahres in Mariupol, und heute erkenne ich diesen Ort nicht einmal mehr wieder. Gemeinsam mit den Ukrainern haben wir vereinbart, dass wir eines Tages am Strand von Mariupol Champagner trinken werden, und ich glaube nicht, dass dies in allzu ferner Zukunft sein wird. Wir müssen die Ukraine in ihrem Kampf um die Freiheit unterstützen, und das wird helfen, diejenigen vor Gericht zu bringen, die Verbrechen begangen haben, und das wiederum ist eng mit Lukaschenko und seiner Zukunft verbunden.

→ **Prof. Dr. Liliana Tymchenko:**

Nur eine Bemerkung hinsichtlich der Unterstützung. Vielleicht spüren Sie das gerade nicht, aber die Bürger von Belarus – einer meiner Studenten in der Klasse sagte mir, dass er in Minsk nicht einmal frei denken konnte, während man hier in Europa, in Litauen, frei sprechen

kann. Das macht Sie zu einem menschlichen Wesen, und das ist sehr wichtig, denn Sie haben die Wahl. Sie werden leben und überleben, Sie können glücklich sein, und die Menschheit wird weiter existieren – wenn wir gerade über existenzielle Dinge sprechen.

Ich möchte auch auf die vorhergehende Frage nach dem Frieden ohne Waffen zurückkommen. Wenn wir die Philosophie des Aikidō anwenden könnten, bei der man Kraft ausübt, ohne eine Person oder einen Gegner zu berühren, wäre das großartig. Aber leider können wir in unserer Welt Aikidō nicht so einfach nutzen. Wir müssen stark sein, wir müssen harte Waffen einsetzen, denn das ist die einzige Möglichkeit, Mörder zu stoppen.

Die andere Sache, die sehr wichtig ist und die Sie nie vergessen dürfen, ist, dass Sie immer noch ein Mensch sind und immer sein werden, Sie haben immer noch die Möglichkeit zu denken – das ist es, was Sie zu einem menschlichen Wesen macht. Ich danke Ihnen.

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Wenn ich zu dieser Sache mit dem Frieden ohne Waffen aus meiner Sicht noch einen Punkt hinzufügen darf: Ich war 20 Jahre alt und stand vor dem Fernsehturm, als ich sah, wie meine Freunde von Panzern und Spezialeinheiten getötet wurden. Dann kam ich zu diesem Parlamentsgebäude. Ich stand draußen, ich sah die russischen Panzer auf mich zukommen, ich war bereit zu sterben – und der einzige Traum, den ich damals hatte, war, der Europäischen Union und der NATO beizutreten, denn dann würde ich niemals Panzer sehen oder sehen, wie Menschen durch sie getötet werden.

Ich wollte nur Teil dieser Familie sein, die mich beschützen würde. Und ich habe mein halbes Leben geopfert, um das zu erreichen. Und ehrlich gesagt, als ich Botschafter in Washington war, habe ich immer gesagt, dass ich gerne den Rest meines Lebens dafür opfern würde, dass die Ukrainer und Georgier der NATO beitreten, denn auf diese Weise können sie das Leben von Millionen von Menschen und von Familien retten, die ihre Großväter damals gegründet haben. Das ist wichtig!

Man kann die ganze Welt retten, indem man einen einzigen Menschen rettet. Was ist mit einem Land, das damals 40 Millionen Einwohner hatte und heute nur noch 30 Millionen, weil es sich im Krieg befindet? Und ehrlich gesagt – selbst für die „Russlandverstehler“ –, wenn sie Russland wirklich retten wollen, muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen und endlich dieses Killer-Regime in Russland beenden, damit auch die Russen frei sein können.

Lassen Sie mich noch einmal Vladimir Kara-Murza zitieren, davor einem Monat zu mir sagte: „Žygis, vergiss nicht, Putin hat zuerst uns besetzt, und erst als er damit fertig war, den letzten Rest von Demokratie zu vernichten und den letzten freien Fernsehsender zu schließen, begann er, Georgien und die Ukraine zu besetzen, und jetzt wird er auch zu euch kommen.“

Also rettet die Demokratie. Und wenn Sie denken, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt dafür ist, schauen Sie sich Ungarn an. Ich bin jetzt Politiker und kein Diplomat mehr, also kann ich sagen: Wenn Sie glauben, dass Innen- und Außenpolitik nicht zusammenhängen, dann

schauen Sie sich Ungarn an. Wenn Sie nicht für die Demokratie in Ihrem Land kämpfen, wenn Sie nicht gegen diese russischen Agenten kämpfen, werden Sie von solchen totalitären Ländern übernommen und müssen deren Befehle befolgen. Sie werden zuerst Ihre Souveränität verlieren, dann Ihre Außenpolitik und schließlich Ihr Land. Ich entschuldige mich für diesen kleinen litauischen Gefühlsausbruch



→ Publikumsbeitrag (Magdaléna Vášáryová):

Mein Name ist Magda Vášáryová, ich komme aus der Slowakei und war 18 Jahre lang tschechoslowakische und später slowakische Botschafterin. Daher bin ich immun gegen die alten Träume – obwohl es wichtig ist, Träume zu haben, aber man darf dabei nicht naiv sein.

Sie haben vorhin erwähnt, dass wir Russen hier haben, ich spreche von Kaliningrad. Meine Frage lautet daher: Haben wir hier in Litauen irgendwelche Pläne, wie wir mit dem ehemaligen Königsberg umgehen wollen? Was wird dagegen unternommen, denn dort gibt es Waffen,

die gegen uns gerichtet sind. Ich war 20 Jahre alt, als die Armeen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei einmarschierten, und es kostete mich weitere 20 Jahre, in denen ich keine Verbindung zur Außenwelt hatte. Wir sind also wirklich nicht naiv.

Meine zweite Frage bezieht sich auf etwas, das Sie ebenfalls bereits erwähnt haben. Wir haben 700 Kilometer gemeinsame Grenze mit Ungarn und in der Slowakei gibt es eine große ungarische Minderheit. Wie gehen wir mit dieser Situation unter uns um, denn wir müssen unbedingt vereint sein innerhalb der NATO und der EU. Wie gehen wir also mit meinem ehemaligen Freund Viktor um?

→ **Dr. Žygimantas Pavilionis:**

Ich beginne mit der Beantwortung der zweiten Frage und komme noch einmal auf die großartigen deutschen Stiftungen zurück, die vor 30 Jahren die Demokratie aufgebaut haben, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Stiftung der Liberalen und die der Sozialdemokratischen Partei, die von Anfang an in Litauen waren und uns beim Aufbau unserer Demokratie geholfen haben. Ich erinnere mich noch daran, dass ich ab 1992 in Berlin von der Jungen Union ausgebildet wurde. Bin ich ein gutes Produkt Ihrer Bemühungen? Ich denke schon. Danke dafür. Diese Stiftungen sollten ihre Arbeit fortsetzen, und ich muss sagen, dass derzeit nur die Konrad-Adenauer-Stiftung in Litauen verbleibt und weiterhin mit uns zusammenarbeitet. Die Amerikaner sind abgereist – sie arbeiten jetzt in Belarus und der Ukraine. Haben wir Stiftungen, die sich von innen heraus für die Demokratie einsetzen? Kämpfen wir für die Demokratie?



Ich erinnere mich an Hillary Clinton, die 2011 die Barrikaden vor dem Parlament betrachtete und sagte: Das ist schön, Sie erinnern sich an die Kämpfe von damals zurück, die zwei oder drei Tage gedauert haben, aber in Amerika kämpfen wir jeden Tag für unsere Freiheit. Ihr Europäer vergesst, dass die Freiheit nicht selbstverständlich ist, sondern dass man für sie kämpfen muss. In Amerika trägt die Statue of Freedom im Kapitol einen Helm und ein Schwert. Sie ist schwer bewaffnet, denn die Amerikaner wissen, dass man seine Freiheit schützen muss.

Und wenn Sie die Berichte von Freedom House in den letzten 16 Jahren gelesen haben, dann müssen Sie feststellen, dass wir den Krieg verlieren. Die Autokratien sind auf dem Vormarsch, bringen uns um und spalten uns. Und wir sind dumm genug, nichts dagegen zu tun, wir verteidigen unsere Werte nicht, wir haben keine Vision, wie wir das tun sollen – wir reagieren nur und verlieren immer und immer wieder.

Ich denke, die Ukrainer werden siegen und es wird eine Siegesparade in Kiew geben. Das Treffen in Ramstein war für mich zukunftsweisend. Wir müssen eine solche Organisation schaffen, in der die ukrainischen, deutschen und estnischen Verteidigungsminister zusammenkommen. Übrigens gibt Estland pro Kopf der Bevölkerung das meiste Geld für die ukrainische Verteidigung aus – in dieser Hinsicht befinden wir uns immer in einer Art Wettbewerb mit Ihnen. Das ist die Zukunft. Das ist die Zukunft einer Welt, die es zu verteidigen gilt.

Und was Kaliningrad und die Russen betrifft, so würde ich es so ausdrücken – und das ist eine sehr persönliche Angelegenheit – es geht nicht um die Russen, und ich könnte hier eine etwas unangenehme historische Bemerkung machen: die Grenzen, an denen der Krieg stattfindet, Donezk, sind die alten Grenzen unseres Reiches. Ab dem 13. Jahrhundert waren wir dort gemeinsam Europa. Unser Reich wurde die Europäische Union des Mittelalters genannt. Und es ist eine Grenze Europas. Ukrainer, Litauer, Belarussen, Juden und Sachsen bauten dieses Reich nach ihren Werten auf, das war sozusagen die Grenze der gebildeten Welt im 18. Jahrhundert.

Wir kennen eine Menge Russen, die gegen andere Russen kämpfen, weil es um Werte geht. Wir schützen Werte. Und vergessen Sie nicht, dass Kaliningrad das erste Donezk war. Wir erinnern uns daran, was mit diesen deutschen Kindern geschehen ist. Wir haben sie in unsere Familien aufgenommen – wir wissen, was passiert ist. Im Westen weiß das niemand, erst jetzt entdecken sie dort die Wahrheit.

Die Region Kaliningrad war das erste Donezk. Die Zombies wurden zuerst dort erschaffen. Und wir müssen diese Zombies loswerden, auch die aus dem Kaliningrader Gebiet, wir müssen es entmilitarisieren. Wenn Sie eine Meinungsumfrage im Kaliningrader Gebiet während der Jelzin-Ära durchgeführt hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass die Bevölkerung ihre Grenzen nur zu gerne öffnen wollte. Die Bevölkerung hatte gehofft, zu einer Art Hongkong in der Region zu werden. Sie war dabei, ihre Grenzen zu öffnen, aber dann kam Putin und schloss sie. Er errichtete die größte Militärbasis mit Spezialkräften, die uns innerhalb von 24 Stunden angreifen können. Es tut mir leid, ich habe zu lange geredet. Ich weiß, ich bin etwas dominant, Entschuldigung.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: Freunde, wenn wir Putins Regime besiegen, und ich denke, das werden wir, und zwar viel früher als Sie erwarten, dann werden wir die vierte Welle der Demokratisierung einleiten und einen großen Teil von Europa ganz und gar frei machen. Und schließlich wird der Traum unserer Großväter und Väter Wirklichkeit werden. Ich war Zeuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und ich denke, ich werde auch Zeuge des Zusammenbruchs von Putins Regime sein.

Ich danke Ihnen allen für diese wunderbare Diskussion und übergebe das Wort an Professor Dr. Ludger Kühnhardt, meinen guten Freund, der die EHU von Deutschland aus unterstützt, für einen gebührenden Abschluss.



Abschluss



1990.03.11

KURTA LIETUVOS VALSTYBĖ





„Für Europas Stärke und Vielfalt zusammenstehen“

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

» Liebe Freunde, lieber Žygimantas, vielen Dank, dass ich abschließend zu Ihnen sprechen darf. Wir haben beeindruckende Stunden miteinander verbracht. Landtagspräsident Matthias Rößler, der an Corona erkrankte Kuratoriumsvorsitzende des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag, hat mich als Mitglied des Kuratoriums gebeten, in seinem und in unser aller Namen all jenen zu danken, deren

Gäste wir in den beiden zurückliegenden Tagen gewesen sind. Wir, die hier unter der Leitung von Marko Schiemann zusammengekommen sind, übermitteln unseren großen Dank an alle, die diese Konferenz möglich gemacht haben, die die Türen dieses prestigeträchtigen Gebäudes geöffnet haben und die mit uns eine so spannende Diskussion geführt haben.

Nach der so gewichtigen letzten Diskussionsrunde wäre ich natürlich versucht, etwas dazu zu sagen, dass „den Krieg gewinnen“ vor allem heißt, den Willen desjenigen zu brechen, der Gewalt als politisches Mittel einsetzt; etwas dazu, dass bei der Frage der europäischen Perspektive der Ukraine keine neuen Enttäuschungen entstehen dürfen und daher Frankreichs Präsident in der Tendenz richtig liegt, wenn er angeregt hat, über eine neue Art von geopolitischer Europäischer Gemeinschaft innerhalb der EU nachzudenken, die die östliche Partnerschaft ablösen kann und zugleich ehrlich bleibt hinsichtlich der Voraussetzungen, in das so machtvolle, aber auch anspruchsvolle Regelwerk des regulatorischen Regierens im EU-Binnenmarkt aufgenommen werden zu können, für das die Ukraine auch nach einem Sieg der Freiheit die Voraussetzungen über lange Jahre hinweg schaffen müssen; schließlich etwas dazu, was der Unterschied zwischen der individuellethischen Perspektive von „Frieden schaffen ohne Waffen“ und der kollektiven Verantwortungsethik ist, wenn eine Gesellschaft böswillig überfallen wird und sich mit Waffen verteidigt. Das alles will ich mir versagen und Ihnen ersparen. Ich möchte nur von Herzen „Danke“ sagen.

Frau Präsidentin, Frau Vize-Präsidentin, Sie haben uns diesen historischen Ort, den Seimas, für unseren Austausch geöffnet und eindrucksvolle Begegnungen und Gespräche ermöglicht. Herzlichen Dank für Ihre weitsichtigen und inspirierenden Worte und Dank an alle, die mit Ihnen diese Konferenz ermöglicht haben. Rektor Ignatov, lieber Sergei, Sie haben uns gestern in der European Humanities University empfangen und eintauchen lassen in die ewige Kraft der universitären Freiheitsliebe. Herzlichen Dank an Sie, an Ihre Kolleginnen

und Kollegen, an alle Ihre so wunderbaren Studentinnen und Studenten und an den Gründer der European Humanities University, Anatoli Mikhailov. Anatoli, als wir uns 1994 in Minsk kennenlernten, war Ihre Begeisterung für Freiheit und für die artes liberales sofort ansteckend. Sie ist es in der EHU, Ihrem gewichtigen Lebenswerk, geblieben. Wir solidarisieren uns mit Ihrer russischen Alumna Sofia Sapega und den anderen Studierenden, die völlig willkürlich in Belarus interniert worden sind. Wir wissen aber auch: Die Ausstrahlung der EHU wird weiterhin viele junge Menschen begeistern, weil sie stärker ist als jede Despotie. Auf viele weitere Erfolge der European Humanities University!

Als ich im März 1992 erstmals in Vilnius sein durfte, standen die Betonblöcke noch einsatzbereit vor dem Seimas und Sandsäcke lagen vor dem Büro von Staatspräsident Vytautas Landsbergis im Innern dieses Parlaments. Ich war trotz dieser bedrückenden Utensilien sofort erfasst von dem Geist der Freiheit und des Zukunftswillens, der von diesem Haus, von seinen damals elf politischen Gruppierungen und von der gesamten baltischen Region ausging. 1992 wurde in Litauen – ebenso wie im Freistaat Sachsen – um eine neue Verfassung gerungen. Zwei Jahrzehnte später, 2011, konnte Landtagspräsident Matthias Röbner bei der Gründung des Forums Mitteleuropa in Dresden die neue Wirklichkeit in Worte fassen, die auch hier, in der Mitte, im Herzen Europas selbstverständlich geworden war: „Wir sind erstmals seit vielen Generationen wieder in der Lage, unsere positiven Gestaltungskräfte zu konzentrieren und auf kulturschöpferische Weise zur Erneuerung der EU beizutragen.“ Matthias Röbner sagte aber auch, dass der Prozess der Neuorientierung Europas



weitergehen würde und immer wieder neue Ideen notwendig sein werden. Wir haben heute einiges von dem gehört, was in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten entscheidend sein wird für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und für den Frieden, in dem wir weiterhin leben wollen und den wir gemeinsam verteidigen, solange wir von einer imperialen und totalitären Diktatur und ihrem Willen zum Krieg herausgefordert werden.

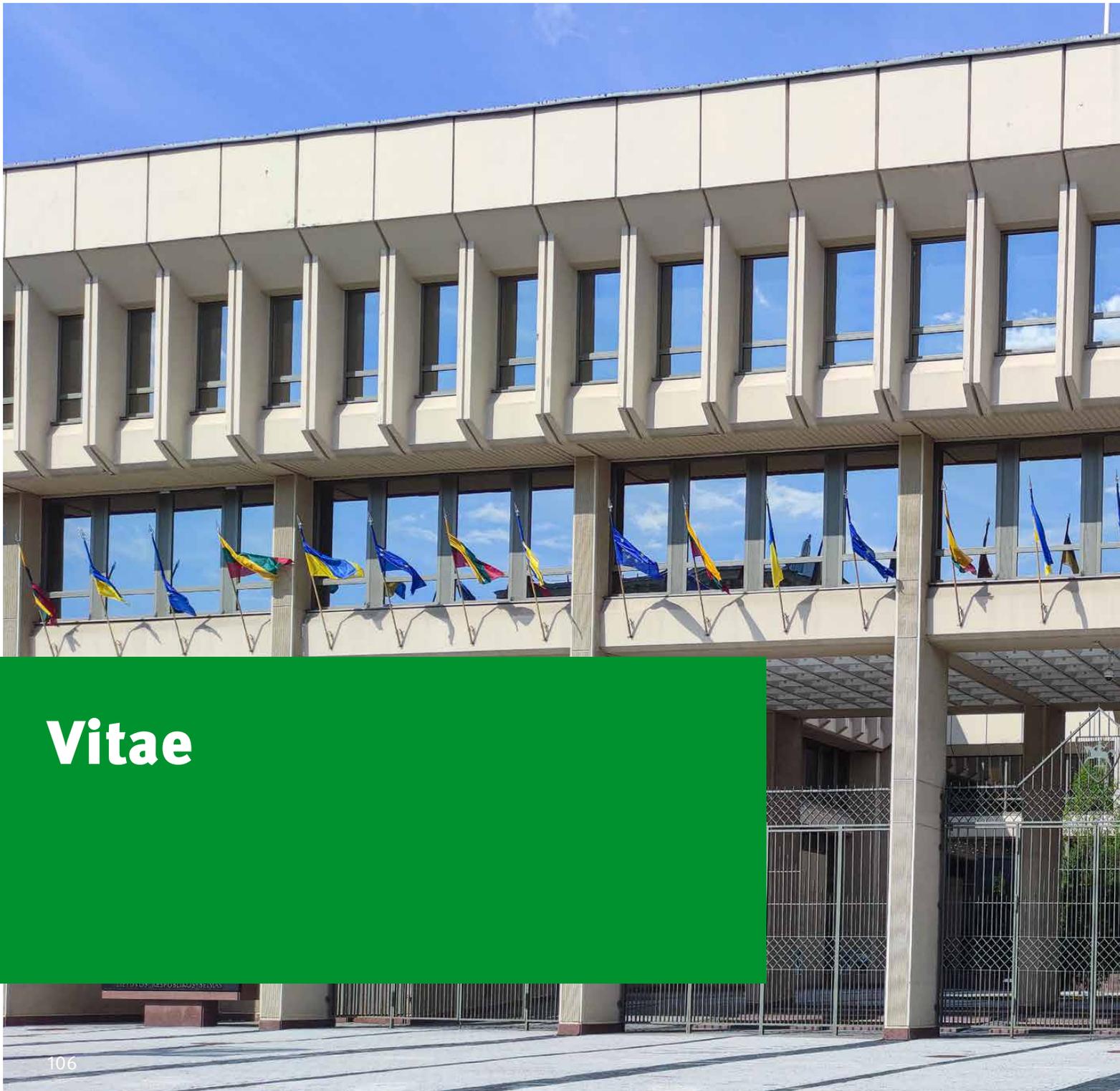
Die „Dresdener Erklärung“, die 2011 das Forum Mitteleuropa konstituiert hat, sprach vom „Geist der Freiheit“. Heute wissen wir, dass zur Freiheit auch der Geist der Selbstbehauptung und der Verteidigung hinzukommen muss, damit die Freiheit erhalten bleibt. Unsere Konferenz hat uns mit eindrucksvollen Perspektiven und Reflexionen bereichert, die wir alle mitnehmen in den Alltag, der auf uns zukommt. Herzlichen Dank allen Sprechern, Moderatoren und Diskussionsteilnehmern.

Vor wenigen Wochen erst, am 18. März 2022, verstarb 80-jährig Erhard Busek. Der große österreichische Staatsmann und Intellektuelle hat von Anbeginn das Forum Mitteleuropa mitgeprägt. Er war Vordenker Europas und er würdigte 1992 als einer der ersten die gewichtige und langfristige Bedeutung der European Humanities University. Erhard Busek hielt die Eröffnungsrede beim ersten Forum Mitteleuropa am 29. November 2011 in Dresden. Er blickte sogleich über den unmittelbaren geografischen Raum Mitteleuropa hinaus. Er beschrieb das Baltikum als perfektes, als inspirierendes Beispiel für die neuen

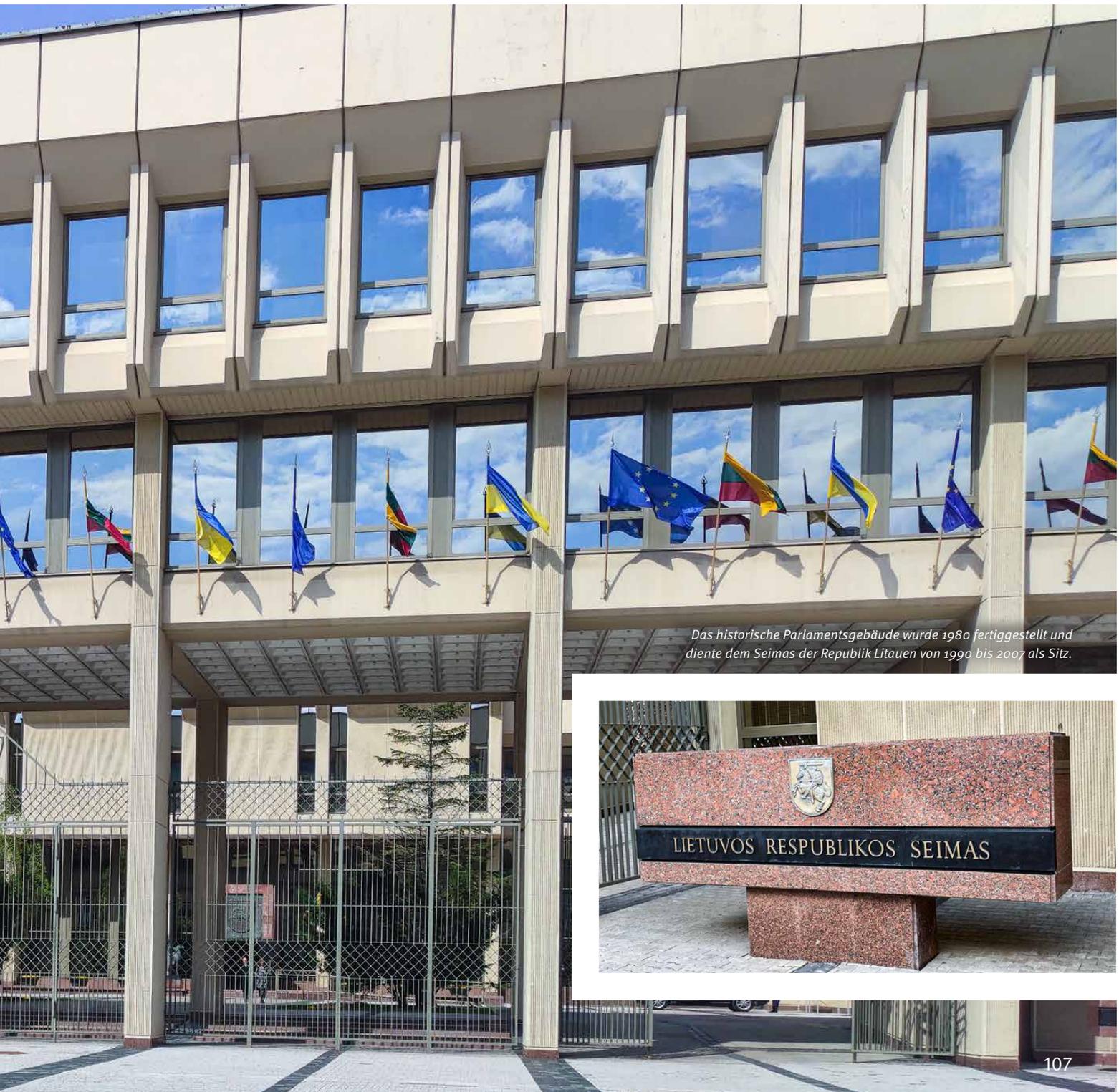
regionalen Sensoren in Europa, für „das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten, die sich schon von den Voraussetzungen her ergeben.“ Europas Reichtum, so erinnerte Erhard Busek uns 2011, besteht darin, „dass alles unterschiedlich ist.“ Wir ehren ihn, indem wir gerade jetzt an seine Mahnung denken, „der, die das Andere zu akzeptieren, weil es in Wirklichkeit in uns selber zu Hause ist“.

In diesem Geist der Vielfalt, auch wenn sie gelegentlich anstrengend ist, liegt Europas Stärke gegenüber jeder Form von gesellschaftlichem Einheitszwang und hegemonialer Gewaltpolitik. In diesem Geist des Pluralismus werden wir zusammenstehen gegen alle Bedrohungen unserer Freiheit, unserer Selbstbestimmung und der Bündniswahl unserer Länder. In diesem Geist planen wir jeden künftigen Schachzug gemeinsam und handeln als Team Europa. Wir alle wissen, wie viele Menschen in Belarus, in der Ukraine und in Russland auf unser Beispiel schauen. Auch dort ist auf Dauer der Geist der Freiheit stärker als der Ungeist von Diktatur, Gewalt und Krieg. Der Wille zum Krieg, zur Gewalt und zur Diktatur wird die Auseinandersetzung mit Freiheit, Recht und friedlichen Konfliktlösungen verlieren.

Wir danken nochmals den Organisatoren des Seimas für Ihre Gastfreundschaft. 2022, 100 Jahre nach der ersten Wahl des Seimas des unabhängigen Litauen, dürfen Sie sicher sein: Für die nächsten 100 Jahre und für viele weitere Jahrhunderte sind und bleiben Sie Teil des freien Europas und Teil der Atlantischen Zivilisation. Das freie Europa verteidigt sich gemeinsam gegen jede Drohung und gegen jede Bedrohung, weil jede und jeder überall im freien Europa Teil der Freiheit des selbstbewussten, des so beeindruckend stolzen und liebenswürdigen starken Litauen ist. «



Vitae



Das historische Parlamentsgebäude wurde 1980 fertiggestellt und diente dem Seimas der Republik Litauen von 1990 bis 2007 als Sitz.



Dr. Laima Liucija Andrikienė

*(*1958 in Druskininkai)*

studierte Wirtschaftswissenschaften und Mathematik. Sie war Mitglied des Litauischen Obersten Rates und gehörte 1990 zu den Unterzeichnern des Gesetzes zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Von 1992 bis 2000 gehörte die Christdemokratin dem litauischen Parlament an. In dieser Zeit war sie 1996 Ministerin für Industrie sowie 1996 bis 1998 Ministerin für Europa. Von 2004 bis 2020 Mitglied des Europäischen Parlaments, ist sie seit 2020 wieder Mitglied des Seimas und dort Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses.

Viktorija Čmilytė-Nielsen

*(*1983 in Šiauliai)*

studierte Englische Philologie an der Universität von Lettland. Von 2001 bis 2015 wirkte sie als professionelle Schachspielerin. Sie ist Großmeisterin und gewann mehrere internationale Turniere. Seit 2011 ist sie Abgeordnete im Seimas der Republik Litauen. Von 2018 bis 2020 war sie Fraktionsvorsitzende der Partei Liberale Bewegung der Republik Litauen (LRLS), seit November 2020 ist sie Sprecherin des Seimas.

Prof. Dr. Sergei Ignatov

*(*1960 in Vidin)*

studierte Ägyptologie an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg, später in Oxford. Er lehrte als Professor an der Universität in Sofia (1985–1996) und an der Neuen

Bulgarischen Universität (1994–2009). Er ist Mitglied der bulgarischen Partei GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens). Von 2009 bis 2013 war er in Bulgarien Minister für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Seit 2018 ist Sergei Ignatov Rektor der European Humanities University in Vilnius.

Dr. Edit Inotai

*(*1970 in Budapest)*

studierte in Budapest Englische und Spanische Philologie und promovierte im Bereich Internationale Beziehungen. Danach berichtete sie von 2003 bis 2007 für die Tageszeitung Népszabadság aus Berlin, war von 2010 bis 2014 Leiterin des Auslandsressorts. Heute arbeitet sie als Journalistin und Senior Fellow beim Center for Euro-Atlantic Integration and Democracy (CEID), wo sie sich besonders den internationalen Beziehungen im ost- und mitteleuropäischen Raum widmet.

Dr. Othmar Karas

*(*1957 in Ybbs an der Donau)*

studierte Politikwissenschaft sowie Wirtschaftsrecht. Zunächst von 1981 bis 1995 Angestellter im Banken- und Versicherungsbereich, wurde er 1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er war dort von 2006 bis 2009 sowie von 2011 bis 2019 Leiter der ÖVP-Delegation. 2012–2014 sowie 2019–2022 war er Vizepräsident, seit 2022 ist er Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, wo er ferner als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft & Währung wirkt.

Dr. Andrius Kubilius

*(*1956 in Vilnius)*

studierte an der Universität Vilnius Physik. 1988 trat er der Reformbewegung Sąjūdis bei, deren Sekretär er zwischen 1990 und 1992 war. Der frühere Vorsitzende der litauischen Christdemokraten war von 1992 bis 2019 Abgeordneter des Seimas (u.a. Fraktionsvorsitzender). Seit 2019 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments. Er war von 1999 bis 2000 sowie von 2008 bis 2012 Premierminister Litauens. Er gehörte ferner zum offiziellen Beraterkreis des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

*(*1958 in Münster/Westfalen)*

studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Bonn, Genf, Harvard und Tokio. Von 1991 bis 1997 war er Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, und er ist seit 1997 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sowie Professor am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie. Er ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Beiräte sowie Mitglied im Kuratorium des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Marko Mihkelson

*(*1969 in Valga)*

studierte Geschichte in Tartu. Für die estnische Tageszeitung „Postimees“ war er 1993/94 als Auslandsredakteur tätig. Er

war Korrespondent von „Postimees“ in Moskau von 1994 bis 1997 und Chefredakteur des Blattes von 1997 bis 2000. Von 2000 bis 2003 arbeitete er als Direktor des Baltischen Forschungszentrums für Russlandstudien. Seit 2003 Mitglied im estnischen Parlament Riigikogu, sitzt er dort dem Auswärtigen Ausschuss vor und leitet seit 2011 die estnische Delegation der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Prof. Dr. Georg Milbradt

*(*1945 in Eslohe)*

studierte Volkswirtschaftslehre, Jura und Mathematik an der Universität Münster. Nach seiner Tätigkeit als Wissenschaftler war er von 1983 bis 1990 Finanzdezernent der Stadt Münster. CDU-Mitglied seit 1973, wirkte er von 1990 bis 2001 als sächsischer Finanzminister und war von 2002 bis 2008 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Im Jahr 2017 wurde er Sonderbeauftragter der deutschen Bundesregierung für die Neustrukturierung der Verwaltung und Dezentralisierung in der Ukraine.

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė

*(*1984 in Kaunas)*

studierte Kunst und Kulturmanagement. Sie ist Mitglied der litauischen Christdemokraten und arbeitete für ihre Partei in diversen Funktionen und für diverse Mandatsträger. Von 2009 bis 2014 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist seit 2016 Abgeordnete im Seimas der Republik Litauen, wo sie seit 2020 als Vize-Präsidentin wirkt und dem Ausschuss für Europäische Angelegenheiten vorsitzt.

Dr. Žygimantas Pavilionis

*(*1971 in Vilnius)*

studierte an der Universität Vilnius Politikwissenschaft, bevor er in den Dienst des litauischen Außenministeriums trat. Von 2002 bis 2006 leitete er dort die Europaabteilung. 2010 wurde er litauischer Botschafter in den USA und Mexiko (bis 2015), danach war er in Litauen für die östliche Nachbarschaft zuständig. Er, der zeitweise als Kandidat für die Präsidentschaft galt, ist seit 1990 Mitglied der Christdemokraten und seit 2016 Mitglied des Seimas der Republik Litauen, wo er zeitweise dem Auswärtigen Ausschuss vorsah.

Dr. Matthias Rößler

*(*1955 in Dresden)*

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Entwicklungsingenieur. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiederrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war in Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Dirk Schübel

*(*1965 in Zwickau)*

ist Leiter der EU-Delegation in Belarus. Er studierte Ökonomie und hatte seit 1993 verschiedene europäische

Dienstposten inne. In Brüssel war er zunächst für die Europäische Kommission u. a. an den EU-Beitrittsverhandlungen mit Ungarn beteiligt. 2006 bis 2009 stellvertretender Leiter der EU-Delegation in der Ukraine und Belarus, war er 2009 bis 2013 EU-Botschafter in Moldau und stand von 2013 bis 2018 der EAD-Abteilung für die Östliche Partnerschaft vor. Vor seinem Botschafterposten in Minsk leitete er die Russland-Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD).

Matthias Sonn

*(*1957 in Hamburg)*

studierte Rechtswissenschaften und Theologie. 1984 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Seine ersten Stationen waren Trinidad und Tobago, Ghana sowie Türkei und Bosnien. Er wurde dann Botschaftsrat in Moskau, danach Leiter eines Sonderstabes in der Terrorismusbekämpfung. Nachdem er zwischen 2008 und 2011 Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft Washington war, wurde er 2011 Gesandter an der Botschaft Canberra. 2013 wurde Sonn Botschafter in Guatemala und Belize, 2016 Botschafter in Bolivien. Im August 2019 wechselte er auf den Dienstposten in Litauen.

Sviatlana Tsikhanouskaya

*(*1982 in Mikaschewitschy)*

studierte ab 2000 Pädagogik in Masyr mit dem Schwerpunkt Deutsch und Englisch. Später arbeitete sie als Übersetzerin. Zur belarussischen Präsidentschaftswahl 2020 kandidierte sie anstelle ihres Mannes, der nicht zugelassen und inhaftiert

worden war. Zwei Tage nach der Wahl reiste sie mit ihren beiden Kindern nach Litauen aus und erklärte sich 2022 zur rechtmäßigen Vertreterin des belarussischen Volkes. Sie ist Preisträgerin des Internationale Karlspreises zu Aachen 2022.

Prof. Dr. Liliana Tymchenko

studierte an der Staatlichen Universität Moldau Rechtswissenschaften und promovierte hier im Bereich des internationalen Rechts. Zunächst arbeitete sie an der Kharkiv University of Humanities, danach als Professorin an der Kyiv University of Law sowie an der National University of State Tax Service der Ukraine, wo sie das Department of International Law leitete. Gegenwärtig lehrt sie am Center for Constitutionalism and Human Rights an der European Humanities University in Vilnius.

Franak Viacorka

(*1988)

studierte Journalismus und Kommunikation in Minsk, Warschau und Washington. Er wirkt seither als Journalist (u.a. Radio Free Europe/Radio Liberty) und oppositioneller politischer Aktivist in seinem Heimatland Belarus. Im Kabinett von Sviatlana Tsikhanouskaya fungiert er als deren außenpolitischer Berater und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen. In Belarus mehrfach aus politischen Gründen inhaftiert und politisch verfolgt, arbeitet er heute im mittel- und westeuropäischen Ausland.

In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek †, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
die Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forums Mitteleuropa (Stand Dezember 2022) sind:

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Prof. Dr. Stefan Troebst, emeritierter Professor für Kulturstudien
Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, emeritierte Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Magdaléna Vášáryová, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Dr. Christopher Metz, Direktor beim Sächsischen Landtag a. D.
Dr. Rafał Dutkiewicz, Stadtpräsident von Wrocław a. D.
Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.
Ing. Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich a. D.